

Antragsübersicht

<i>lfd Nummer</i>	<i>Thema</i>	<i>Antragsteller</i>	<i>Seite</i>
Arbeitsprogramm			
A 1	Arbeitsprogramm 2011/2011	LaVo	3
Bildungspolitik			
B1	Übergang Ausbildung/Beruf	UB Trier	18
B2	LehrerInnenpool	UB Südpfalz	20
B3	Sozialkundeunterricht verbessern!	BiKo über LaVo	22
B4	Gerechte Beschäftigungssituationen für LehrerInnen	UB Bitburg-Prüm	24
B5	Stunden- und Lehrerstellenkürzung rückgängig machen	UB Vorderpfalz	25
B6	Numerus Clausus in Master-Fächern abschaffen	UB Vorderpfalz	26
B7	Mehr überbetriebliche Ausbildung im Kfz-Handwerk	UB Vorderpfalz	27
Innen -und Rechtspolitik			
C1	Ausweisungspolitik reformieren	UB Mainz-Bingen	29
C2	Justizstrukturreform überdenken	Pascal Klein	31
C3	Streichung Extremismusklausel	UB Trier	33
C4	§ 20 StGB reformieren	UB Vorderpfalz	35
Projekttopfanträge			
D1	Projekttopf Russland	AK Russland via LaVo	36
Europa und Internationales			
E1	Europa	LaVo	38
E2	Partnerschaft für Europa	UB Trier-Saarburg, Felix Braun	48
E3	Europäische Pressecharta	UB Vorderpfalz	49
Feminismus und Gleichstellung			
F1	Homophobie verhindern - Mehr Akzeptanz an Schulen	UB Mainz-Bingen	53
F2	Gendern in Gesetzen	UB Mainz	54
F3	Keine halben Sachen -Echte Gleichstellung der eLP	UB Mainz-Bingen	55
F4	Reform des Transsexuellengesetzes	UB Vorderpfalz	56
Gesundheitspolitik			
G1	Organspendeausweis für alle!	UB Mainz-Bingen	59
G2	Abschaffung der Praxisgebühr	UB Trier-Saarburg	61
G3	Vegetarismus erleichtern	UB Mainz	62

Organisationspolitik

O1	Eckpunkte zur Parteireform	UB Südpfalz	65
O2	Selbstbestimmte SPD	LaVo	68
O3	Finanzierung der Jusos	UB Koblenz	73
O4	Aufarbeitung sozialdemokratischer Geschichte	UB Mainz-Bingen, AG Ingelheim	74
O5	Organisationsreform der Jusos	UB Mainz-Bingen, AG Ingelheim	75
O6	Mehr Beteiligung	UB Mainz-Bingen, AG Ingelheim	76
O7	Abschaffung der MigrantInnenquote	UB Alzey-Worms	77

Resolutionen

R1	Wir sind AUF	LaVo	78
----	--------------	------	----

Rechtsextremismus

Rex1	Bekämpfung Islamfeindlichkeit an Schulen	UB Neuwied	79
Rex2	Flagge zeigen gegen Dresden	UB Trier & Trier Saarburg	82
Rex3	Gedenkarbeit intensivieren	UB Mainz-Bingen, AG Ingelheim	83

Satzungsanträge

S1	Ord. LaKo alle zwei Jahre	verschiedene Einzelpersonen	84
S2	Umbenennen AIK	UB Trier	85

Wirtschafts- und Sozialpolitik

WiSo1	Gesellschaftsdienst für alle!	UB Mainz	86
WiSo2	Bundesfreiwilligendienst	UB Koblenz	89
WiSo3	Steuern - Starker Staat	LaVo	90
WiSo4	Ehegattensplitting ade	LaVo	95
WiSo5	Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst sinnvoll gestalten	UB Trier-Saarburg	99
WiSo6	MiniJobs bekämpfen	UB Trier-Saarburg	101
WiSo7	ArbeitnehmerInnen am Aufschwung teilhaben lassen	UB Trier-Saarburg	102
WiSo8	KlientInnenvertretung im Jobcenter	UB Südpfalz	103
WiSo9	Fernverkehr Trier	UB Trier-Saarburg	105
WiSo 10	Soziale Stadt	UB Trier	106
WiSo11	Bezahlbarer Wohnraum für Studierende	UB Mainz	108
WiSo12	Vakante Stellen in der Finanzverwaltung besetzen	UB Vorderpfalz	110
WiSo13	Farbgebung von Hochvoltkabeln ändern	UB Vorderpfalz	111

41 Vormarsch. Ihnen wäre es am liebsten MigrantInnen rauszuwerfen, weil sie die Arbeitsplätze
42 angeblich wegnehmen und nur „faule Schmarotzer“ sind. Dieses Denken ist auch tief in der
43 Mitte unserer Gesellschaft verwurzelt. Andere wollen zumindest die MigrantInnen ins Land
44 locken, die man gebrauchen- „verwerten“- kann. Doch beides setzt nicht an den Wurzeln des
45 Problems an: Die Spaltung in Reich und Arm- weltweit und in unserem Land.

46
47 Wer diesen Widerspruch, diese Spaltung in Arme und Reiche nicht sieht, und nicht nach
48 Alternativen jenseits der aktuellen Logik des Wirtschaftens, der des Kapitalismus, fragt, selbst
49 erarbeitet und einfordert, der gibt jeden Anspruch auf Selbstbestimmung und Gerechtigkeit
50 für Alle in unserer Arbeitsgesellschaft auf.

51
52 Der demokratische Sozialismus ist der Inbegriff von Freiheit, Selbstbestimmung und
53 Gerechtigkeit. Er ist mehr noch eine Richtschnur alltäglicher politischer Arbeit. Er ist als
54 Vision Grundlage unserer internationalen und europäischen Bewegung, die keine
55 nationalstaatlichen Grenzen kennt. Jeder Mensch ist gleich und frei in dieser Gesellschaft des
56 demokratischen Sozialismus. Er bedeutet eine andere gerechte Logik des Wirtschaftens
57 anstelle der Ausbeutung der Vielen durch die Wenigen. Die Welt wäre damit auch
58 demokratischer als heute. Ausbeutung ist das Gegenteil von Demokratie und
59 Selbstbestimmung. Und überall wo es sie gibt stehen wir dagegen auf!

60
61 **Zustand unserer Partei, der SPD: Die Richtung noch nicht gefunden!**

62 Zwar stürzt die Partei in Wahlen auf Landesebene nicht weiter ins Bodenlose ab und regiert in
63 vielen Ländern leitend (oder in Baden-Württemberg als Juniorpartner), sie verliert dennoch an
64 Stimmen oder stagniert auf niedrigem Niveau. Auch kommt sie im Bund in den Umfragen
65 nicht mehr über 30 Prozent. Inhaltlich befindet die SPD sich als Oppositionspartei sie im
66 Spannungsverhältnis zwischen Positionierungen der Bundestagsfraktion und der Partei- neben
67 den inhaltlichen Flügelkämpfen. Oft agiert die SPD als quasi Juniorpartner der CDU, bietet
68 staatstragend Unterstützung an, anstatt sich inhaltlich zu erneuern und klare Alternativen zum
69 Kurs von Schwarz-Gelb anzubieten. Dabei wird in der Kritik oft auf Fragen des politischen
70 Stils, der Einbeziehung des Parlaments oder der „Handlungsfähigkeit“ abgehoben. Dies ist
71 nicht per se abzulehnen, allerdings als zu oberflächlich zu kritisieren, wenn anderes darunter
72 leidet. Der Wille der Parteiführung Diskussionsprozesse zur Steuerpolitik, Rente,
73 BürgerInnenversicherung, Afghanistan und der Strukturreform auch in der Breite der
74 Parteibasis zu führen ist erkennbar, allerdings ist die Richtung noch nicht klar genug und die
75 Zeit die gegeben wird, reicht nicht aus um zu reparieren was an innerparteilicher Demokratie
76 zerstört worden ist, auch in Jahren der Basta-Politik. Allerdings muss es auch mehr
77 Bewegung aus der Partei heraus geben. Dort ist das Gefühl der Ohnmacht und das Misstrauen
78 gegenüber der Parteiführung nach wie vor da. Eine Frage ist zentral: Wie will die SPD die
79 Spaltung in Reich und Arm überwinden?

80 Es gelingt der SPD in Teilen die Nähe zu den Gewerkschaften wieder zu finden. Sie setzt sich
81 auch mit den Folgen der eigenen Politik im Bereich der Leiharbeit und prekärer
82 Beschäftigung auseinander, positioniert sich klar für „equal pay“ und den Mindestlohn, keine
83 Selbstverständlichkeit mit Blick auf die Positionierung vergangener Tage. Eine inhaltliche
84 Erneuerung setzt aber voraus, dass die SPD sich noch stärker in Fragen sozialer Gerechtigkeit
85 positioniert. Mit Blick auf den Parteitag im Dezember werden zentrale Fragen zur
86 Arbeitsmarktpolitik, Sozialstaat und Rente diskutiert werden. Die Partei darf nicht länger
87 Arbeitslose gegen arbeitende Menschen ausspielen. Ein klares öffentliches Profil hat die

88 Partei in Fragen des Atomausstiegs und der Abrüstung an Einzelbeispielen gezeigt, auch
89 wenn sie sich bei letzterem Doppelmoral vorwerfen lassen muss.

90
91 Doch jegliche inhaltliche Erneuerung hilft nichts, wenn sie nicht auf Überzeugungen basiert,
92 die auch dem Gegenwind standhalten, sollte die SPD 2013 wieder in die Regierung kommen.
93 Einmal in der Regierung, hat die Partei allzu oft Positionen schnell aufgegeben.

94
95 **SPD in Rheinland-Pfalz- Lichtblicke und Glaubwürdigkeit**
96 Die SPD in Rheinland-Pfalz hat in den Landtagswahlen 2011 viele Stimmen eingebüßt. Dies
97 lag zum einen an den eigenen Fehlern in Sachen Besetzung OLG und Nürburgring und dem
98 Schmutzwahlkampf den man zwar nicht initiiert , aber doch mit bestritten hat, sodass die
99 eigenen Versuche in Fragen der gerechten Bildungspolitik, gerechter Arbeitsmarkt und
100 anderen Themen inhaltlich wahrgenommen zu werden nicht ganz geglückt ist. Zudem kam
101 noch die Fukushima-Katastrophe, die den Grünen deutlichen Aufwind gegeben hat, leider
102 nicht auf Kosten der CDU, sondern der SPD. Die Partei hat dennoch insgesamt einen
103 engagierten Wahlkampf geführt. Die Mobilisierung der Partei war groß, anders als etwa in
104 den vorherigen Bundestagswahlen. Trotz inhaltlich berechtigter Kritik, ist die
105 Glaubwürdigkeit der Landes-SPD eine größere als die der Bundes-SPD. Der
106 Koalitionsvertrag mit den Grünen ist inhaltlich fast durchweg positiv zu bewerten.

107
108 Viele der Juso-Forderungen werden umgesetzt: Wahlalter ab 16, Bildungsfreistellungsgesetz,
109 Unterstützung des NDC (Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.), keine
110 Kohlekraftwerke, Steuermehraufkommen im Bund, eine humane Asylpolitik und vieles mehr.
111 Kritisch bleibt nach wie vor die positive Haltung zur Schuldenbremse, mit der entscheidend
112 Handlungsspielraum aus der Hand gegeben wird. In Sachen inhaltlicher Erneuerung ist die
113 Partei in RLP mit dem Wahlprogrammdiskussionsprozess auch neue Wege gegangen. Dies
114 sind Lichtblicke auf dem Weg zu mehr innerparteilicher Demokratie. Dennoch: Die
115 innerparteiliche Diskussionskultur liegt in weiten Teilen der Partei am Boden. Das hat auch
116 damit zu tun, dass in den Alleinregierungsjahren verstärkt nur noch Initiativen aus dem
117 Regierungsapparat vollzogen worden sind, nicht aber im Ringen der Meinungen erarbeitet
118 wurden. Zwischen den Jahren ohne Wahlkampf ist die Chance da, dieses Ringen der
119 Meinungen zu beleben. Diesen Prozess wollen wir Jusos RLP konstruktiv, aber auch kritisch
120 begleiten.

121
122
123 **Zustand der Jusos**

124 Hatte noch Anfang der 2000er Jahre die Shell-Studie ein sinkendes Interesse der jungen
125 Menschen an Politik festgestellt, sind mittlerweile die Befunde aus 2010 positiver. Das
126 Interesse an Politik steigt bei den Jüngeren. Gerade die Proteste im Bildungstreik, die hohe
127 Teilnahmen an breitenwirksamen Veranstaltungen des Bundesverbandes (seien es
128 Sommercamps oder Linkskongresse) belegen das Interesse junger Menschen und deren
129 Gefühl etwas für Gerechtigkeit in unserer Welt tun zu müssen. Die Mitgliederzahlen der Jusos
130 steigen. Es gelingt über niedrigschwellige und trotzdem inhaltliche Angebote der Mitarbeit,
131 auch grundsätzliches Interesse an der Frage nach Alternativen zum bestehenden Wirtschaften
132 zu wecken. Viele junge Menschen fragen sich angesichts der Krise Europas und der
133 Finanzmarktkrise was da vor sich geht und wie das anders und gerecht politisch organisiert
134 werden kann- sie sehen ja zu welch unsozialen Auswirkungen das alles vor Ort führt. Es

135 gelingt ein Grundverständnis, dass die Jusos seit der Linkswende teilen, das des linken
136 Richtungsverbandes, zu erneuern.

137
138 Die Jusos sind die Jugendorganisation der SPD, ja! Aber sie sind ein linker
139 Richtungsverband, der mit gesellschaftlichen linken BündnispartnerInnen eng
140 zusammenarbeitet und der kritische Positionen nach Diskussionen in die SPD hinein trägt.
141 Linker Richtungsverband beinhaltet Vielfalt und Offenheit, aber nicht Beliebigkeit, sondern
142 Übereinstimmung im Ziel, Grundlagen und Richtung politischen Wirkens. Angesichts der
143 Dominanz neoliberalen Denkens und Handelns in unserer Gesellschaft hat diese
144 Übereinstimmung nicht an Bedeutung verloren, sondern eher gewonnen. So zeigen
145 Veranstaltungen des Bundesverbandes exemplarisch, dass man sich mit einer Landjugend, die
146 Jugendfreizeiten macht, zusammensetzen und unterhalten kann, aber das wohl mit der DGB-
147 Jugend oder den Falken mehr inhaltliche Übereinstimmungen bestehen und deshalb eine
148 vertiefte Zusammenarbeit wünschenswert ist. Diese Impulse nehmen viele Genossinnen und
149 Genossen mit in ihre Unterbezirke und Verbände- das merken wir auch in RLP. Insgesamt
150 sind die Jusos auch in der Medienlandschaft als kritisches Korrektiv wahrnehmbar, ob in
151 Debatten zur Parteireform, in Auseinandersetzung mit den Ausführungen der Parteiführung,
152 als auch bei Positionierungen zur Steuerpolitik. Allerdings müssen auch Jusos an ihrer
153 Breitenwirkung und an den Strukturen vor Ort arbeiten. Es muss im nächsten Schritt gelingen
154 inhaltliche Impulse stärker von unten nach oben zu geben.

155
156 Im Bundesverband bzw. zwischen den Landesverbänden arbeiten wir auch entlang von
157 gemeinsamen Kommissionswochenenden (im Saarland), im Rahmen des Perspektivprojektes
158 (3mal im Jahr), Seminare (beispielsweise in Thüringen), BuKo-Vorbereitungswochenenden
159 und gemeinsamen Fahrten eng mit den befreundeten Verbänden der Tradis zusammen. Wir
160 stellen immer wieder fest, dass wir in der Art und Weise der Zusammenarbeit ohne große
161 Hierarchien und in den inhaltlichen Positionen vieles gemeinsam haben. Die Tradis sind kein
162 Selbstzweck, sie müssen begründet werden. Doch: Nur wer sich mit anderen
163 Landesverbänden zusammenschließt kann in diesem großen Bundesverband inhaltliche
164 Positionen die auf Landeskonferenzen beschlossen oder gemeinsam auf
165 Kommissionswochenenden erarbeitet werden zu Mehrheiten verhelfen. Und nur wer mit
166 anderen Landesverbänden zusammenarbeitet gewinnt Unterstützung für seine KandidatInnen,
167 etwa für den Bundesvorstand. Wir stellen auch fest, dass es inhaltliche Unterschiede in den
168 jeweiligen Landesverbänden selbst und zwischen den Landesverbänden gibt- dies ist auch
169 gut- ohne Diskussion kein Fortschritt. Aber Demokratie lebt nicht nur vom Konsens und
170 Kompromiss, sie lebt auch von mehrheitlichen Richtungsentscheidungen. Denn ohne
171 Richtung keine Veränderung in der Gesellschaft, sondern nur Orientierungslosigkeit.

172 173 **Wir Jusos RLP- Aufbau und Bündnisse nach links**

174 Wir Jusos RLP leben den linken, sozialistischen, feministischen und internationalistischen
175 Richtungsverband. Wir diskutieren mit unsere BündnispartnerInnen, der DGB-Jugend und
176 andere Gewerkschaftsjugenden, den Falken, der Naturfreundejugend, dem AWO-Jugendwerk
177 u.a. Wir sind teilweise bei ihnen selbst aktiv. Weil uns ein Gerechtigkeitsgefühl und konkrete
178 Positionen einen und wir uns nicht mit der Art des Wirtschaftens abfinden wollen. Wir
179 streben nicht nur nach einer anderen Gesellschaft, sondern wir benennen auch konkrete
180 politische Forderungen im Jetzt gegenüber der SPD- kritisch und konstruktiv! Wenn uns
181 innerparteiliche Wege offen stehen, nutzen wir sie, wenn nicht gehen wir auch an die

182 Öffentlichkeit. Wir sind in diesen Zeiten besonders gefordert dieser Doppelstrategie gerecht
183 zu werden. Linker Richtungsverband um in der Gesellschaft verankert zu sein und
184 Jugendorganisation zu sein um die SPD zu unterstützen. Den Kapitalismus in Frage zu stellen
185 und konkrete politische Forderungen zu stellen.
186

187 Wir Jusos agieren weiter als Teil einer Internationalen Bewegung, vieles können wir nur
188 gemeinsam mit internationalen BündnispartnerInnen schaffen.
189

190 Frauen sind in unserem Verband in aktiven Funktionen nach wie vor unterrepräsentiert, es
191 bleibt unsere Aufgabe alles für die Selbstbestimmung der Frau und Geschlechtergerechtigkeit
192 in unserem Verband, Gesellschaft und Wirtschaft zu tun. Einige Unterbezirke an denen
193 Frauen an der Spitze sind, entwickeln sich gut, dies gelingt jedoch tendenziell eher in den
194 größeren Städten und Ballungsgebieten. Auch Doppel- oder Dreier-Spitzen wirken sich
195 positiv auf die Aktivität und Beteiligung von Frauen aus. Die Quote erweist sich nach wie vor
196 als hilfreiches Instrument und muss beibehalten werden.
197

198 Auch bei den Jusos RLP finden Diskussionen nicht immer in der gewünschten Breite statt,
199 selbst wenn alle Anstrengungen unternommen werden. Wir verlieren allerdings keine
200 Mitglieder mehr, sondern gewinnen wieder deutlich. Die Fluktuation im Verband ist aber
201 nach wie vor hoch, wir spüren den Druck der neuen zeitfressenden Studiengängen.
202 Arbeitsweisen zu finden, die Auszubildenden und ArbeitnehmerInnen gerecht werden, die
203 auch unter stärkerem Druck des Ausbildungsmarktes und Arbeitsmarktes stehen, ist schwer,
204 bleibt aber wichtig. Die schlechteren sozioökonomischen Verhältnisse führen dazu, dass es
205 schwieriger wird sich ehrenamtlich nebenher zu engagieren.
206

207 Der Verband wird jünger, dies stellt uns vor besondere bildungspolitische Herausforderungen,
208 diesen Leuten auch Rüstzeug mitzugeben. „Ältere“ GenossInnen sind hier besonders in der
209 Pflicht ihre Erfahrungen und politische Positionen mit den „Jungen“ zu diskutieren- nicht von
210 oben herab, sondern im Sinne der Befähigung. Die Jusos RLP haben ein Jahr des Aufbaus
211 eines relativ jungen Landesvorstandes erlebt und dieser Weg muss weiter gegangen werden.
212

213 **2. Da wollen wir inhaltlich hin!**

214

215 **2.1. Unser Schwerpunkt: Arbeit-Migration-Europa**

216 **Gute Arbeit für Alle- keine Ausbeutung**

217 In den letzten Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen in Deutschland wie auch in Europa
218 deutlich verschlechtert. Wir Jusos beobachten, dass gute Arbeit zunehmend durch prekäre
219 Beschäftigung verdrängt wird: so weicht jedes dritte Arbeitsverhältnis vom Normalverhältnis
220 ab, Leiharbeit und 400€Jobs ersetzen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und bereits
221 anderthalb Millionen Menschen sind zusätzlich zu ihrem Bruttolohn auf Harz IV angewiesen.
222 Diese Fehlentwicklung basiert auf der Agenda 2010 ebenso wie auf dem mangelnden
223 politischen Willen der Schwarz-Gelben Bundesregierung, ArbeitnehmerInnen durch einen
224 gesetzlich geregelten Mindestlohn und andere dringend notwendige Maßnahmen zu entlasten:
225 stattdessen werden obskure Steuersenkungen betrieben und weiter gefordert, die überwiegend
226 hohen Einkommen nutzen. Besonders Menschen mit einem niedrigen Ausbildungsniveau
227 oder niedriger sozialer Anerkennung haben es schwer, in „gute Arbeit“ zu kommen.
228 Marginalisierte Menschen, MigrantInnen und Frauen erleben tagtäglich Diskriminierungen

229 und Ausbeutung. Auch im Bildungs- und Ausbildungssektor setzen sich Fehlentwicklungen
230 fort. Immer häufiger setzen Betriebe und Firmen auf ein duales Ausbildungssystem, das
231 AbiturientInnen klar bevorzugt; die reguläre Ausbildung wird zunehmend speziell auf die
232 Bedürfnisse des Unternehmens zugeschnitten, MitarbeiterInnen werden vom Unternehmen
233 abhängig. Junge AkademikerInnen mit und ohne Abschluss werden in schlecht- oder
234 unbezahlte Praktika gedrängt.

235
236 Als Jusos stellen wir fest, dass die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die
237 Gesamtgesellschaft betrifft, dass die sozialen Sicherungssysteme unter der Prekarisierung der
238 Arbeit leiden und dass ArbeitnehmerInnenrechte durch Leiharbeitsverträge und 400€
239 Jobverträge verwässert und außer Kraft gesetzt werden. Wir kritisieren entschieden, dass der
240 gegenwärtige Arbeitsmarkt soziale Selektion verstärkt und neu entstehen lässt. Dem wollen
241 wir entschieden entgegen treten. Deshalb wollen wir uns im nächsten Jahr weiterhin mit der
242 Frage beschäftigen wie man selbstbestimmtes Arbeiten und Leben möglich machen kann. In
243 diesem Zusammenhang spielt auch die soziale Sicherung eine Rolle. Arbeitszeitpolitik kann
244 ein wichtiges Diskussionsfeld sein. Dies kann in Form von inhaltlichen Veranstaltungen, über
245 die Kommissionswochenenden, den Landesausschuss, Besuche vor Ort, Kooperationen mit
246 BündnispartnerInnen und mit den Unterbezirken vor Ort geschehen.

247

248 **Migration/Integration- Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft**

249 Besonders hart trifft die Situation auf dem Arbeitsmarkt MigrantInnen und Menschen mit
250 Migrationshintergrund. Neben einer alltäglichen Diskriminierung erleben sie dort eine
251 strukturelle Diskriminierung. Zum einen werden im Ausland erworbene Abschlüsse in
252 Deutschland trotz Fachkräftemangel nur selten oder nach hohen Hürden anerkannt. Zum
253 anderen werden MigrantInnen oftmals in unbeliebte, niedrig bezahlte, einfache
254 Hilfstätigkeiten gedrängt, so z.B. Pflegetätigkeiten. Menschen, die illegalisiert in Deutschland
255 leben wie auch MigrantInnen mit einem ungünstigen Rechtsstatus sind auf illegale
256 Tätigkeiten jenseits jeder menschenwürdigen Bezahlung angewiesen, sie genießen keinen
257 Rechtsschutz. ArbeitsmigrantInnen arbeiten oft für einen Bruchteil regulärer Löhne, so z.B.
258 als ErntehelferInnen. Insbesondere die Arbeit von illegalisierten Menschen und
259 ArbeitsmigrantInnen sind längst Grundlage eines niedrigen Preisniveaus. Wir wollen uns mit
260 Wegen auseinandersetzen, wie wir es schaffen können, diesen Menschen Teilhabe und
261 Perspektive auf gutes Leben und gute Arbeit zu geben. Dazu gehören Fragen der
262 Qualifizierung, Anerkennung von Abschlüssen, strukturelle Diskriminierung auf dem
263 Arbeitsmarkt und im Bildungssystem und deren Beseitigung. Allerdings auch Fragen der
264 politischen Partizipation.

265
266 RechtspopulistInnen in ganz Europa zeichnen ein Schreckensszenario der „Überfremdung“;
267 Ressentiments gegen MigrantInnen erfahren in der öffentlichen Wahrnehmung eine
268 Renaissance, sie werden unterschwellig auch von liberal-konservativer Seite bis hin in unsere
269 Partei aus reaktiviert. Wir Jusos richten uns klar gegen diesen Rechtskurs. Hier sollen
270 Menschen mit- und ohne Migrationshintergrund gegeneinander ausgespielt werden; dabei ist
271 unsere Solidarität mehr denn je gefragt, da die Prekarisierung von Arbeit alle Menschen in der
272 Gesellschaft betrifft. Ferner sehen wir die Themenfelder der mangelnden Einbeziehung von
273 MigrantInnen, Arbeitsmigration und Illegalisierung von Flüchtlingen in einem europäischen
274 Kontext; die Themen gute Arbeit und Migration sind nicht denk-, diskutier- oder lösbar ohne
275 die Betrachtung der Rahmenbedingungen innerhalb der Europäischen Union.

276

277 **Ein soziales Europa, kein Standortnationalismus auf dem Rücken von**
278 **ArbeitnehmerInnen**

279 Es ist nicht unmöglich geworden sozialstaatliche und politische Errungenschaften auch zu
280 verteidigen- zum Wohle der ökonomisch Schwachen in unserer Gesellschaft, zum Wohle
281 aller. Nationalstaatlichen Handlungsrahmen gilt es zu nutzen. Ein Europa welches auf Kosten
282 der ArbeitnehmerInnen, die entweder billige Arbeitskräfte sind oder aber bewusst vom
283 Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, den Weg zu einer vertieften politischen Union geht, wollen
284 wir nicht. Auch wollen wir keinen Rückfall in nationale Egoismen. Diese Europa braucht
285 wieder eine Richtung, eine neue Vision.

286

287 Wir wollen eine europäische Staatlichkeit, wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa.
288 Auf dem Weg dahin gibt es für uns konkrete politisch Konzepte, die wir im nächsten
289 Landesvorstandsjahr mit BündnispartnerInnen und unseren Europaabgeordneten diskutieren
290 wollen: Konzepte die den Menschen und ArbeitnehmerInnen mehr Freiheit, Demokratie und
291 soziale Gerechtigkeit bringen. Wir wollen über Arbeitsmigration in Europa sprechen, es gibt
292 neue Entwicklungen mit der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit auch der OsteuropäerInnen.
293 Welche Hemmnisse gibt es nach wie vor wenn sich ArbeitnehmerInnen so wie Unternehmen
294 entschließen „flexibel“ zu sein und eine gute Arbeit im Ausland zu suchen? Wann ist
295 Arbeitsmigration Selbstbestimmung, wann ist es Versagen der Politik, die
296 Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit vor Ort zu bieten? Wir wollen
297 darüber sprechen wie für uns soziale Standards in Europa im Einzelnen auszusehen haben und
298 wie wir sie für alle verbindlicher gestalten, sodass kein Wettbewerb nach unten droht, sondern
299 es zu einer Angleichung nach oben kommt. Wir wollen auch darüber diskutieren wie wir die
300 Finanzmärkte unter demokratische Kontrolle bekommen, damit die Politik in Sachen
301 Steuerpolitik und Sozialpolitik wieder Handlungsfähiger ist. Wie könnte eine europäische
302 Arbeitslosenversicherung aussehen? Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse muss ein Ziel in
303 einer europäischen Ausgleichsunion werden. Wie könnte eine europäische Steuerhoheit
304 aussehen? Und welche Rolle spielt das Parlament in Zukunft, wie kann es gestärkt werden?
305 Fragen mit denen wir uns im Zusammenhang mit den Themen Arbeit und Migration
306 auseinandersetzen wollen, nicht zuletzt um mit unseren Alternativen auch die
307 Alternativlosigkeit der bestehenden Logik des Wirtschaftens in Frage zu stellen.

308

309 Standortwettbewerb der Nationen und ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausspielt ist kein
310 Muss! Die sozialen natürlichen Bedürfnisse der Menschen in Europa dagegen schon!

311

312 **2.2. Wir werden nicht müde-weitere Themenfelder**

313 **Grundsatzdebatte der Jusos RLP - Wo wir herkommen, stehen und hinwollen**

314 Das letzte grundlegende Papier auf einer Juso-Landeskonferenz liegt schon einige Zeit
315 zurück. Deshalb wollen wir die Zeit, die uns in der wahlkampffreien Zeit gegeben ist, nutzen
316 um drei zentrale Fragen zu beantworten: Wo kommen wir her? Wo stehen wir? Wo wollen
317 wir hin? Wir wollen dies jedoch nicht völlig abgekoppelt tun von aktuellen politischen
318 Ereignissen. Den nicht zuletzt die aktuellen Geschehen und Proteste weltweit für Freiheit,
319 soziale Sicherheit und Demokratie schreien nach grundsätzlichen Antworten und Alternativen
320 zur bestehenden Logik des Wirtschaftens. Deshalb passt der inhaltliche Schwerpunkt Arbeit-
321 Migration- Europa sehr gut auch in eine grundsätzliche Diskussion. Wir wollen unsere
322 grundsätzliche Debatte immer wieder mit aktuell diskutierten Forderungen auf unseren

323 Veranstaltungen zum Schwerpunkt verknüpfen. Auftakt des Diskussionsprozesses soll eine
324 Seminaridee der Kommission Wirtschaft und Soziales und der Kommission Internationales
325 aus dem letzten Jahr sein, in der es um eine grundlegende Analyse und Kritik der bestehenden
326 Produktions- und Konsumverhältnisse gehen soll. Wie und was produzieren wir? Wie und
327 was konsumieren wir? Welche Kritik im positiven, wie im negativen üben wir Jusos daran?
328 Wünschenswert ist eine Kooperation mit den Falken und Gewerkschaftsjugendlichen, sofern bei
329 diesen Interesse besteht. Die Ergebnisse des Seminars sollen auf einem Landesausschuss in
330 Absprache mit dem Präsidium vorgestellt werden. Ziel ist es zur LaKo 2012 ein
331 grundlegendes Positionspapier zu Abstimmung zu stellen.

332

333 **Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit**

334 „Ihr habt doch die gleichen Rechte wie wir auch! Was wollt ihr Emanzen denn noch?“, diese
335 oder ähnliche Meinungen sind oft in den Medien zu hören und zu lesen. Doch stimmt das?
336 Wir sagen – nein! Zwar verstehen sich vielfach Männer und Frauen als gleichberechtigt, doch
337 schauen wir genauer hin, finden wir uns von sexistischen Darstellungen umgeben, beim Equal
338 Pay Day müssen wir immer noch gegen die Lohnungleichheit protestieren und von einer
339 tatsächlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir noch weit entfernt. Der Anreiz
340 zur Eheschließung und zu einer konservativen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern,
341 auch Ehegattensplitting genannt, der die Alleinverdiener-Ehe gegenüber anderen
342 Lebensformen bevorteilt, ist immer noch aktuell. Sieht so eine für alle Geschlechter gerechte
343 Gesellschaft aus? Wir, der Landesvorstand und die Kommission
344 Frauen/Geschlechtergerechtigkeit, wollen gemeinsam mit unseren BündnispartnerInnen, wie
345 beispielsweise der ASF, konkrete Forderungen formulieren und uns für eine Verbesserung der
346 Situation einsetzen. Auch in unserem eigenen Verband werden wir Bildungsangebote für
347 Themen-EinsteigerInnen anbieten, uns um die Förderung und verstärkte Partizipation von
348 jungen Frauen auf allen Ebenen unseres Verbandes kümmern, und weiterhin für
349 Benachteiligungen sensibilisieren.

350

351 **Aufklärung und Antidiskriminierung- Am Anfang ist das Vorurteil!**

352 Diskriminierung findet auf vielfältige Weise und auf unterschiedlichsten Ebenen statt.
353 Dennoch bedienen sich alle Diskriminierungsformen ähnlicher Mechanismen. Wir können
354 Diskriminierung nur bekämpfen, indem wir unsere Verhaltensmuster und politisches Handeln
355 reflektieren und uns unser Denken aktiv bewusst machen. Wir haben konkrete Vorstellungen
356 einer solidarischen Gemeinschaft, in der sich Menschen frei entfalten können und sich als
357 starker Teil dieser Gemeinschaft verstehen. Mit unserer Arbeit klären wir auf und stellen
358 alternative Konzepte vor. Dies ist vor allem eine bildungspolitische Herausforderung für
359 unser Seminarprogramm. Im Rahmen einer Veranstaltung des Landesvorstandes wollen wir
360 uns mit Theorien der Vielfalt und Antidiskriminierungskonzepten auseinandersetzen. Vorurteile
361 aufzuarbeiten muss auch immer wieder durch Argumentationshilfen und Materialien
362 unterstützt werden.

363

364 **Gute Ausbildung für alle!**

365 Während der Ausbildung soll man für einen späteren Beruf qualifiziert werden, der einen
366 wichtigen Faktor im Leben jedes Menschen ausmacht. Diese Qualifizierung soll für uns unter
367 dem Credo „Gute Ausbildung“ stehen. Bereits auf unserer letzten Landeskongress haben wir
368 einen umfassenden Antrag dazu verabschiedet, befassen uns aber schon seit den Anfängen der
369 „Arbeiterjugendbewegung“ damit, die Situation von Auszubildenden zu verbessern. Leider

370 haben wir noch lange nicht alles erreicht und möchten im kommenden Jahr weiter fordern und
371 dafür kämpfen, dass Unternehmen ausbildungsreifer werden. Gute Ausbildung fängt bei uns
372 schon in der Schule an. Nämlich mit verstärkter Berufsvorbereitung, so dass schwächere
373 SchülerInnen nicht im Regen stehen gelassen werden oder in Zwangsmaßnahmen geparkt
374 werden müssen. Wir wollen schauen an welchen Stellen wir das Jugendarbeitsschutzgesetz
375 stärken können, sodass jugendliche Auszubildende ihrem Alter entsprechend geschützt
376 werden. Einer Aufweichung, wie von Schwarz-Gelb und Ihren
377 ArbeitgeberverbandsfreundInnen gewünscht, treten wir weiterhin entschieden entgegen. Die
378 Ausbildungsplatzumlage werden wir weiterhin fordern und zusammen mit unseren
379 BündnispartnerInnen in den Vordergrund stellen, denn jede/r hat das Recht auf einen
380 qualifizierenden Ausbildungsplatz. Damit ist das Ziel aber nicht erreicht, wir fordern weiter
381 eine Übernahmegarantie für Auszubildende ohne fadenscheinige Befristungen oder
382 Praktikumsverträge wie so oft an der Tagesordnung. Aber auch die entsprechende Vergütung
383 gehört dazu. Wer Mindestlohn sagt, muss auch Mindestausbildungsvergütung sagen. Wie
384 man sieht ist noch einiges für uns zu tun. Dies wollen wir im nächsten Jahr bei
385 Diskussionsrunden, in Gesprächen mit JAVen, bei Betriebsbesichtigungen, mit den
386 Gewerkschaften und natürlich mit euch zusammen, vertiefen. Lasst uns zusammen weiter für
387 Gute Ausbildung kämpfen!

388

389 **Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik- Für einen starken Staat!**

390 Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Sie ermöglicht Teilhabe für alle Gruppen der
391 Gesellschaft, egal ob arm oder reich. Um eine gleichmäßige Verteilung der Lasten zu
392 gewährleisten, müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir bejahen den starken
393 Staat, der über hinreichende Finanzmittel für notwendige Investitionen verfügt, denn nur so
394 wird der gesellschaftliche Frieden gewahrt. Eine weitere Kürzung der Ausgabenseite lehnen
395 wir ab. Schlimm genug, dass mit der Einführung der Schuldenbremse Feuer mit Öl bekämpft
396 wird und gesamtökonomische Zusammenhänge außer Acht gelassen werden. In das Zentrum
397 unserer Überlegungen stellen wir die Frage welche Aufgaben ein Staat erfüllen muss um das
398 Gemeinwesen gerecht und alle Menschen freier zu machen. Zentrale Positionen wird der
399 Landesvorstand aus dem Leitantrag zum Thema Steuern der diesjährigen LaKo mitnehmen.
400 Dabei ist jetzt schon klar, dass mehr rauskommen muss als das, was von der SPD-Spitze zu
401 hören ist. Konzeptionell wollen wir an einem gerechten Steuersystem weiterarbeiten und auf
402 dem nächsten Bundesparteitag und darüber hinaus mitdiskutieren.

403

404 **Umwelt und Energie**

405 Dieses Jahr möchten wir uns verstärkt mit dem Thema „Wasser“ auseinandersetzen. Es ist
406 eine wichtige und leider auf unserem Planeten viel zu ungleichmäßig verteilte Ressource.
407 Wasserstress in Form von Dürren oder Überschwemmungen sorgen schon heute an vielen
408 Orten der Welt für massive Probleme. Oft sind Menschen gezwungen ihre Heimat zu
409 verlassen, das Phänomen heißt dann neudeutsch „Klimamigration“. Wir wollen die
410 verschiedenen Probleme und die Reaktionen auf die Klimamigration untersuchen und in
411 diesem Punkt das Umweltthema „Wasser“ mit unserem Schwerpunkt Migration verbinden.

412

413 Doch auch in Deutschland haben, wo es eine gesicherte Trinkwasserversorgung gibt, nehmen
414 die Probleme rund um das Wasser zu. Lange Trockenperioden und Starkregenereignisse
415 gefährden auch hier zu Lande die Ernten, das lässt Brot und Marmeladenpreise steigen. Aber
416 auch austrocknende Feuchtgebiete bedeuten Wasserstress für viele Tierarten.

417
418 Es gibt auch hierzulande viele Frage um das Wasser zu beantworten. Allgemeine Fragen wie:
419 wo kommt es her? Wo geht es hin?
420
421 Aber auch spezielle wie: Wie wird es bewirtschaftet? Wer ist dafür verantwortlich? Warum
422 kostet das in unterschiedlichen Gemeinden unterschiedlich viel und wie können wir dazu
423 beitrage diese lebenswichtige Ressource zu schützen?
424 „Die Energieversorgung der Zukunft“ ist immer noch ein Thema das uns Jusos umtreibt. Die
425 Energiewende hin zu einer ökologischen Versorgung mit Solar, Wind und Biogas und auch -
426 dort wo möglich- mit Geothermik zu schaffen ist eine der großen Zukunftsaufgaben. Schwarz
427 – Gelb mit ihrer Atomklientelpolitik hat sich in diesem Punkt schon als die ungeeignete
428 Kombi für zukunftsfähige, stabile Modelle und Ideen erwiesen.
429
430 Wir setzen uns für eine dezentrale Energieerzeugung ein und wollen diese vor Ort auch
431 dezentral diskutieren. Dabei hat die SPD mit ihren dezentral organisierten Energieforen schon
432 gute gedankliche Vorarbeit geleistet. Wir wollen uns intensiv an den Foren beteiligen und
433 mitdiskutieren, überlegen aber auch selbst ähnlich Veranstaltung anbieten, um vor allem Jusos
434 anzusprechen.
435
436 Wichtige Fragen wie die der Netzzrückkäufe von privaten Anbietern durch Kommunen oder
437 die Entwicklung in den Erneuerbaren Energien wollen wir dabei besonders beleuchten. Dabei
438 möchten wir auch auf neue Veranstaltungsformen, wie Barcamps oder Kurzfilmfestivals
439 zurückgreifen.
440
441 Aber auch die soziale Frage in der Energieversorgung darf bei den Diskussionen nicht zu kurz
442 kommen - die die energetische Sanierung und ihr enormes Kosteneinsparungspotential. Denn
443 es sind vor allem die sozial schwächer gestellten, die auf billige Mieten aus schlecht oder gar
444 nicht energetisch sanierten Wohnungen angewiesen sind und dies mit hohen Nebenkosten
445 bezahlen. Eine Rechnung die oft genug teure ausfällt. Hier möchten wir darauf hinweisen, das
446 energetische Sanierung grade im sogenannten Sozialen Wohnungsbau, sozial wichtig ist und
447 mit Wohnungsbaugesellschaften in Kontakt treten.
448
449 **Wahlalter 16- Für die Umsetzung und Stimmen kämpfen!**
450 Mit der Aufnahme der Forderung nach einem „Wahlalter 16“ ins SPD-
451 Landtagswahlprogramm konnten wir bereits einen ersten Erfolg für uns verbuchen. Im
452 Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen findet es sich auch wieder und die
453 Regierung möchte es nun umsetzen. Leider ist zur Umsetzung eine 2/3 Mehrheit im Landtag
454 notwendig. Daher müssen wir nun aktiv werden und in der Bevölkerung dafür werben und die
455 Menschen für das Projekt gewinnen, damit auch so die CDU überzeugt werden kann für eine
456 Änderung zu stimmen.
457
458 Das Wahlalter 16 darf aber nicht alleine kommen. Vielmehr ist es Aufgabe der Politik, von
459 Schulen und den verschiedensten Gesellschaftsgruppen, gemeinsam Mittel und Wege zu einer
460 verstärkten Partizipation Jugendlicher zu finden. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit
461 dem Ring Politischer Jugend (RPJ), beginnend mit einem Anschreiben an die Schulen, ab
462 September diskutieren. Deshalb möchten wir gemeinsam mit dem Landesjugendring

463 Initiativen und Diskussionsrunden anstoßen. Die Absenkung ist nichts ohne eine Welle der
464 politischen Aufklärung und Bildung in diesem Land.

465
466
467

468 **Soziale und starke Kommunen**

469 Unser Wohnort soll ein Platz sein, an dem man gerne arbeitet und lebt. Dafür sind aber
470 bestimmte Rahmenbedingungen notwendig. Um ein guter Lebensmittelpunkt für jung und alt
471 zu sein, muss ein gute und bezahlbare Anbindung durch den ÖPNV gewährleistet sein. Alte
472 Menschen brauchen einen Treffpunkt und auch den Jugendlichen muss ein Raum zur
473 Verwirklichung gegeben werden. In Notfällen müssen die Mittel für SozialarbeiterInnen und
474 Dorfschwestern da sein. In größeren Kommunen muss das Geld reichen, auch größere
475 Freizeiteinrichtungen unterhalten zu können, vom Schwimmbad bis zum Theater. Ohne gut
476 finanzierte öffentliche Einrichtungen kein öffentliches Leben, Kultur und keine solidarische
477 Gesellschaft.

478

479 Dies ist nur möglich, wenn die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Zukunft deutlich
480 verbessert und ausgebaut wird. Aufgaben, die Bund und Länder auf diese übertragen, müssen
481 komplett durch finanzielle Mittel ausgeglichen werden. Sonst werden die Kommunen an
482 dieser Last zu Grunde gehen. Ob das gelingt hängt eng mit einer gerechten Steuerpolitik im
483 Bund zusammen. Sind allerdings „public private partnership (PPP) tatsächlich ein gangbarer
484 und sinnvoller Weg? Wie schaffen wir es Strukturen in der Fläche zu erhalten? Wie kehren
485 wir die Landflucht um und erhöhen die Perspektiven auch junger Menschen im ländlichen
486 Raum? In einer kleinen Veranstaltungsreihe in Kooperation mit den Unterbezirken wollen wir
487 uns diesen Fragen widmen.

488

489

490 **3. Unser Verband- Stark in Bündnissen, Organisation und Kommunikation**

491 **Offen für linke BündnispartnerInnen- für solidarische Alternativen**

492 Bündnisarbeit gibt uns die Möglichkeit, Inhalte, die wir mit befreundeten Organisationen und
493 Gruppen teilen zu diskutieren, Ideen auszutauschen, uns gegenseitig zu unterstützen und zu
494 begeistern. Dabei haben wir in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit den
495 Gewerkschaften, deren Jugend, anderen politischen Jugendverbänden sowie mit anderen
496 gesellschaftlichen Gruppen, die der demokratischen Linken nahe stehen, gesucht. Diese
497 Arbeit wollen wir im neuen Vorstandsjahr vertiefen. Hier wollen wir auch Schwerpunkte und
498 Inhalte unseres diesjährigen Arbeitsprogrammes einbringen. Bereits nach dem
499 Landtagswahlkampf haben wir begonnen eine Bündnisveranstaltung für den Herbst/Winter zu
500 planen. Eine gemeinsame Veranstaltung der linken Jugendverbände im Dezember wird jetzt
501 konkreter. Vor allem die Arbeit des Netzwerks für Demokratie und Courage e. V. (NDC) liegt
502 uns am Herzen und wir werden dieses auch weiterhin als TrägerInnen unterstützen um bei der
503 Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus an Schulen mitzuarbeiten.

504

505 **Internationale Arbeit und Bündnisse – Gemeinsam stärker!**

506 Für uns ist Internationalismus mehr als bloß eine Begrifflichkeit: Wir leben internationale
507 Solidarität! Das zeigt sich nicht nur in der regelmäßigen Teilnahme mit Delegationen an den
508 ECOSY- oder IUSY-Festivals, sondern insbesondere auch an unserem AK
509 Russlandpartnerschaft, der einen inzwischen langjährigen und stabilen Austausch mit der

510 russischen sozialdemokratischen Jugendorganisation Social Democratic Union of Youth
511 (SDUY) St. Petersburg aufgebaut hat. Der Ausbau zu einem trilateralen Bündnis mit unserer
512 georgischen Partnerorganisation, den Young Socialists of Georgia (YSG), und eine
513 gemeinsame mehrtägige Begegnung (aufbauend auf den gemeinsamen IUSY-Workshop zu
514 Friedenspolitik im Sommer 2011) ist in 2012 unser nächstes Ziel. Auch darüber
515 hinausgehende Kooperationen, beispielsweise mit IUSY-Mitgliedern in Afrika, oder
516 projektbezogene Zusammenarbeit mit europäischen PartnerInnen in Bezugnahme auf aktuelle
517 Geschehnisse in der Europäischen Union werden wir anstreben.

518

519 **Betreuung von Unterbezirken und “Mitgliedertage“**

520 Die Jusos Rheinland-Pfalz sind ein lebendiger Verband, der von seinen Mitgliedern, deren
521 Mitarbeit und Ideen lebt. Dies so beizubehalten und da weiter zu entwickeln, wo wir
522 strukturschwächere Unterbezirke haben, ist unser Ziel. Eine fehlende Anbindung an den
523 Landesverband soll die Fortführung und Intensivierung unseres erfolgreichen UB-
524 Patenschaftsprogramm bewerkstelligen. Aktiv werden wir uns so weiter für die
525 Wiederherstellung aktiver Strukturen vor Ort einsetzen. Wichtig ist uns in diesem Sinne auch
526 die Betreuung unserer (Neu)Mitglieder, die wir mit Mitgliedertagen, wie in den letzten Jahren
527 bereits durchgeführt, intensivieren werden. Allerdings stärker vor Ort in den Unterbezirken
528 und im Rahmen des Bildungsprogramms. Auch persönliche Ansprache und die
529 Kommunikation mit den Mitgliedern vor Ort ist uns dabei sehr wichtig. Geprüft werden soll
530 inwiefern es möglich ist den UBn ein Erste-Hilfe-Paket für die Arbeit vor Ort
531 zusammenzustellen. Die scheiterte in der Vergangenheit oft an zeitlichen und personellen
532 Ressourcen.

533

534 **Zusammenarbeit der RVn- Geselligkeit nicht vergessen**

535 Die RV sind immer wieder auf der Suche nach ihrer Rolle. Dies wird wohl auch so bleiben.
536 Wir sehen in den RVn eine wichtige Stütze in den Vorbereitungen der LaKos und der
537 Kommunikation mit den Unterbezirken. Sie bieten Bildungsfahrten an. Sie veranstalten
538 Seminare. Und sie arbeiten mit dem Verband eng in der Betreuung der Unterbezirke
539 zusammen.

540

541 Gemeinsam mit den RVn wollen wir im nächsten Jahr mindestens drei größere gesellige
542 Veranstaltungen organisieren- denn wir sind ein ehrenamtlich getragener Jugendverband und
543 dürfen bei all dem Ernst in der politischen Debatte auch untereinander nicht vergessen, dass
544 die Geselligkeit nicht zu kurz kommen darf. Wer streitet muss auch zusammen ein Bier, Wein
545 oder andere köstliche Getränke trinken können. Die Veranstaltungen wollen wir frühzeitig in
546 Absprache und Organisation mit den RVn angehen.

547

548 **Unsere Kommissionswochenenden bleiben unsere Ideenschmieden- Kontinuität in 549 zentralen Themenfeldern**

550 Die Kommissionswochenenden haben mittlerweile eine lange Tradition und bewähren sich
551 immer wieder als zukunftsweisende Ideenschmieden für unseren Verband, für den
552 Landesvorstand und für die Unterbezirke. Natürlich sind die Kommissionen frei in ihrer
553 Planung, allerdings ohne Bezug zum verbandlichen Gesamtgeschehen machen sie keinen
554 Sinn. Ihre Aufgabe ist es nicht bildungspolitische Grundlagen zu legen, auch wenn dies
555 sicherlich auch passieren kann und muss, sondern vielmehr die Positionierung zu zentralen
556 Fragen unserer Zeit. In den Kommissionen soll inhaltliche Vertiefung möglich sein- frei von

557 der Schlagzeilenproduktion der Tagesmedien. Wir wünschen uns mehr konzeptionelles
558 Arbeiten in den Kommissionen. Das nächste Wochenende im Oktober wollen wir, wie auch
559 bereits das letzte, mit den SaarländerInnen gemeinsam organisieren. Von dem Austausch und
560 der Zusammenarbeit erhoffen wir uns Impulse für beide Verbände.

561

562 **Arbeitskreise der Jusos RLP- offen für projekt- und themenorientierte Arbeit**

563 Die Jusos RLP haben folgende Arbeitskreise, die unabhängig von den Kommissionen tagen:
564 AK Ethik, Staat und Gesellschaft, AK Russlandpartnerschaft und den AK Energie. Diese
565 Arbeitskreise verzeichnen einen unterschiedlichen Aktivitätsgrad. Dies ist nicht weiter
566 tragisch. Sie sind ein ständiges Angebot an den Verband sich zu speziellen Projekten und
567 Themen zu organisieren. Das was bei der SPD als Praxisänderung derzeit im Zuge der
568 Strukturreform diskutiert wird, praktizieren wir Jusos schon lange. Und wir schließen nicht
569 aus, dass es weitere Arbeitskreise geben kann. Wichtig ist uns bei der Gründung jedoch, dass
570 es einen festen Kern an Aktiven gibt und die Rückkoppelung der Inhalte in den
571 Landesvorstand funktioniert.

572

573 **Zusammenarbeit mit Juso-HSGn- Kritische Wissenschaft und Parteireform**

574 Auch im nächsten Arbeitsjahr sollte die Zusammenarbeit zwischen dem Juso-Landesverband
575 und den Juso Hochschulgruppen fortgesetzt werden. Thematisches Arbeitsfeld der
576 Kooperation ist die Beschäftigung mit der kritischen Wissenschaft und der angehende
577 Parteiorganisationsreform. Durch Vorträge von Wissenschaftler_innen soll der
578 kritische Diskurs im Landesverband der Jusos und den Hochschulgruppen gefördert werden.
579 Diese Vorträge der Juso-Hochschulgruppen sollen explizit in Kooperation mit den Juso-
580 Gliederungen vor Ort stattfinden um Synergieeffekte zu nutzen und den Verband als Ganzes
581 zu stärken. Auch eine neue Regelung der Finanzierung, die sowohl die LKO als auch die
582 Hochschulgruppe vor Ort stärkt und den Landesverband entlastet, soll mit der SPD verhandelt
583 werden.

584

585 **Unsere Juso-SchülerInnen- frühe Politisierung**

586 Es gibt eine richtig aktive SchülerInnen-Gruppe der Jusos in Rheinland-Pfalz: In Mainz.
587 Mittlerweile finden aber gerade viele junge SchülerInnen den Weg zu uns Jusos auch in
588 anderen Landesteilen. So gibt es Aktive im Rhein-Hunsrück und in Frankenthal. Es hat sich in
589 der Vergangenheit gezeigt, dass eine Gründung vom Landesvorstand von oben keine Effekte
590 hat, ohne die Beteiligung und Unterstützung durch die jeweils vor Ort bestehenden Juso-
591 Strukturen aber auch nicht leistbar ist. Die Fluktuation ist gerade bei den Schülis sehr groß.
592 Deshalb wollen wir in diesem Jahr die Vernetzung der bereits bestehenden Aktiven fördern.
593 Die Bildungskommission kann Anlaufstelle für bildungspolitische Debatten der Schülis sein.
594 Es ist prinzipiell auch nicht ausgeschlossen, dass wir gemeinsame Veranstaltungen der
595 Schülis finanziell unterstützen. Mit den HSGn teilen sie sich den Zuschuss des
596 Landesverbandes, innerhalb diesem ist es ihnen möglich frei zu planen. Wichtig ist uns, dass
597 die Schülis die Möglichkeit haben eine Kritik am bestehenden Schulsystem und an der Art
598 des Lehrens frei zu formulieren.

599 **Ein starkes Bildungsprogramm 2012 mit den Jusos Saar**

600 Wir Jusos RLP wollen im Jahr 2012 wieder ein starkes Bildungsprogramm mit einer guten
601 Mischung aus inhaltlichen und methodischen Seminaren zusammen mit den Jusos Saar haben.
602 Klar ist, der BiA bleibt ein autonomes Gremium, welches auch unabhängig vom
603 tagespolitischen Geschehen arbeiten soll. Angesichts vieler junger Mitglieder wächst die

604 Bedeutung grundlegender Bildungsarbeit. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Gewinnung
605 neuer TeamerInnen gelegt werden- diesen wollen wir eine TeamerInnenschulung zur
606 Organisation und dem Ablauf eigener Seminare anbieten. Auch gesellschaftliche
607 BündnispartnerInnen wollen wir stärker mit einbeziehen.
608

609 **Unsere Verbandszeitschrift SozialIstMuss (SiM) – Von euch für euch!**

610 Unsere Verbandszeitschrift, der SiM, wurde letztes Jahr neu konzipiert und wir konnten
611 insgesamt zwei »reguläre« Ausgaben sowie den Sonder-SiM zu den Landtagswahlen
612 publizieren. Dieses Projekt, das wir letztes Jahr erfolgreich wieder aufgenommen haben,
613 wollen wir auch im nächsten Jahr fortführen: Geplant sind bis zu drei weitere Ausgaben 2012
614 und eine weitere in diesem Jahr. Im SiM können alle Unterbezirke über ihre aktuelle Arbeit
615 berichten, somit geben sie Impulse für Diskussionen und Aktionen an andere Jusos im Land
616 weiter. Im SiM kann jede und jeder Artikel zu einem gewünschten Thema veröffentlichen und
617 auf diesem Weg im Verband eine inhaltliche Debatte anstoßen. Koordinieren und entscheiden
618 muss am an Ende das Redaktionsteam, aber auch für dieses können sich Mitglieder des
619 Verbandes bewerben. Zu Prüfen ist, ob ein Seminar Öffentlichkeitsarbeit im Verband für
620 Interessierte noch 2011 organisiert werden kann.
621

622 **Neue Veranstaltungsformen- Förderung der freien Diskussion**

623 Durch das mit der SPD RLP und ASF RLP gemeinsam organisierten Barcamp haben wir
624 erstmalig die Veranstaltungsform des Barcamps getestet. Diese und weitere neue
625 Veranstaltungsformen wollen wir bei der Planung unserer inhaltlichen Veranstaltungen
626 verstärkt berücksichtigen. Es gilt die freie Diskussion und Übung der Argumentation in der
627 Praxis zu stärken. Auch wollen wir einzelnen Personen die Möglichkeit geben, sich die
628 Moderation der Veranstaltungen methodisch anzueignen. Es ist zu prüfen, ob das im nächsten
629 Jahr im Rahmen des Bildungsprogramms möglich ist oder ob es auch Angebote des
630 Bundesverbandes der Jusos geben wird. Darüber hinaus wollen wir auch niedrigschwelligere
631 oder kulturelle Zugänge zu Themen organisieren wo es möglich ist: Beispielsweise über ein
632 Filmfestival o.ä.
633

634 **Neue HP, Blog und Neue Medien- Direkte Kommunikation und inhaltliche Debatten** 635 **online organisieren**

636 In der heutigen Zeit stellt sich die Frage nicht, ob ein Jugendverband im Internet präsent sein
637 kann oder nicht. Das Internet ist zentraler Bestandteil des Lebens und wir Jusos RLP nutzen
638 es mittlerweile in vielfältiger Art und Weise, um Informationen zu verbreiten,
639 Veranstaltungen zu bewerben und Pressemitteilungen in die Medienlandschaft zu geben.
640 Dabei greifen wir zentral auf eine jetzt schon etwas ältere Homepage und auf Facebook,
641 Twitter und Flickr zurück. Wir wollen unser Angebot erweitern und dabei im nächsten Jahr
642 einen Fokus auf die Organisation und Ergänzung inhaltlicher Debatten im und über das
643 Internet legen. Dabei ist klar, dass es schwerfallen dürfte via Twitter umfassende
644 Positionierung rauszugeben, hier müssen wir zuspitzender werden. Allerdings wollen wir
645 nicht denjenigen das Internet überlassen, die einfach nur Schlagzeilen und einfach Antworten
646 vermitteln wollen. Das Internet ist eine Möglichkeit mehr Partizipation am Gemeinwesen
647 möglich zu machen. Wir wollen deswegen unsere Homepage überarbeiten und einen Blog ins
648 Leben rufen auf dem insbesondere politische Kommentare zu tagesaktuellen Themen, aber
649 auch grundsätzliche Fragen diskutiert werden sollen. Diesen Blog wollen wir zunächst als
650 Modellprojekt starten um zu testen und mit dem Verband gemeinsam nach einer bestimmten

651 Zeit zu evaluieren. Zunächst werden die LaVo-Mitglieder als Redakteure und Autoren
652 fungieren. Im Rahmen der neuen HP soll es einen zentralen Downloadbereich für die Jusos in
653 RLP geben- wie dieser genau aussieht wird noch zu prüfen sein.

654

655 **Informationsfluss im Verband**

656 Zentrales Mittel der breiten Information soll der monatliche Newsletter ergänzt durch
657 Sondernewsletter bleiben. Uns ist wichtig, dass die Jusos im Land über diesen Weg vielfältige
658 Informationen zu eigene Veranstaltungen des Landesverbandes, aktuellen Debatten oder auch
659 Veranstaltungen von anderen Organisationen erhalten. Gerne werben wir auch für gute
660 Veranstaltungen in den Unterbezirken. Im letzten Vorstandsjahr konnten wir durch mehrere
661 Telefonkonferenzen, sei es zu inhaltlichen oder organisatorischen Themen, mit den
662 Unterbezirken eine rege Diskussion und Austausch untereinander und mit uns herstellen.
663 Dieses Instrument möchten wir auch im folgenden Jahr gerne wieder einsetzen. Über den UB-
664 AnsprechpartnerInnen-Verteiler sollen wichtige Infos für die Vorsitzenden in den
665 Unterbezirken gehen. Es liegt dann auch an ihnen diese Infos entsprechend in ihre Verteiler
666 weiterzuleiten. Darüber ist der persönliche Austausch über den Landesausschuss unerlässlich,
667 ihn wollen wir als Ort von tatsächlichen Entscheidungen, inhaltlichen Debatten und
668 Austauschplattform stärker werben. Generell sind wir als Landesvorstand und das Landesbüro
669 auch direkt ansprechbar, ob über soziale Plattformen, Email oder Telefon.

670

671 Last but not least: Dieses Arbeitsprogramm ist ein Maximalprogramm, nicht alles werden wir
672 schaffen, das haben die letzten Jahre immer wieder gezeigt. Aber es soll dem Juso-
673 Landesvorstand und dem Verband Orientierung bieten und wird vom Landesvorstand auf
674 seiner Landesvorstandsklausur in den Planungen konkretisiert werden. Nicht berücksichtigt
675 ist tagesaktuelle Arbeit, die kommt so oder und auf die freuen wir uns! Darüber
676 hinausgehende Veranstaltungen und inhaltliche Arbeit kann es natürlich immer geben. Eine
677 rege Beteiligung von Jusos aus allen Ebenen ist hierfür Grundvoraussetzung. Gemeinsam, für
678 eine andere, ein gerechte Welt!

B1

AntragstellerInnen: UB Trier

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Juso Landesvorstand, SPD Landesvorstand, Landesregierung RLP

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Finanzielle Regelung der Übergangsphase zwischen Ausbildung und Beruf**

3 **Unsere Forderungen kompakt**

- 5 1. Wir Jusos fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, Jugendliche zwischen
6 Ausbildung und Beruf durch eine andere Grundsicherung als Hartz IV bzw. Sozialgeld
7 gezielterer und bedarfsgerechter zu unterstützen.
8
- 9 2. Die Landesregierung könnte sich im Bundesrat für eine Ausweitung des
10 Bundesausbildungsförderungsgesetzes oder eine andere Grundsicherung einsetzen,
11 welche auch solche jungen Menschen miteinbezieht, die sich in der Übergangsphase
12 zwischen Schule, Beruf und Ausbildung befinden, so dass sie nicht gezwungen sind
13 Arbeitslosengeld I oder II zu beantragen.
14
- 15 3. Weiterhin fordern wir, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, das
16 Förderungsalter bzw. diese Grundsicherung auf Personen unter 30 Jahren
17 auszuweiten.
18

19 Im Einzelnen:

20
21 Die Übergangsphase zwischen Ausbildung und Beruf entwickelt sich für die Mehrheit der
22 jungen Menschen in Deutschland immer mehr zu einem krisenhaften Lebensabschnitt. Der
23 Mangel an Arbeitsplätzen ist nur ein Teil dieser Problematik. Nahezu ausgeklammert in der
24 öffentlichen Diskussion bleibt jedoch die finanzielle Notsituation, in der sich viele junge
25 Menschen nach einem Bildungsabschluss befinden.
26

27 Finanzielle Hilfen erhalten diese von staatlicher Seite oft nur dann, wenn sie sich arbeitslos
28 melden. Es besteht meist jedoch kein Anspruch auf Arbeitslosengeld I, weshalb sie
29 gezwungen sind, Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld zu beantragen. Dies müssen sie jedoch
30 bereits drei Monate vor Beendigung ihres aktuellen Status beantragen. Besonders betroffen
31 von dieser Regelung sind Auszubildende und StudentInnen, welche das genaue Ende ihrer
32 Ausbildung/ ihres Status oft nicht genau vorhersagen können. Teilweise befinden sie sich
33 noch in Abschlussprüfungen und wissen de facto nicht, ob sie ihre Ausbildung/ ihr Studium
34 überhaupt bestanden haben. Als besonders belastend wird die Finanzierung der eigenen
35 Krankenversicherung empfunden. Junge Menschen über dem 25. Lebensjahr fallen aus der
36 Familienversicherung heraus und können die hohen Kosten ihrer Krankenversicherung aus
37 eigenen finanziellen Mitteln nicht tragen.
38

39 Da sich das Ende der Ausbildungsphase von jungen Menschen deutlich nach hinten
40 verschoben hat, halten wir es für zeitgemäß eine solche Grundsicherung oder finanzielle
41 Förderung für Personen bis zum 30. Lebensjahr auszuweiten.
42
43 Begründung erfolgt mündlich

B 2

AntragstellerInnen: UB Südpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Stop für den VertretungslehrerInnen-Pool**

2
3 Wir fordern die Landesregierung in Rheinland-Pfalz auf, den „Pool für
4 VertretungslehrerInnen“ abzuschaffen und mit den dort versammelten Fachkräften die
5 vorhandenen, offenen Planstellen regulär zu besetzen. Das Bildungsministerium und die
6 angeschlossenen Behörden sind mit ausreichenden Ressourcen auszustatten, damit die zur
7 Deckung des Unterrichtsbedarfs notwendige Vermittlungsarbeit auf die entsprechenden
8 Stellen effektiv geleistet werden kann.

9
10 Wir stellen uns damit gegen eine Idee, die zur einer weiteren Prekarisierung von
11 BerufseinsteigerInnen führen wird, da die betroffenen Lehrkräfte mehr als drei Jahre u.a. mit
12 Standortunsicherheit sowie mit der Mehrfachbelastung an unterschiedlichen Schulen
13 konfrontiert werden. Zwar ist es grundlegend begrüßenswert, dass die aktuelle Situation der
14 VertretungslehrerInnen, die teilweise vor den Sommerferien nicht wissen, ob sie nach den
15 Ferien weiterbeschäftigt werden, als Problem erkannt wurde, doch muss eine andere Lösung
16 her. Diese sehen wir u.a. in der o.g. Verbesserung der Vermittlungsarbeit. Wir fordern dazu
17 auf, dass die Landesregierung ihrer sozialen Verantwortung für Arbeitskräfte gerecht wird
18 und ihrer Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachkommt.

19 20 21 Begründung:

22 Wir halten es für Menschen unzumutbar, sich drei Jahre lang auf Abruf bereit zu halten und
23 als Springer in verschiedenen Schulen eingesetzt zu werden. Lehrerinnen und Lehrer sind
24 keine Verschiebemasse, die willkürlich ihre Arbeit mal hier, mal da machen können und dann
25 auch Qualität und pädagogisch sinnvolle Arbeit mit Kindern umsetzen können. Das
26 Unterrichten ist ein Prozess, bei dem es darauf ankommt, dass LehrerInnen und SchülerInnen
27 Gelegenheit haben, sich kennen zu lernen, aufeinander einzugehen, Stärken und Schwächen
28 eines Kindes erkennen und individuell auf seinen Leistungsstand eingehen zu können. Der
29 flexible Einsatz von Lehrkräften in unterschiedlichen Schulen widerspricht und widerstrebt
30 den Anforderungen der Landesregierung, die wünscht, dass Kinder individuell gefördert
31 werden, Lese-Rechtschreibschwächen erkannt und mit individuellen Förderplänen bedacht
32 werden.

33
34 Diese Art von Arbeitsverhältnissen entspricht nicht dem, was eine sozialdemokratisch
35 geführte Landesregierung favorisieren sollte. Wir SozialdemokratInnen stehen dafür ein, für
36 soziale Sicherheit sorgen zu wollen, sicher Arbeitsplätze einrichten zu wollen, und kämpfen
37 u.a. an der Seite von Gewerkschaften dafür, Menschen nicht unter die Willkür der

38 Arbeitgeber zwingen zu lassen. Es kann nicht sein, dass unsere Landesregierung sich
39 ebensolcher Instrumente bedient.
40
41 Weitere Begründung erfolgt mündlich

B3

AntragstellerInnen: Bildungskommission über Landesvorstand 2010/2011

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Landtagsfraktion, Landesministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Sozialkundeunterricht verbessern, SchülerInnen früher und ausführlicher**
2 **über Politik und soziales Geschehen weltweit informieren!**

3
4 Wir fordern, dass das Fach „Sozialkunde“ an den Schulen schon standardmäßig ab der
5 5.Klasse unterrichtet wird und dass aktuelle politische und gesellschaftliche Zusammenhänge
6 vermehrt im Unterricht thematisiert werden. Dazu gehört, dass für die im Lehrplan teilweise
7 schon vorgesehenen Exkursionen auch ein zeitlicher Rahmen ermöglicht wird. Der
8 Schulunterricht muss sich zudem stärker an aktuellem Geschehen orientieren. Um dies zu
9 gewährleisten, muss die jeweilige Schule bemüht sein, ausreichendes und aktuelles Material
10 zur Verfügung zu stellen.

11
12 Darüber hinaus muss das Verständnis von Demokratie gestärkt werden. Um SchülerInnen die
13 Möglichkeit zu geben, sich bereits in ihrem Schulalltag für ihr Lebensumfeld einzusetzen und
14 ihre Ideen einzubringen, müssen Projekte wie „Schule als Staat“, Debattiermöglichkeiten und
15 Vernetzungen mit außerschulischen Vereinen vermehrt angeboten und aktiv von den
16 Lehrkräften unterstützt werden.

17
18 Es ist zudem wichtig, dass Sozialkundeunterricht nicht nur früher sondern auch länger gelehrt
19 wird. Es kann nicht im Sinne der demokratischen Gesellschaft sein, dass in einigen
20 Jahrgangsstufen der Sozialkundeunterricht gänzlich wegfällt.

21
22 **Begründung:**
23 Immer mehr Jugendliche können nichts mit Politik anfangen. Doch das liegt oft nicht am
24 mangelnden Interesse, sondern vielmehr daran, dass diesen Jugendlichen oft im
25 Sozialkundeunterricht nicht die Möglichkeit geboten wird, politische Zusammenhänge und
26 Debatten nachzuvollziehen.

27
28 Hier muss die Schule nicht nur die „Basics“, wie z.B. die Wahl des Bundestags oder die Liste
29 der Bundeskanzler seit 1949, vermitteln, sondern auch die Inhalte der Politik so erklären, dass
30 die SchülerInnen sich eine Meinung über einen bestimmten Sachverhalt bilden können. Dies
31 muss zum einen im geschichtlichen Rahmen erfolgen, zum anderen natürlich auch im
32 aktuellen.

33
34 Auch das interkulturelle, sowie das innerstaatliche Verständnis muss gestärkt werden. Hierzu
35 ein Beispiel: Der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin hat im Jahr
36 2007, in Zusammenarbeit mit dem SPIEGEL, 5000 SchülerInnen aus den Klassen 9 bis 11 in
37 vier Bundesländern zu ihrem Wissen über die Politik in der DDR gefragt. Die Aussage „Es
38 wäre gut, wenn heute in der BRD genauso wenige Ausländer leben würden wie früher in der

39 DDR“ fand bei 27% der Befragten Zustimmung. Die Aussage „Fühle mich als
40 Westdeutsche/r und will mit den Ostdeutschen nichts zu tun haben“ fand sogar bei 29,7% der
41 männlichen Westdeutschen Zustimmung. Schließlich fanden 68,4% der Befragten, dass man
42 in der Schule viel zu wenig über die DDR erfahre.

43

44 Die Zahlen zeigen, dass an deutschen Schulen dringender Handlungsbedarf im Fach
45 Sozialkunde besteht. SchülerInnen sollten nach ihrem Abschluss genügend über die
46 Geschichte ihres Landes wissen und über genügend politisches Verständnis verfügen, um sich
47 über aktuelle politische Fragen und Probleme eine Meinung bilden zu können. Nur so können
48 junge Menschen auch nach ihrem Schulabschluss aktiv am politischen Geschehen teilnehmen.

B4

AntragstellerInnen: UB Bitburg/Prüm aka Eifeljusos

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Landtagsfraktion, Landesministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Schluss mit unfairen und ungleichen Arbeitsverträgen im Bereich der**
2 **Lehrkörper!**

3
4 *Menschen befristet einstellen, ihnen weniger Geld zahlen und dies*
5 *bei der gleichen Arbeit. Zeitverträge, schlechte Bezahlung, Stress.*

6
7 Diesen Zustand kritisieren wir Sozialdemokraten in der globalisierten Wirtschaft. Wir
8 erkennen zu Recht, dass Ausbeutung und soziale Ungleichheit eine Volkswirtschaft kaputt
9 machen.

10
11 Doch in Rheinland-Pfalz wird von der Sozialdemokratie genau diese Unternehmenspolitik im
12 Bildungsressort betrieben. Lehrpersonen werden befristet eingestellt und erhalten weniger
13 Lohn als KollegInnen mit demselben Abschluss an derselben Schule.

14
15 Junge Lehrer erhalten oft einen Vertrag auf ein Jahr befristet. Vor den Sommerferien
16 läuft dieser Vertrag aus und sechs Wochen gibt es für die Lehrperson keinen Lohn.
17 Nach den Ferien sollen sie wieder möglichst motiviert, mit einem neuen befristeten Vertrag,
18 Schülern Werte vermitteln.

19
20 Wir fordern ein Ende der unsolidarischen und ungleichen Behandlung von Lehrpersonen und
21 eine Einstellungspolitik, die der Wirtschaft als Vorbild dient.

22
23 Junge Lehrer müssen nach dem zweiten Staatsexamen eine Aussicht auf eine feste Stelle
24 bekommen und haben ein Recht auf Lebensplanung die über ein Jahr hinausgeht.

25
26 *Zu diesem allgemein gehaltenen Antrag werden ausgearbeitete Informationen*
27 *nachgereicht.*

28
29 *Im Augenblick werden Gespräche mit betroffenen Lehrpersonen geführt und*
30 *Informationen und Zahlen aus dem Ministerium abgewartet. Eine inhaltliche Ergänzung*
31 *und konkrete Vorschläge erfolgen zur LaKo und vorher als Information an alle UBs.*

B5

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Landtagsfraktion, Landesministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, SPD-Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Wahlversprechen einhalten - Stundenkürzung und Streichung der**
2 **Lehrerstellen an den Schulen in Rheinland Pfalz müssen rückgängig**
3 **gemacht werden.**

4
5 Die Konferenz möge beschließen, dass die Jusos Rheinland-Pfalz die Stundenkürzungen und
6 die Streichungen der Lehrstellen an den Schulen in Rheinland Pfalz nicht befürwortet. Die
7 Landesregierung und die Landtagsfraktion sollen an Ihre Wahlversprechen erinnert werden
8 und der Juso Landesverband soll Druck auf die SPD ausüben diese Versprechen einzuhalten.

9
10 Begründung

11
12 Die Kürzung der Stunden und die Streichung der Lehrstellen haben erhebliche
13 Auswirkungen auf alle Schularten in Rheinland Pfalz. Es entstehen Einschränkungen bei den
14 Fächerwahlen, freiwillige Fächer fallen weg und die Klassen und Kurse erhöhen sich.
15 Klassenleiterstunden müssen aus Zeitmangel entfallen, auch werden Experimente, der
16 Vortrag von Referaten oder die Vorschau von Filmen nicht mehr möglich sein. Der Schulstoff
17 bleibt gleich, allerdings bleibt weniger Zeit um diesen zu verarbeiten. Die Prüfungsaufgaben
18 im Abitur bleiben auf dem gleichen Niveau, aber die Stunden in den Leistungskursen werden
19 weniger.

20
21 Weiter Begründung erfolgt mündlich!

B6

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Landtagsfraktion, Landesministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, SPD-Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, den Numerus-Clausus für alle
- 2 Master-Studiengänge an rheinland-pfälzischen Hochschulen abzuschaffen. Und ausreichend
- 3 Finanzielle Mittel zu Verfügung zu stellen um die Anzahl an Masterstudienplätze in
- 4 Rheinland-Pfalz an die Zahl der Bachelor-Absolventen anzupassen.

5

6

7

8

Begründung:

9

- 10 Das Versprechen der Rheinland-Pfälzischen Wissenschaftsministerin Doris Ahnen für alle
- 11 Bachelor Absolventen an einer Rheinland-Pfälzischen Hochschule auch im ausreichenden
- 12 Maß Masterstudienplätze zu Verfügung zu stellen wurde noch nicht umgesetzt.

13

- 14 Viele Rheinland-Pfälzischen Hochschulen sind gezwungen, mit hohen
- 15 Zugangsbeschränkungen die Zahl der Masterstudierenden künstlich zu senken.

- 16 Dies kann nicht das Ziel einer zukunftsorientierten Hochschulpolitik sein, in der Studierende
- 17 auf dem Halben weg zur Erlangung eines International anerkannten Abschluss abgehängt
- 18 werden.

B7

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Mehr überbetriebliche Ausbildung im Kfz-Handwerk**

2
3 Die Jusos sollen sich dafür einsetzen:

- 4
5 1. Sämtliche Vorgesehenen Überbetrieblichen Ausbildungen (ÜBA) auch abgeschult werden.
6
7 2. Die Dauer und Anzahl der Überbetrieblichen Ausbildungen (ÜBA) im Kfz-Handwerk zu
8 erhöhen.

9
10 Begründung:

11
12 1.

13 Die Tatsache, dass von der Handwerkskammer Pfalz, von sieben vorgesehenen nur fünf
14 abgeschult werden, jedoch in der Handwerkskammer Rheinhessen auch die anderen beiden,
15 ist nicht hinnehmbar, da das besuchen der ÜBA Voraussetzung für die Zulassung zur
16 Gesellenprüfung-Teil 2 ist. Dies gilt insbesondere da gerade diese beiden, derzeit nicht
17 stattfindenden, bedeutende Inhalte im Bezug auf den aktuellen Stand der Technik vermitteln
18 sollen, bzw. Lehrlingen die Möglichkeit geben Fehlersuchstrategien zu erlernen und zu
19 vertiefen da dies im Ausbildungsbetrieb oft vernachlässigt wird bzw. fast nicht stattfindet.
20 Durch das nicht Stattfinden dieser Kurse werden Lehrlinge aus pfälzischen Betrieben
21 insbesondere aus kleinen und freien Werkstätten benachteiligt, da sie in solchen Betrieben
22 oftmals nicht mit Arbeiten in Berührung kommen, die in diesen Kursen beiden gelehrt
23 werden und zudem die dafür nötigen Spezialwerkzeuge und Betriebseinrichtungen nur in
24 seltenen Fällen zur Verfügung stehen. Dies trifft vor allem auf den K4/05-Kurs zu, in
25 welchem CAN-Bus Systeme behandelt werden sollten, welcher jedoch zu den nicht
26 durchgeführten Kursen zählt. In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, dass in den
27 Gesellenprüfungen Teil 2 CAN-Bus Systeme häufig Thema sind. Erschwerend kommt noch
28 hinzu, dass japanische Hersteller bis vor kurzem kein CAN-Bus verwendet haben und
29 Lehrlinge in Vertragswerkstätten dieser Hersteller so mit noch größerer Wahrscheinlichkeit
30 nicht mit diesem Thema konfrontiert werden.

31
32 2.

33 Auch sind die Pläne zu verhindern die heute zweiwöchigen Kurse auf eine Woche zu
34 verkürzen, da die zu vermittelnden Inhalte aller Kurse für die vorgesehene Zeitdauer zu
35 umfangreich sind, weswegen es eher sinnvoll wäre die Dauer aller ÜBA zu erhöhen.

36 Auch sollte die Anzahl der Kurse sich erhöhen, da in manchen zwar baugruppentechisch
37 miteinander verwandte Fahrzeugkomponenten behandelt werden, welche jedoch wartungs-
38 und reparaturtechnisch unterschiedliche Voraussetzungen erfordern. Als Beispiel ist hier der
39 Kurs G-K3/05 zu nennen, in welchem es um Grundlagen der Fahrzeugsystemtechnik geht.
40 Diese beschäftigt sich mit Elektrik/Elektronik auf der einen und Hydraulik/Pneumatik auf der
41 anderen Seite, welche jedoch nur wenig gemein haben. Durch die Behandlung innerhalb des
42 gleichen Kurses, liegt der Fokus klar auf Elektrik/Elektronik, was sehr zu Lasten der

43 Vermittlung von Kenntnissen im Bereich der Hydraulik/Pneumatik geht. Des weiteren
44 werden andere für den Beruf wichtige Wissensgebiete nicht bzw. nicht mehr vermittelt. Zu
45 nennen ist hier z.B. der Schweißkurs, welcher früher ein fester Bestandteil der Ausbildung
46 zum Kfz-Mechaniker war und heute, in Zeiten da dieser Beruf in Kfz-Mechatroniker
47 umbenannt ist, mit der Begründung eines zu geringen Nutzens im Vergleich zu den Kosten
48 des Kurses nicht mehr durchgeführt wird. Zudem wäre eine ÜBA zum Thema
49 Kraftübertragung sinnvoll, da es heute immer mehr Arten von Getrieben und Kupplungen gibt
50 als bei der Einführung der Berufsbezeichnung Kfz-Mechatroniker und des dazugehörigen
51 Ausbildungsplan. Gleiches gilt für eine ÜBA zum Thema Hochvolt-Technik, damit Lehrlinge
52 schon in der Ausbildung mit der Arbeit an Elektro- und Hybridfahrzeugen vertraut gemacht
53 werden.

C1

AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Landesvorstand, Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundesvorstand, PES

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Ausweisungspolitik reformieren**

2
3 Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern:

4
5 1. Die aktuelle Ausweise- und Abschiebep Praxis in Deutschland und in der EU muss
6 ausgesetzt werden. Die momentan im
7 Abschiebeprozess befindlichen Menschen dürfen nicht mehr abgeschoben werden.

8
9 2. Es muss ein bleibendes Aufenthaltsrecht für alle Menschen geben, die in Deutschland
10 oder in der EU leben wollen.

11
12 3. Die SPD und die PES sollen sich dafür einsetzen, dass die Landes- Bundes- und
13 Europapolitik für aktive Integration einsetzt. Dabei ist auf alle Bereiche des Privaten und
14 Gesellschaftlichen(Arbeit, Bildung, Religion) Rücksicht zu nehmen.

15 **Begründung:**

16 Die neue rheinland-pfälzische Landesregierung hat im Koalitionsvertrag die Abschiebe-
17 politik auf den Prüfstand gestellt. So sollen auch die beiden rheinland-pfälzischen
18 Gewahrsamseinrichtungen für Ausreisepflichtige in Ingelheim und Trier geschlossen werden.
19 Dies wollen wir zum Anlass nehmen, das System der Abschiebung generell zu reformieren.

20
21 Die Ausweisung bezeichnet die Aufforderung des Staates gegenüber Ausländern ohne
22 Aufenthaltstrecht, das Land zu verlassen. Dieses Aufenthaltsrecht kann verwirkt werden
23 durch den Ablauf einer zeitlich begrenzten Aufenthaltsgenehmigung, aber auch
24 durch Begehen einer Straftat.

25
26 Verlässt eine ausgewiesene Person nicht freiwillig das Land, kommt es zur Abschiebung.
27 Im Falle einer Abschiebung kann per richterlichem Beschluss eine Abschiebehaft bis
28 zu 18 Monaten angeordnet werden. Im Jahr 2006 wurden 13894 Personen abgeschoben.

29
30 Die derzeitige Ausweisungspolitik ist menschenunwürdig. Der Prozess der Abschiebung
31 ist Eingriff in die Rechte und Freiheit der Betroffenen. Diese Eingriffe bedürfen einer
32 starken Begründung. Eine solche Begründung gibt es nicht. Die Zugehörigkeit zu einer
33 Nationalität ist zufällig. Das Auswahlverfahren erfolgt durch eine Art Geburtenlotterie.
34 Daraus wo ein Mensch geboren wurde seine Rechte in einem Land abzuleiten ist
35 schlichtweg falsch. Außerdem zeigen die Zahlen der letzten Jahre deutlich, dass die
36 Zahl derer, die in Deutschland leben wollen und ausgewiesen weder sozial noch
37 wirtschaftlich ein Problem für die Bundesrepublik darstellen. Deshalb fordern wir
38 eine grundlegende Reform der Gesetzgebung, die die Ausweisung von Ausländern
39

40 betrifft.

41

42 Um Problemen, die durch Zuwanderung entstehen können, entgegenzuwirken sind andere
43 Instrumente angebracht. Die Politik soll Integration noch stärker als bisher unterstützen.

44 Die Immigranten, die in Deutschland leben, brauchen Möglichkeiten zu echter Integration in

45 Gesellschaft, Bildung und Beruf. Sie brauchen sie um ein erfülltes Leben zu haben und

46 um ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft zu werden.

C2

AntragstellerInnen: Pascal Klein

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Landesregierung, Landesjustizministerium, SPD-Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Justizstrukturreform überdenken**

2
3 Die Jusos Rheinland-Pfalz bekennen sich zu einer bürger_innennahen Justiz und zu den
4 Grundsätzen effektiven Rechtsschutzes. Dies umfasst auch und insbesondere, dass den
5 rechtssuchenden Bürger_innen keine erschwerenden Hindernisse bereitet werden, etwa durch
6 hohe finanzielle Lasten oder unzumutbare Anfahrtswege.

7
8 Daher sprechen sich die Jusos Rheinland-Pfalz gegen die durch die geplante
9 Justizstrukturreform vorgesehene Zusammenführung des Oberlandesgerichts Koblenz mit
10 dem Oberlandesgericht Zweibrücken aus. Ebenso lehnen wir eine Schließung des
11 Verwaltungsgerichts Mainz ab.

12
13 Beide Maßnahmen werden mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung vor dem Hintergrund
14 der Schuldenbremse begründet. Man erhofft sich jährliche Einsparungen in Höhe von 2,7
15 Millionen Euro. Wir kritisieren jedoch dabei die fehlende Transparenz, da nachweisbare
16 Einsparungseffekte auf der Grundlage einer nachvollziehbaren Kostenaufstellung bisher nicht
17 dargetan wurden. Es ist zudem durch den Umzug eher mit erhöhten Kosten zu rechnen. Die
18 mit der Ortsverlegung verbundenen Mehrkosten durch längere Anfahrtswege zumindest der
19 Bediensteten, die ihre Behörde vor dem Verwaltungsgericht zu vertreten haben, wurden
20 unserer Auffassung nach bei der erwarteten Kostenersparnis nicht hinreichend berücksichtigt.
21 Vor allem Richter_innen und Beamte können nicht entlassen, sondern allenfalls versetzt
22 werden, sodass es bezüglich der Personalkosten kaum zu Einsparungen kommen wird.
23 Gerade die Gemeinden und Verbandsgemeinden mit ihrer schlechten finanziellen Ausstattung
24 haben durch die erhöhte Beanspruchung ihrer Justiziere besonders zu leiden, weil diese durch
25 verlängerte Hin- und Rückfahrt voraussichtlich den ganzen Tag beschäftigt sein werden,
26 wodurch deren Kapazität an anderer Stelle fehlen wird. Es wird zudem außer Acht gelassen,
27 dass die Fallzahlen etwa beim Verwaltungsgericht Mainz entgegen den Erwartungen beim
28 Abschluss des Koalitionsvertrages im Jahre 2010 um etwa 10 Prozent angestiegen sind. Der
29 Rechtsschutzbedarf wird sich durch eine Verlegung nicht verringern, sodass auch
30 diesbezüglich keine Einsparungen zu erwarten sind.

31
32 Eine bürger_innennahe Justiz und effektiver Rechtsschutz erfordern eine hinreichende
33 Versorgung des ganzen Landes mit Gerichten, bei denen die Bürger_innen zu ihrem Recht
34 kommen können. Die Schließung auch nur eines Gerichtes würde jedoch dieser Bürgernähe
35 entgegenstehen. Die fast 620.000 Menschen, für die das VG Mainz bisher zuständig war,
36 müssten nach einer Schließung mehr als 100 km zurücklegen, um zum nächst gelegenen
37 Verwaltungsgericht nach Neustadt oder Koblenz zu gelangen. Das bedeutete einen
38 zusätzlichen Aufwand, der viele Bürger_innen (gerade auch Arbeiter_innen oder Menschen
39 mit geringem Einkommen) davon abhält, überhaupt Klage zu erheben. Derartige Hindernisse,

40 die Menschen dazu bringen, von jeglichem Rechtsschutz Abstand nehmen, müssen im
41 Interesse einer sozialen Rechtsstaatlichkeit unbedingt vermieden werden. Die
42 Rechtssuchenden dürfen nicht vor solche Hürden gestellt werden.

43 Gerade in der Landeshauptstadt, die mit über 40.000 Studierenden zugleich die größte
44 rheinland-pfälzische Universitätsstadt ist, ist das Erfordernis einer Schließung nicht
45 einzusehen. Das Verwaltungsgericht Mainz hat demnach zu Recht mit drei Kammern eine
46 landesweit zentrale Zuständigkeit für den Bereich des Hochschulrechts (also Prüfungsanfech-
47 tungen, Exmatrikulationen, Klagen gegen die Nichtzulassungen zu einem Studiengang).
48 Durch die Aufspaltung gerade dieser spezialisierten Kammern auf die anderen Gerichte ist zu
49 befürchten, dass diese wertvolle Expertise zumindest zum Teil verloren geht. Ein_e
50 Student_in, die gegen die Ablehnung ihres Antrags auf BAföG vorgehen möchte, müsste
51 zukünftig mehr als hundert Kilometer fahren. Da der überwiegende Anteil der Studierenden
52 kein eigenes Auto besitzt, bleibt oft nur der oft umständliche Rückgriff auf den öffentlichen
53 Fernverkehr. Solche langen Fahrtstrecken sind Studierenden und auch sonst niemandem
54 zuzumuten, insbesondere da sie auch mit erheblichen Kosten verbunden sind. So wird die
55 Entscheidung sogar unter sozialen Gesichtspunkten zu einer solchen mit nicht hinnehmbaren
56 Folgen.

57
58 Es muss ureigenes Interesse der Sozialdemokratie sein, nah bei den Menschen zu sein und
59 eine bürgernahe Justiz zu ermöglichen. Im Bereich der Bildung, beim Sozialstaat und in der
60 Justiz müssen Einsparungen unterbleiben, um unsere sozialdemokratischen Wurzeln und
61 unserem Anspruch, dass die Politik dem Menschen dienen soll, nicht verraten. Vor allem ist
62 es vor dem Hintergrund der Unabhängigkeit der Justiz bedenklich, dass auf Grund politischer
63 Einsparungsentscheidungen aus der Exekutive in den Bereich der Judikative derart
64 gravierende Eingriffe erfolgen.

65 Die Exekutive sollte die Unabhängigkeit der dritten Gewalt respektieren und derart
66 gravierende Einsparungen an anderer Stelle vornehmen. Das OLG Koblenz und das VG
67 Mainz (wie auch die anderen drei Verwaltungsgerichte in Trier, Koblenz und Neustadt) sollen
68 erhalten bleiben.

69

70 Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.



AntragstellerInnen: UB Trier

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Streichung der „Extremismusklausel“**

2

3 Einführung in die Thematik

4 Die Achtung der Menschenrechte, die Ablehnung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und
5 Antisemitismus, der Schutz von Minderheiten, die freie Entfaltung des Einzelnen in der
6 Gesellschaft sowie die Ablehnung von geschlechtsbezogener, auf der sexuellen Identität
7 beruhender bzw. politisch, religiös oder weltanschaulich motivierter Diskriminierung sind
8 wesentliche Errungenschaften unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

9

10 Rechtsextremistische Umtriebe gefährden die freiheitliche demokratische Grundordnung in
11 besonderer Weise. Die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen
12 Rechtsextremismus kann in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft nicht überschätzt werden.

13

14 Das vom Bundesfamilienministerium geführte Bundesprogramm „Toleranz fördern –
15 Kompetenz stärken“ soll die Einrichtung dauerhafter Strukturen im Kampf gegen
16 Rechtsextremismus durch Bereitstellung von Fördermitteln unterstützen. Erklärte
17 Zielsetzungen der Bundesregierung sind zudem die Förderung zivilen Engagements,
18 demokratischen Verhaltens und des Einsatzes für Vielfalt und Toleranz. Die bereitgestellten
19 Gelder fließen in die Förderung lokaler Aktionspläne, in die Förderung von Modellprojekten
20 und in die Unterstützung und den Ausbau von Beratungsnetzwerken. Bis zum Jahr 2013 sind
21 jährlich 24 Millionen Euro Bundesfördermittel vorgesehen.

22

23 Seit 2010 macht das Bundesfamilienministerium die Gewährung von Fördergeldern aus dem
24 Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ von der Abgabe einer sog.
25 Demokratieerklärung, gemeinhin als „Extremismusklausel“ bekannt, abhängig. Initiativen,
26 die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, müssen seit Einführung der
27 „Extremismusklausel“ bestätigen, dass sie sich zur freiheitlichen demokratischen
28 Grundordnung bekennen und dass sie eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit
29 leisten. Darüber hinaus müssen sich die Initiativen verpflichten, im Rahmen ihrer
30 Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass sich die
31 Kooperationspartner ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Potentielle
32 Fördergeld-Empfänger, die die Klausel nicht anerkennen, erhalten keine Förderung. In der
33 Realität bedeutet das für viele Initiativen das Aus.

34

35 Politische Bewertung der „Extremismus-Klausel“

36 Die „Extremismusklausel“ konterkariert die Zielsetzungen des Bundesprogramms „Toleranz
37 fördern – Kompetenz stärken“. Gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus
38 wird von einer Gesinnungsprüfung abhängig gemacht, die vertrauensvolle Zusammenarbeit
39 zwischen den Kooperationspartnern wird durch das Einstehenmüssen für die demokratische

40 Grundhaltung der Kooperationspartner erschwert, die Entstehung einer Atmosphäre
41 gegenseitiger Bespitzelung wird in Kauf genommen.

42
43 Unabhängig von einer etwaigen Verfassungsmäßigkeit des Bekenntnisses der
44 Fördergeldempfänger zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Satz 1 der
45 „Extremismusklausel“) ist die Verpflichtung zur Abgabe eines solchen Bekenntnisses zur
46 freiheitlichen demokratischen Grundordnung politisch abzulehnen. Initiativen, die sich für die
47 Erhaltung der Demokratie einsetzen, sollen keiner vorherigen Gesinnungsprüfung
48 unterworfen werden. Die Verpflichtung zur gesinnungsmäßigen Überprüfung der
49 Kooperationspartner (Sätze 2, 3 der „Extremismusklausel“) ist erst Recht geeignet,
50 bürgerschaftliches Engagement zu verhindern. Die „Extremismusklausel“ ist daher im
51 Ganzen abzuschaffen.

52

53 Derzeitiger Stand politischer Gegen-Initiativen

54 1. Im Koalitionsvertrag RLP wird die „Extremismusklausel“ ausdrücklich abgelehnt (S. 85).

55

56 2. Die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben einen gemeinsamen
57 Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem sie die Bundesfamilienministerin zum
58 Verzicht auf die „Extremismusklausel“ bewegen wollen (BT-Drs. 17/4551).

59

60 3. Das Land Berlin hat eine Bundesratsinitiative angestoßen, die die Zielsetzung verfolgt, die
61 „Extremismus-Klausel“ durch Streichung des 2. und 3. Satzes zu überarbeiten (BR-Drs.
62 270/11). Diese Bundesratsinitiative orientiert sich an einem Rechtsgutachten des
63 Staatsrechtlers Prof. Dr. Dr. h.c. Battis vom 29.11.2010, das dieser im Auftrag des Vereins für
64 Demokratische Kultur in Berlin e.V., Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Kulturbüro
65 Sachsen e.V. sowie des Vereins Opferperspektive Brandenburg e.V. erstattet hat.

66 Die Tagesordnung des Bundesrats sieht bereits für Anfang September die Beratung der
67 Initiative in einem Ausschuss des Bundesrats vor. Mit einer baldigen Beschlussfassung des
68 Bundesrats ist daher zu rechnen.

69

70 Die Forderung der Jusos RLP:

71

72 **1. Vollständige Abschaffung der „Extremismusklausel“**

73 Wir fordern das Bundesfamilienministerium auf, die Gewährung von Fördergeldern aus dem
74 Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ nicht von der Abgabe einer sog.
75 Demokratieerklärung abhängig zu machen. Die „Extremismusklausel“ ist im Ganzen
76 abzuschaffen.

77

78 **2. Keine verfassungskonforme Erhaltung der „Extremismusklausel“**

79 Wir regen gegenüber dem Bundesfamilienministerium an, keine – auch nur teilweise –
80 Erhaltung der „Extremismusklausel“ im Wege verfassungskonformer Abänderung
81 vorzunehmen.

82

83 Begründung erfolgt mündlich.

C4

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Fraktionsarbeitsgruppe Rechtspolitik der SPD Bundestagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Antrag auf Änderung von § 20 StGB**
2 **(Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störung)**
3

4 Die Fraktionsarbeitsgruppe Rechtspolitik der SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert § 20
5 StGB in Zusammenarbeit mit Experten aus dem Bereich der forensischen Psychologie an die
6 gültigen Klassifikationskriterien und Begrifflichkeiten im Bereich psychischer Störungen
7 anzupassen und einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen.
8

9 Begründung:

10 § 20 StGB regelt in welchen Fällen ein Straffälliger aufgrund einer psychischen Störung als
11 schuldunfähig eingestuft werden muss. Schuldunfähig ist demnach „wer bei Begehung der
12 Tat wegen einer krankhaften seelischen Störung, wegen einer tiefgreifenden
13 Bewusstseinsstörung oder wegen Schwachsinn oder einer schweren anderen seelischen
14 Abartigkeit unfähig ist, das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu
15 handeln“.

16
17 Die hier verwendeten Begrifflichkeiten sind seit Erlassung des Gesetzes in den 30er Jahren
18 des letzten Jahrhunderts nicht bedeutend verändert worden und entsprechend daher nicht
19 unserem heutigen Verständnis psychischer Störungen. Heute wie damals stellen sie eine
20 Abwertung psychisch Erkrankter dar. Während diese Abwertung sich Anfang des letzten
21 Jahrhunderts jedoch auch im Umgang mit psychisch Kranken zeigte, z.B. in den
22 Euthanasiegesetzen des Dritten Reichs, ist unser Wissen über und unser Umgang mit
23 psychischen Störungen heute ein deutlich anderer. Die im Bereich der klinischen Psychologie
24 verwendete Klassifikation psychischer Störungen und ihre Begrifflichkeiten haben sich
25 entsprechend dieser Entwicklung verändert. Diese Veränderung ist jedoch nicht in die
26 juristischen Formulierungen im Bereich der forensischen Psychologie vorgedrungen, was nun
27 dringend nachgeholt werden muss.
28

29 Menschenverachtende Formulierungen können im schlimmsten Fall einen
30 menschenverachtenden Umgang mit psychisch erkrankten Straffälligen begünstigen. Wenn
31 Psychiater, Psychologen, Richter und andere am Prozess beteiligte Personen dauerhaft
32 gezwungen sind Straffällige, zum Teil wider besseren Wissens, mit Begriffen wie
33 „Schwachsinn“ oder „seelische Abartigkeit“ zu belegen, kann sich dies durchaus negativ auf
34 ihr Verhalten diesen gegenüber auswirken. Die in § 20 StGB verwendete Klassifikation und
35 die damit verbundenen Begrifflichkeiten sollten daher an das gültige Menschen- und
36 Störungsbild in der klinischen Psychologie angepasst werden.
37

D1

AntragstellerIn: AK Russland über Landesvorstand 2010/2011

angenommen abgelehnt verwiesen an

1 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

2
3 **Finanzielle Unterstützung der trilateralen Begegnung**
4 **mit der SDUY und den YSG in Rheinland-Pfalz**
5

6 Seit 2006 stehen wir im regen Austausch mit der Social Democratic Union of Youth (SDUY)
7 St. Petersburg. Unsere Partnerschaft wollen wir in 2012 auf eine dritte Jugendorganisation,
8 die Young Socialists of Georgia (YSG), ausweiten und haben auf unseren Workshop zur
9 Friedenspolitik auf dem IUSY-Festival in diesem Sommer einen wichtigen Schritt in diese
10 Richtung unternommen.

11
12 Im Jahr 2012 möchten wir eine trilaterale Begegnung in Deutschland organisieren. Dafür
13 bedarf es der Unterstützung unseres Verbandes. Damit diese Maßnahme realisiert werden
14 kann, beantragt der Arbeitskreis Russlandpartnerschaft **Finanzmittel in Höhe von 2.000 € als**
15 **LV-Projekttopf** (gemäß Satzung § 5 Absatz 3) für die Vorbereitung, Unterbringung,
16 Verpflegung, ein vielfältiges Programm, für Fahrtkosten und weitere organisatorische
17 Kostenpunkte.

18
19 Neben den Mitteln aus diesem Projekttopf wird die Reise zu einem großen Teil aus weiteren
20 öffentlichen Geldern finanziert. So beantragen wir erneut eine Förderung aus dem Kinder-
21 und Jugendplan (KJP) des Bundes bzw. bei der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch.
22 Aus den drei Besuchen der SDUY in den letzten Jahren haben wir viel Erfahrung in
23 Organisation und Realisierung von solchen Delegationsreisen gewonnen – dies betrifft auch
24 die Festlegung des finanziellen Rahmens. Plätze in der Delegation werden auch im nächsten
25 Jahr wieder ausgeschrieben – an allen Veranstaltungen kann jede und jeder teilnehmen.

26
27 **Begründung:**
28

29 Nach fünf Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen der SDUY und uns Jusos streben
30 wir nun die Integration einer dritten Jugendorganisation in unsere Partnerschaft an: unserer
31 georgischen Genoss_innen der YSG.

32
33 Diese Genoss_innen aus Georgien arbeiten schon seit geraumer Zeit mit der SDUY
34 zusammen, hier bildete sich vor allem der Themenschwerpunkt Sicherheits- und
35 Friedenspolitik vor dem Hintergrund des Georgienkonflikts im Jahr 2009 heraus. Bei
36 gemeinsamen Treffen diskutierten die beiden Jugendorganisationen, wie sie sich eine
37 konfliktfreie Zukunft und ein friedliches Zusammenleben aller Menschen im Osten Europas
38 vorstellen. Wir Jusos möchten uns an dieser Diskussion beteiligen und gemeinsam mit
39 unseren Freund_innen ein Konzept für eine starke Sozialdemokratie und eine Gesellschaft der
40 Freien und Gleichen über Ländergrenzen hinweg erarbeiten.
41

42 Nach der Teilnahme am Sommercamp der YSG in 2010, einem trilateralen Workshop auf
43 dem IUSY-Festival in 2011 zur Friedenspolitik (mit dem Ergebnis einer Resolution), soll in
44 2012 der nächste große Schritt der Zusammenarbeit folgen: eine Delegationsreise der SDUY
45 und der YSG nach Rheinland-Pfalz.

46

47 Die erste trilaterale Begegnung würden wir in Deutschland (aufgrund des einfacheren
48 Prozesses für unsere Partner_innen, ein Visum für Deutschland als für die beiden anderen
49 Länder zu erhalten) stattfinden lassen, die beiden folgenden dann im Ausland. Im Sommer
50 2012 wollen wir uns in Rheinland-Pfalz über Friedenspolitik, Migration,
51 Geschlechtergerechtigkeit, Kampf gegen Rechts sowie weitere Themen austauschen – und
52 unter Einbeziehung von Expert_innen und Mandatsträger_innen diese gemeinsam tiefer
53 gehend bearbeiten.

54

55 Für die Gesamtorganisation werden ca. 7.000 € kalkuliert. Davon werden ungefähr 5.000 €
56 als KJP-Mittel des Bundes beantragt. Der oben genannte Betrag von 2.000 € dient der
57 Deckung der Finanzierungslücke, die wir selbst beitragen müssen, um die KJP-Mittel abrufen
58 zu können.

59

60 Unsere Partnerschaft zur SDUY trägt Früchte, junge Menschen aus Georgien gesellen sich zu
61 unseren Diskussionen dazu, Ländergrenzen schwinden und ein einmaliges Projekt in unserem
62 Juso-Bundesverband ist am Entstehen. Wir leben internationale Solidarität und möchten
63 oppositionelle, linke Kräfte bei dem Kampf für Demokratie und Frieden in Russland und
64 Georgien stärken! Unterstützt auch ihr dieses Vorhaben!

65

66 Weitere Begründung, falls erwünscht, mündlich

E1

AntragstellerInnen: Landesvorstand 2010/2011

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Abgeordnete im Europaparlament, SPD-Landesparteitag, AK Europa
SPD RLP, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Zeit für Empörung und eine neue Bewegung - Linke europäische Politik!**

2
3 In ganz Europa gehen Menschen auf die Straße. Sie protestieren gegen ein Europa, welches
4 ihnen kein freies gutes Leben in Arbeit und sozialer Sicherheit bietet. Gegen ein Europa,
5 welches die Profite Weniger und die ökonomische Abhängigkeit und Armut Vieler politisch
6 fördert. Sie sind keine Wutbürger. Viele haben im Vorfeld versucht ihre Bedürfnisse an
7 Politik heranzutragen, sich anderweitig zu äußern. Ihre Forderungen sind konkret und
8 erschöpfen sich nicht im Protest. Ihr Protest ist friedlich und gewaltfrei. Parteien und politisch
9 handelnde Akteure haben es bisher nicht geschafft ihren Forderungen gerecht zu werden.

10

11 **1.Spardiktat , Empörung und Demonstrationen in Europa**

12

13 **Griechenland**

14 Die Griechischen Regierungen haben Statistiken und Zahlen gefälscht als sie 2001 Teil des
15 Euro-Raumes wurden. Sie haben dies jedoch unter Zutun einer bekannten Investment-Bank
16 getan. Auch ändert die Feststellung der Täuschung durch die Griechen nichts daran, dass eine
17 wirtschaftliche und soziale Entwicklungsunterstützung auch von europäischer Seite in der
18 Vergangenheit kaum stattgefunden hat. Deutschland hat auch nach Griechenland viel
19 exportiert und vom Konsum der Griechen profitiert. Jetzt so zu tun, als hätte die Situation
20 Griechenlands nichts mit dem ökonomischen Ungleichgewicht innerhalb der EU zu tun, führt
21 an der Problemlösung vorbei. Auch aktuell profitieren deutsche Unternehmen und Banken
22 davon, dass Deutschland vergünstigte Kredite an Griechenland weitergibt. Doch viel fataler
23 ist der aktuelle Sparzwang der von der Troika aus EU, IWF und EZB auf Griechenland
24 ausgeübt wird. Die Sparanstrengungen dauern jetzt bereits über ein Jahr Zwischen 2000 und
25 2007 wuchs die Wirtschaft um durchschnittlich 4,1%. Der Staat war im wesentlichen
26 Entwicklungstreiber dieses Wachstums, die Verschuldung stieg von 3,7% 2000 auf 6,4%
27 2007. Dank robusten Wachstums gelang es der Regierung Griechenlands ihre hohe
28 Gesamtverschuldung von 103,4% 2000 auf 95,2% des BIP in 2007 zu reduzieren. Dank
29 starken Wachstums sank die Jugendarbeitslosigkeit von 29,1% auf 22%, die Arbeitslosigkeit
30 ging insgesamt von 11,2 auf 8,3% im Jahr 2007 zurück. In der Wirtschafts- und Finanzkrise
31 schrumpfte das BiP dann erst um 2,3% im Jahr 2009 und 4,3% 2010. Die Arbeitslosigkeit
32 stieg deshalb auf 12,6%, die Jugendarbeitslosigkeit sogar auf 32,9%. 2010 schaffte es die
33 Regierung die Neuverschuldung auf 4,9% von zuvor 15,4% zu Drücken- die
34 Gesamtverschuldung stieg jedoch auf 142,8%. Dies zeigt die Negativspirale in der sich
35 Griechenland aktuell befindet. Die Löhne steigen nicht und werden gekürzt, die
36 Mehrwertsteuer ist erhöht worden, Die Privatisierung des Staatseigentums wird von der
37 Troika eingefordert um die Schulden und Zinsen tilgen zu können. Zu Recht gehen tausenden

38 Menschen, insbesondere junge, auf die Straßen um gegen diese Ungerechtigkeit zu
39 protestieren. Immer wieder kommt es im Land zu Generalstreiks. Mittlerweile liegt die
40 Arbeitslosigkeit bei 15,1 Prozent.

41

42 **Spanien**

43 Auch Spanien galt vor der Krise als Musterschüler des IWF und der Finanzmärkte. Die
44 Wirtschaft wuchs zwischen 2000 und 2007 um durchschnittlich 3,5%. Es gelang der
45 Regierung die Gesamtverschuldung von 59,3 Prozent auf 36,1% 2007 zu drücken, bei einer
46 Inflation von 3%. Die Arbeitslosigkeit sank von 11,1 auf 8,3%, die Jugendarbeitslosigkeit von
47 24,3 auf 18,2 Prozent. Nie wurde die 3% Neuverschuldungs- Marke, anders als zum Beispiel
48 bei Frankreich und Deutschland, verletzt.

49

50 Dann explodierten die Preise auf den Immobilienmärkten, die private Verschuldung in
51 Spanien stieg, da jeder an der Entwicklung teilhaben wollte. In der Finanz- und
52 Wirtschaftskrise platzte die Blase dann. Das BIP schrumpfte um 3,7, und 0,1% 2009 bzw.
53 2010. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 20,1 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit auf über
54 40%. Die Neuverschuldung macht 2010 9,2 Prozent des BIP die Gesamtverschuldung
55 verdoppelte sich nahezu auf 60,4 Prozent. Die Steuereinnahmen brachen weg, verstärkt noch
56 durch einen rigiden Sparkurs. Die Bewegung „Real democracia Ya“ demonstriert seitdem
57 immer wieder zahlenmäßig stark. Sie besteht aus den unterschiedlichsten Initiativen und
58 Einzelpersonen. Ihnen gemein sind Forderungen nach der Beteiligung der Finanzmärkte an
59 der Krise die diese selbst verursacht haben, Forderung nach guten Löhnen, ÖPNV und
60 Wohnraum. Sie fordern eine andere Art des Wirtschaftens, welche sich an den
61 Grundbedürfnissen der Menschen orientiert und ein Ende der Sparprogramme. Sie wenden
62 sich insbesondere gegen den Pakt des Euros. Einen ihrer bisherigen Höhepunkte feierte die
63 Bewegung am 15 Mai über einen Aufruf in 588 spanischen Städten und einer Initiativen
64 Anzahl von 500. Über eine Million Menschen demonstrierten erneut am 19.Juni landesweit in
65 80 spanischen Städten.

66

67 **Portugal**

68 Seit 2010 hob Portugal bereits zweimal die Mehrwertsteuer an. Das Arbeitslosengeld wurde
69 für die 11,1% Erwerbslosen um 25% gestrichen. Im öffentlichen Dienst kam es zu
70 Einkommenskürzungen um bis zu 10%. Der Kündigungsschutz wird gelockert, Renten
71 eingefroren und Staatsunternehmen privatisiert. Die Löhne hatten in Portugal seit der
72 Jahrtausendwende um 38% zugenommen, das BIP hatte durchschnittlich nur 1,1% im Jahr
73 seitdem zugelegt. Doch wer mehr als 1000€ in Portugal verdient zählt dort bereits zu den
74 GutverdienerInnen, ein Zehntel der PortugiesInnen müssen von unter 300€ im Monat leben.
75 Die Lebenshaltungskosten liegen dagegen in Lissabon und Porto keinesfalls niedriger als in
76 Berlin. Die Armut im Land steigt massiv. Zu den letzten Wahlen bot keine der Parteien
77 wirkliche Alternativen. Zwar gab es einen Regierungswechsel zwischen Sozialisten und
78 konservativen Sozialdemokraten, allerdings hatten letztere schon vor der Wahl angekündigt
79 den an Portugal gestellten Sparanforderungen von Seiten der Troika weiter gerecht zu werden.
80 In diesem Zusammenhang gingen in Portugal am 12.März 2011 über 200.000 Menschen auf
81 die Straße. Es hatte Aufrufe in insgesamt elf portugiesischen Städten gegeben.

82

83

84

85 **Italien**

86 Im Vergleich zu Spanien und Griechenlands stieg die Gesamtverschuldung Italiens zwischen
87 2007 und 2009 nicht so stark- von 103,5 auf 114,6%. Das Defizit stieg um 1,5, 2,7, und 5,3%
88 von 2007-2009. Im Mai 2010 wurde ein Sparpaket von 24 Milliarden Euro beschlossen, auch
89 aktuell sind weitere Sparpakete in der Diskussion. Im Oktober 2010 kam es zu großen
90 gewerkschaftlichen Demos gegen die Einschränkung sozialer und ArbeitnehmerInnenrechte.
91 Fast 500.000 Menschen protestierten auf den Straßen. Die Menschen protestieren gegen die
92 Diskriminierung der Frau, gegen prekäre Lebensverhältnisse und Ausbeutung.

93

94

95 **Irland**

96 Die Staatsverschuldung Irlands kletterte in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise von
97 25,1% 2007 des BIB auf 44,1% 2009 und lag 2009 schon bei 65,8% des BIP. In 2008 trat
98 Irland bereits in die Rezession ein, das BIP sank um 8%, in den Folgejahren ebenso. Die
99 Konditionen für europäische Hilfe sind drastisch. Zwar darf Irland seinen niedrigen
100 Körperschaftssteuersatz von 12,5 Prozent zunächst behalten- eine Tatsache mit der Irland zum
101 ruinösen Steuerwettbewerb nach unten in Europa beiträgt- müssen aber massiv sparen.
102 Innerhalb von 4 Jahren sollen 15 Milliarden eingespart werden, davon 10 Milliarden durch
103 Ausgabenkürzungen, 40% davon bereits in diesem Jahr. Die Proteste in Irland halten sich
104 (noch) in Grenzen

105

106 **Großbritannien**

107 In Großbritannien reicht die Geschichte der Spardiktate nach dem TINA-Prinzip weit zurück.
108 Bereits Anfang der 80er unter Thatcher wurde die Verschlinkung des Staates betrieben,
109 Gewerkschaften zerschlagen, soziale Sicherung, Rente und bei der Bildung gekürzt. Die neue
110 konservativ-liberale Koalition hatte auch starke Sparmaßnahmen beschlossen. So
111 verdreifachten sie die Studiengebühren, was zu massiven Protesten bei den StudentInnen
112 2010 führte und auch noch aktuell führt. Anfang 2011 mobilisierten Gewerkschaften zum
113 Generalstreik. Mehrere Hunderttausende kamen um gegen Kürzungen beim öffentlichen
114 Dienst, Altersarmut und Schwinden von ArbeitnehmerInnenrechten zu demonstrieren. Jüngst
115 eskalierte die Lage in London und anderen englischen Städten aufgrund eines von Polizisten
116 erschossenen Menschen aus einem sozialen Brennpunkt. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt in
117 Großbritannien. Gleichzeitig ist die junge Generation enorm auf Konsum aus, den sie sich in
118 ihrer materiellen Perspektivlosigkeit allerdings gar nicht leisten kann. Die Polarisierung und
119 Undurchlässigkeit zwischen Reich und Arm ist in GB enorm fortgeschritten und beständig.

120

121 **Frankreich**

122 Auch in Frankreich kommt es zu Sparprogrammen, obwohl die republikanische Tradition
123 bisher dazu geführt hatte, dass der Staat nach wie vor stark lenkend in Wirtschaftsprozesse
124 eingreift. Aber auch in Frankreich zeigt die Gewalt und ständig konfliktive Situation in den
125 Banlieues der Großstädte oder aber die Proteste gegen Kürzungen im öffentliche Dienst, die
126 Erhöhung des Renteneintrittsalters und die wachsende soziale Spaltung.

127

128 **2. Ursachen**

129 **2.1. Krise? Welche Krise? Wessen Krise?**

130 Heute ist von „*Staatsschuldenkrise*“ die Rede und davon, dass die Staaten Europas
131 insbesondere ihre Haushalte in den Griff bekommen müssten um aus der Krise zu kommen.

132 Doch ist diese Krise im Kern eine Staatsschuldenkrise? In der aktuellen politischen
133 Auseinandersetzung wird danach nicht mehr gefragt und dementsprechend die Haushalts- und
134 Finanzpolitik vor allem restriktiv ausgerichtet. Die Ursachen der Krise werden nicht
135 angegangen.

136
137 Seit 2007 erleben wir eine Reihe von Krisenereignissen: Northern Rock, das irische
138 Bankensystem, Fortis, die HRE in Deutschland, Lehman-Brothers. Beispiele für
139 Zusammenbrüche auf dem Bankensektor. Ausgehend von Spekulationsblasen auf dem
140 Immobilienmarkt und Ansteckungseffekten durch stark miteinander verwobene Märkte, hat
141 sich das Geschehen von einer Liquidität und Zahlungsunfähigkeit im Bankensystem hinzu
142 potenziellen Staatsbankrotten und zum Risiko weiterer Bankeninsolvenzen verlagert. Die
143 Krisen und Paniken auf den Märkten bis hin zu finanzieller Unvernunft wiederholen sich in
144 regelmäßigen Abständen. Der Kapitalismus braucht diese Krisen zur Neustrukturierung.
145 Durch strukturelle Krisen zeichnen sich eine Neubestimmung ihrer Strukturen, Funktionen
146 von Staaten, wie auch ihrer Beziehungen zu Märkten, Gesellschaft und zu internationalen
147 Institutionen, wie beispielsweise der EU, aus. Krisen verlangen einen Paradigmenwechsel
148 hinsichtlich unserer zentralen Zielsetzung staatlicher Macht. So führte die
149 Weltwirtschaftskrise in den 70er zur Durchsetzung des Gedankenguts der Chicagoer Schule
150 und ihrem Verständnis von Staat und Wirtschaft. Die monetaristischen Theorien Milton
151 Friedmans wurden von den Konservativen Reagan und Thatcher in den USA bzw.
152 Großbritannien aufgenommen. Die Vertrauenswürdigkeit der Märkte sollte fortan zum Beleg
153 für den Beitrag einer Regierung zur sozialen Fürsorge werden. Markt vor Staat! Auch in
154 dieser Krise setzt sich diese Denke wieder durch.

155

156 **Verlauf der Krise seit 2007- Unser historisches Bewusstsein stärken!**

157 Mit der Suprimekrise (Immobilienkrise) in den USA nahm die Krise ihren Ausgangspunkt.
158 Erste Reaktion der Politik war damals das Überdenken eigener Fehler und die Feststellung,
159 dass sich die Märkte zu sehr von der Realwirtschaft abgekoppelt hatten. Zu laxen Regeln und
160 die Konkurse innerhalb des amerikanischen und britischen Bankensystems wurden als
161 Ursache bestimmt.

162

163 Die zweite Phase hatte ihren Ausgangspunkt mit der Pleite der Investment-Bank Lehman-
164 Brothers. Kennzeichnend für diese Phase war eine globale und gleichzeitige Rezession, auf
165 die die Politik im Sinne John Maynard Keyenes mit koordinierten finanzpolitischen
166 Maßnahmen zur Belebung der globalen Nachfrage reagierte. Die öffentliche Hand musste zu
167 radikalen Maßnahmen greifen um die Exzesse der marktwirtschaftlichen Kräfte zu bändigen.
168 Der „Starke Staat“ schien zurückgekehrt. Die Regeln für die Finanzmärkte sollten zu diesem
169 Zeitpunkt radikal reformiert, systematisches Fehlverhalten für die Zukunft unterbunden
170 werden. Die Krise wurde gewissenlosen Bankern angelastet.

171

172 In Phase drei offenbarte sich Ende des Jahres 2009 eine neue Qualität. Durch
173 Bankenrettungen, kombiniert mit fiskalisch bedingten Steuerausfällen und kombiniert mit
174 großen öffentlichen Ausgaben im Rahmen der Konjunkturprogramme, hatten sich Staaten
175 weltweit massiv verschuldet.

176

177 Dieser finanzpolitische Wandel führte in Folge zur Konstruktion neuer Begründungen: Eine
178 Rückführung der Krise auf die Staatsschulden und die gewissenlose Verschwendung der

179 Regierungen. Die Menschen Europas hatten wieder über ihre Verhältnisse gelebt. Der darauf
180 folgende Sparzwang und Schuldenabbauzwang zeugt von der Wiederbelebung der Macht der
181 Finanzmarktakteure. Im Juli 2010 empfahl die EU-Kommission auf Ratschlag Deutschlands
182 den Staaten Europas die Übernahme der deutschen Schuldenbremse. Frankreich und Spanien
183 werden dem demnächst nachkommen. Die angekündigte Finanzmarktregulierung in den
184 Phasen zuvor blieb selbst nach dem Dodd-Frank-Act im Juli 2010 in den USA zu schwammig
185 und durchlässig. Auch in Europa ist bisher kein Durchbruch gelungen. Allein die
186 Finanztransaktionssteuer hat nach dem positiven Votum des EU-Parlaments eine realistische
187 Chance auf Umsetzung.

188

189 Im Jahr 2011 befinden wir uns jetzt im vierten Jahr der Krise. Die Gläubigerstaaten nehmen
190 in der europäischen Debatte eine zentrale lenkende Funktion ein, während die
191 Schuldnerländer in der EU zwar versuchen durch Forderungen nach kollektiven finanziellen
192 Hilfestellungen systematische Risiken abzuwenden und die Belastung der wirtschaftlichen
193 Anpassung mit anderen zu teilen, allerdings damit bisher wenig Erfolg haben oder aber diesen
194 aufgrund von Spardiktaten teuer erkaufen.

195

196 Diese strukturelle Krise hat erneut dazu geführt das staatliches Handeln, sowohl bei den
197 Gläubiger- als auch Schuldnerstaaten, zunehmend auf Mittel des Zwangs anstatt auf
198 Überzeugung zurückgreift. Die ungleichen ökonomischen Machtverhältnisse in der EU
199 werden dadurch zementiert oder sogar vergrößert. Das zeigen die Zahlen zur sozialen
200 Ungleichheit und wirtschaftlichen Entwicklung der Länder in den letzten Jahren.

201

202 **2.2. Ökonomische Ungleichgewichte in der EU- Konstruktionsfehler der EWU**

203 Entscheidende Argumente für die Einführung des Euros waren Überlegungen gewesen, damit
204 einen entscheidenden Schritt in Richtung mehr europäische Einigung zu gehen. Die Hoffnung
205 war groß wirtschaftliche Transaktionskosten zwischen den Mitgliedsländern zu senken und
206 Zusammenhalt und Zusammenwirken der Mitgliedsstaaten zu fördern. Es wurde davon
207 ausgegangen, dass mit der Vergleichbarkeit der Preise über einen gemeinsamen Binnenmarkt,
208 der innereuropäische Wettbewerb gefördert werden könne. Eher von anderen EU-
209 Mitgliedstaaten als gewichtig betrachtet war die Hoffnung ein wiedervereinigtes Deutschland
210 durch eine gemeinsame Währung besser einbinden zu können.

211

212 Die Transaktionskosten sanken auch tatsächlich, die Geschäftsrisiken aufgrund von
213 Wechselkursschwankungen verschwanden. Wenig erfüllt hat sich die Hoffnung, dass die
214 gemeinsame Währungspolitik zur vertieften politischen Einheit Europas beitragen würde. Der
215 Rückfall in nationale Egoismen ist gerade am Beispiel Deutschlands allzu deutlich und wird
216 selbst von Konservativen kritisiert, welche die aktuelle Politik zu verantworten haben. Auch
217 erstreckt sich dieser Rückfall mittlerweile auch auf andere, stärker vergemeinschaftete
218 Bereiche, wie beispielsweise die Reisefreiheit bzw. den Schengen-Raum. Auch die
219 sozialökonomische Ungleichheit in den EU-Ländern und zwischen den Ländern steigt.

220

221 Diese Tendenzen liegen in einem grundsätzlichen Konstruktionsfehler der EU begründet. Vor
222 einer gemeinsamen Währungsunion ist es notwendig, dass die beteiligten Länder
223 gleichgerichtet auf ökonomische Veränderungen reagieren. Produktivitätsfortschritte sollten
224 sich beispielsweise in ähnlichem Maße auf höhere Löhne niederschlagen. Und eine
225 Abwertung der gemeinsamen Währung sollte in allen Ländern auf eine Erhöhung der Exporte

226 und eine Senkung der Importe hinwirken. In der Europäischen Währungsunion (EWU)
227 herrschte jedoch bereits bei Gründung enorme ökonomische Ungleichheit und
228 Leistungsbilanzdefizite. Die Erwartungen an den Euro als Katalysator ökonomischer und im
229 zweiten Schritt politischer Integration erwiesen sich nach über 10 Jahren als völlig überzogen.
230 Zumindest wenn man das Ziel der vertieften Integration ernst gemeint hat. Beispielweise
231 verbucht zwar Deutschland anfangs noch ein Leistungsbilanzdefizit von -1,7%, in den Jahren
232 danach aber in der Spitz bis zu +7%: Legt man zugrunde, dass die Überschüsse der einen
233 (Deutschland) die Defizite der anderen im gemeinsamen Binnenmarkt sind (Frankreich,
234 Griechenland, Spanien, Portugal und Italien). Diese positive Bilanz, und damit
235 Wettbewerbsvorteile Deutschlands, kam entscheidend durch die stagnierende
236 Lohnentwicklung, d.h. relativ geringere Lohnkosten für die Unternehmen im Vergleich zu
237 anderen Unternehmen in Europa bzw. am Ende geringeren Lohnstückkosten zustande.
238

239 Unternehmen konnten in Deutschland sogar bei absolut steigenden Lohnkosten
240 wettbewerbsfähiger bleiben, weil sich gleichzeitig die Arbeitsproduktivität der
241 ArbeitnehmerInnen erhöhte. Kurzum: Die Lohnstückkosten sanken von 2003 bis zur
242 krisenbedingten Kurzarbeit 2008. Die Löhne stiegen jedoch wesentlich geringer im Vergleich
243 zur Arbeitsproduktivität. Mittlerweile liegen die Lohnstückkosten um 6% über den Kosten
244 des Jahres 2000, während sie im Rest des Euroraums seitdem um durchschnittlich 20%
245 gestiegen sind. Deutsche Unternehmen profitieren enorm vom Euro, allerdings auf Kosten der
246 Bilanzdefizit-Länder. Für die Staaten Europas, sowohl für die Überschuss- als auch
247 Defizitländer sind die Ungleichgewichte und die konjunkturellen Folgen aber ein enormes
248 Problem.
249

250 Anpassungen über den Preis setzen also in der EU nicht ein. Strukturell fehlen außerdem die
251 Anpassungsinstrumente, die man bei gegenwärtiger Lage bräuchte: Die Arbeitskräftemobilität
252 ist viel zu gering. Hochwachstumsregionen müssten zusätzliche Arbeitskräfte aus
253 Niedrigwachstumsregionen anziehen- trotz hohen Wachstums würde der Lohndruck dadurch
254 sinken, während er in anderen Regionen trotz geringen Wachstums steigt. Diese Mobilität ist
255 aber oft politisch gar nicht gewollt. Darüber hinaus ist aber eine Mobilität der
256 ArbeitnehmerInnen im Euro-Raum nur dann wünschenswert, wenn sie auch selbstbestimmt
257 erfolgt. Der/Die ArbeitnehmerIn ist natürlichen und sozialen Grenzen ausgesetzt. Er/Sie hat
258 Familie, Freunde und Umfeld vor Ort, spricht die Sprache des Landes vielleicht nicht
259 ausreichend und möchte daher verständlicherweise nicht wegziehen.
260

261 In Europa gibt es zwar den Strukturfonds, dieser allerdings reicht nicht aus um als
262 tatsächlicher Finanzausgleich betrachtet zu werden. Über diesen wäre es möglich Dinge die
263 nicht über Arbeitskräftemobilität ausgeglichen werden können, auszugleichen. Genauso fehlt
264 eine Arbeitslosenversicherung die europaweit organisiert ist und helfen könnte
265 Ungleichgewichte in den Lasten der sozialen Absicherung der ArbeitnehmerInnen
266 auszugleichen.
267

268 Wenn eine Anpassung ausschließlich über den Preis zumindest minimal stattfinden soll, dann
269 müssten die Regionen so eng wirtschaftlich vernetzt sein, dass es faktisch keine regionalen
270 Wirtschaftsfaktoren mehr gibt. Auch das ist bei Betrachtung der gegebenen Situation in Europa
271 oder auch innerhalb einzelner Länder nicht gegeben und unrealistisch zu erreichen.
272

273 **2.3. Unterschiedliche Positionen Frankreichs und Deutschlands**

274 Im politischen Streit spielen in der Frage Vertiefung der Europäischen Union entlang von
275 Finanz- und Wirtschaftspolitik- die unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialstaatlichen und
276 politisch-systematischen Traditionen eine Rolle. So ist das franz. Verständnis des Staates
277 schon immer aktiver und interventionistischer als das deutsche, das eher auf Setzung von
278 Rahmenbedingung entsprechen des deutschen Ordoliberalismus setzt. Dies wird und wurde
279 immer wieder an zahlreichen Wegmarken des europäischen Integrationsprozesses deutlich:
280 Beim Streit um die Rolle der EZB und deren Unabhängigkeit beispielsweise (auch aktuell
281 beim Kauf von Staatsanleihen der EZB zu beobachten). Innerhalb der Länder nehmen
282 parteipolitische und gesellschaftliche Akteure jedoch durchaus auch unterschiedliche
283 Positionen ein- Veränderung wäre also möglich.

284
285 Wenn zwei der größten Volkswirtschaften Europas, die gelegentlich auch als „Motor“
286 Europas bezeichnet werden, sich im nächsten Integrationsschritt, der folgen müsste um den
287 Konstruktionsfehler der EWU zu beheben, uneins sind, hat das erhebliche politische Folgen,
288 führt zu Stillstand und „Showgipfeln“ und Rückfall in nationale Egoismen. Deutlich wird das
289 betrachtet man die Ergebnisse des letzten D-F Gipfels von Merkel und Sarkozy am 17.8.2011:
290 Die „Wirtschaftsregierung“ ist nichts anderes als die bisherigen Treffen der Finanz- und
291 Wirtschaftsminister und Regierungschefs des Rats der europäischen Union, mit den klaren
292 Spardiktaten an die Gläubigerstaaten. Die Treffen finden lediglich häufiger und in einem
293 dauerhaften Rahmen statt. Die Finanztransaktionssteuer hatte sich schon nach wenige
294 Stunden durch das Veto der FDP in Deutschland wieder erledigt. Eurobonds sind höchst
295 umstritten, weil von deutscher Seite eine höhere Zinslast und Kosten befürchtet werden.

296
297

298 **3. Linke Politik für Europa- Unsere Forderungen**

299

300 **3.1. Die Vereinigten Staaten von Europa**

301 Unsere Vision sind die Vereinigten Staaten von Europa. Wir wollen mehr Europa und eine
302 vertiefte politische und soziale Union. Die Vereinigten Staaten von Europa besitzen eigene
303 Staatlichkeit, sie sind föderal organisiert, entsprechend eines kooperativ-föderalen politischen
304 Systems. Wir wollen keinen Wettbewerbsföderalismus, keinen Standortwettbewerb um
305 Direktinvestitionen und Humankapital auf dem Rücken der Menschen in Europa, sondern ein
306 solidarisches Europa. Im Zentrum der demokratischen Organisation der Vereinigten Staaten
307 von Europa steht das direkt und über europäische Listen gewählte europäische Parlament aus
308 dessen Mitte eine Regierung gewählt wird. Dieses Parlament verabschiedet die eigenen
309 Gesetze, vollzieht nicht nur die von der Kommission vorgelegten und hat die volle
310 Budgethoheit. Grundlage der Vereinigten Staaten von Europa ist eine Gesellschaft der Freien
311 und Gleichen, die- nicht auf Kosten der restlichen Welt- ein gutes freies Leben in sozialer
312 Sicherheit führen. Ziel aller Politik ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die
313 Freien und Gleichen organisieren sich, wenn politisch aktiv, international in Parteien,
314 Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Mit den Vereinigten Staaten von Europa
315 wird das Gute des Nationalstaates alter Prägung entsprechend unseres internationalistischen
316 Grundverständnisses aufgehoben sein und als Gliedstaat weiterexistieren- eine Handlungs-
317 und Regelungsebene politischer Entscheidungen bleiben. Europa wird einen gemeinsamen
318 Sitz innerhalb eines demokratisierten UN-Sicherheitsrates haben und ist ein treibender Akteur

319 innerhalb der Vereinten Nationen auf dem Weg zu einem gerechten Weltwirtschafts- und
320 Finanzsystem.

321

322 **3.2. Die Ausgleichsunion gestalten und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte** 323 **sicherstellen**

324

325 Die genaue Zusammensetzung **einer europäischen Sozial-, Arbeitsmarkt- Wirtschafts-**
326 **und Finanzregierung** erscheint uns zunächst zweitrangig- im Moment käme die europäische
327 Kommission dieser am nächsten. Zu Klären wäre die Rolle der Gliedländer. Die Regierung
328 muss vom europäischen Parlament gewählt werden, denn eine demokratische Legitimation ist
329 unerlässlich.

330

331 Den Akteuren der Finanzmärkte gelingt es aktuell wieder demokratisch gewählte
332 Regierungen vor sich her zu treiben. Wie in der Analyse dargestellt ist es nicht gelungen zu
333 regulieren, obwohl selbst Ordnungsrahmen unserer Ansicht nach nicht systematisch bedingte
334 Krisen ausschließen würden. Außerdem leisten die Finanzmärkte einen sehr geringen Beitrag
335 zur Bewältigung der Krisenkosten.

336

337 Wir fordern deshalb:

338 **-Kein Wettbewerb der sozialen Standards nach unten**, Anpassung nach oben. Wir
339 sind für **soziale Mindeststandards**.

340 **-Jedes europäische Land muss einen Mindestlohn einführen der mindestens über**
341 **60% des Durchschnittseinkommens** des jeweiligen Landes liegt.

342 1. **Europäische Gewerkschaften und europäischen Betriebsräte** müssen weiter
343 gestärkt und handlungsfähiger gemacht werden. Sie garantieren den Einfluss von
344 ArbeitnehmerInnen und der Durchsetzung ihrer Rechte auch auf europäischer Ebene.

345 2. Wir fordern eine Rechtsgrundlage die **europäische Tarifverträge** möglich
346 macht. Bis zur Ausarbeitung dessen ist zumindest die Anwendung von EU-
347 ausländische Tarifverträgen auch bei bereits bestehendem inländischen Tarifvertrag,
348 was nur zu oft zur Aushebelung desselben führt zu unterbinden. Wenn Menschen
349 verschiedener Herkunft am selben Ort dieselbe Arbeit ausführen sind sie nach dem
350 dort geltenden Tarifvertrag zu beschäftigen.

351 **-Eine Europäische Regierung muss in die Lage versetzt werden europäische**
352 **Konjunkturpakete** mit dem Parlament zu verabschieden um die Nachfrage in der
353 ganzen EU anzukurbeln. Dazu bedarf es einer direkten Finanzquelle (s.unten)

354 **-Wir fordern die Einführung einer Europäischen (Basis)Arbeitslosenversicherung.**
355 Durch sie ist eine fiskalische Umverteilung zwischen den Staaten möglich. Die
356 Konjunkturstarke Regionen würden zumindest die konjunkturschwachen Regionen
357 etwas entlasten.

358 **-Wir fordern die Einführung einer europäischen Unternehmenssteuer.** Zunächst
359 sollen Mindestsätze festgelegt werden, die schrittweise angehoben werden. Auch hier
360 darf es keinen weiteren Wettbewerb nach unten geben. Durch den vermeintlich
361 unausweichlichen Senkungswettbewerb ist in Deutschland auch der Spitzensteuersatz
362 der Einkommensteuer gesenkt worden, weil 81% der deutschen Unternehmen
363 Personengesellschaften sind und damit unter das Einkommenssteuergesetz fallen. Auch
364 dieser Tendenz wirken wir mit einer Harmonisierung der Steuersätze nach oben
365 entgegen. Ziel ist ein einheitlicher Steuersatz für die in Europa ansässigen

366 Unternehmen und dann eine europäische Unternehmenssteuer, die direkt dem
367 Haushalt der EU zufließt. Auffallend ist, dass der Aspekt der hohen
368 Unternehmenssteuern bei Standortentscheidungen insbesondere bei einer Branche
369 besonders wichtig ist: Bei der Finanz- und Dienstleistungsbranche. Zusätzlich
370 brauchen wir außerdem eine einheitliche Bemessungsgrundlage in ganz Europa.

371 -Wir fordern einen **außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt** und mehr
372 makroökonomische Kriterien um den Leistungsbilanzungleichgewichten
373 entgegenzuwirken. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird einer Ausgleichsunion
374 nicht gerecht- er fokussiert einseitig auf die Frage der Schulden. Wir fordern einen
375 außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt in dessen Zentrum der Saldo der Leistungsbilanz
376 als Stabilitätskriterium steht. Die Kriterien dieses neuen Stabilitätspaktes gelten dann
377 für Überschuss- als auch Defizitländer. Insgesamt müssen mehr Indikatoren für das
378 Messen der realen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Das
379 europäische Statistikamt, Eurostat, ist mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten um
380 die statistischen Grundlagen dafür legen zu können.

381 -Wir fordern eine **starke europäische Finanzaufsicht**. Der 2009 geschaffene
382 European Systemic Risk Council (ESCR) hat kaum Befugnisse. Er muss rechtlich in
383 die Lage versetzt werden Einsicht in die Bücher von Banken, Versicherungen und
384 Finanzinstituten zu haben. Er kann dabei auch von nationalen Einrichtungen
385 unterstützt werden.

386 -Wir fordern die **Schaffung einer Europäischen Bank für öffentliche Anleihen und**
387 **damit verbunden die Einführung von Eurobonds**. Es ist nicht hinzunehmen, dass
388 private Banken zu Zentralbankzinssatz Geld leihen können und dieses verteuert weiter
389 an Staaten leihen, allerdings ihre toxischen Papiere aktuell bei der EZB als Sicherheit
390 hinterlegen können. Wir fordern die Einrichtung einer Europäischen Bank für
391 öffentliche Anleihen, die dann in Sondersituationen und konjunkturell schwierigen
392 Zeiten den Staaten direkt zu günstigen Konditionen Geld leihen kann.

393 -Die **EZB muss deutlich demokratisiert** werden. Ihre Direktoren müssen zukünftig
394 direkt vom Europäischen Parlament gewählt werden. Der EZB müssen in ihren
395 Kriterienkatalog den hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliche
396 Gleichgewicht wie oben angesprochen, aufnehmen. Sie muss expansive Geldpolitik
397 bei Deflationsgefahr und ein Eingreifen auf Devisenmärkten bei Aufwertungsdruck
398 des Euros zukünftig zu ihrem Aktivitätsradius zählen.

399 ➤ Wir fordern die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** von anfänglich
400 0,05% in ganz Europa und der Welt. So dies nicht unmittelbar möglich ist, soll diese
401 national eingeführt werden. Die Transaktionssteuer soll eine EU-Steuer sein. Der
402 Prozentsatz soll mittelfristig weiter erhöht werden. Sie entfaltet Lenkungswirkung und
403 schöpft einen nicht unerheblichen Beitrag zur Bewältigung der Kosten der Krise, die
404 von den Finanzmärkten verursacht worden ist, ab. Außerdem verlangsamt sie auch die
405 Geldverschiebungen

406

407 **3.3. Demokratisierung Europas**

408

409 **3.3.1. Volle Budgethoheit und Initiativrecht für das EU-Parlament**

410 Wir fordern die europäischen Verträge entsprechend so abzuändern, dass das
411 Parlament als einzig direkt gewähltes Organ der EU volle Budgethoheit und
412 Initiativrecht erhält.

413 Die von Schwarz-Gelb initiierte Initiative eine Schuldenbremse in allen Ländern Europas zu
414 installieren lehnen wir ab. Darüber hinaus muss der Sparzwang auf die Gläubigerstaaten in
415 der EU ein Ende haben. In den Kriterienkatalog für die Vergabe von Hilfe muss die
416 Möglichkeit von Konjunkturprogrammen und Steuererhöhungen bei den Besserverdienenden
417 und Vermögenden aufgenommen werden. In allen Ländern Europas muss der Staat wieder in
418 eine handlungsfähige Rolle gebracht werden. Soziale Spaltung muss überwunden werden!

419

420 **4. Bündnisse und Bewegung- Mehrheiten und Umsetzung unserer Forderungen**

421 Auf der Suche und Organisation von Mehrheiten für unsere Forderungen solidarisieren wir
422 uns mit den Protesten, DemonstrantInnen, Bewegungen, Organisationen und Parteien, die
423 unsere Positionen teilen. Dabei ist uns klar, dass nicht in jeder Position Übereinstimmung
424 gefunden werden kann. Den Politik und PolitikerInnenfeindliche Kurs vieler Demonstrationen
425 lehnen wir ab, auch wenn wir ihn nachvollziehen können. Wir sehen das mehr direkte
426 Demokratie an einzelnen Stellen notwendig ist, stehen aber fest zu den Grundlagen der
427 parlamentarischen Demokratie und unserer Parteiendemokratie. Und weil die SPD/SPE
428 unsere Partei ist wollen wir unsere Positionen in die Partei tragen. Die Doppelstrategie und
429 Bündnisarbeit gilt es mehr denn je europäisch und international anzugehen!

E3

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Bundeskongress der Jusos, SPD-Bundestagsfraktion, SPE

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Antrag auf Ergänzung von Art. 10 der Europäischen**
2 **Menschenrechtskonvention durch die Europäische Charta für**
3 **Pressefreiheit**

4
5 Die Jusos Rheinland-Pfalz setzen sich dafür ein, dass die Europäische Charta für
6 Pressefreiheit in folgender Form als dritter Paragraph in den Art. 10 der Europäischen
7 Menschenrechtskonvention integriert wird:

8
9 **Art. 10 Freiheit der Meinungsäußerung**

10
11 §1

12 Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die
13 Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe
14 und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel
15 hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung
16 vorzuschreiben.

17
18 §2

19 Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann
20 daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen
21 werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind
22 für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur
23 Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der
24 Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur
25 Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und
26 der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

27
28 §3

29 Abs. 1

30 Die Freiheit der Presse ist lebenswichtig für eine demokratische Gesellschaft. Journalistische
31 Medien aller Art zu achten und zu schützen, ihre Vielfalt sowie ihre politischen, sozialen und
32 kulturellen Aufgaben zu respektieren, ist Auftrag aller staatlichen Macht.

33
34 Abs. 2

35 Zensur ist untersagt. Unabhängiger Journalismus in allen Medien ist frei von Verfolgung und
36 Repressalien, ohne politische oder regulierende Eingriffe des Staates zu garantieren.

37
38 Abs. 3

39 Das Recht von Journalisten und Medien zum Sammeln und Verbreiten von Informationen und
40 Meinungen darf nicht bedroht, eingeschränkt oder unter Strafe gestellt werden.

41
42

43 Abs. 4
44 Der Schutz journalistischer Quellen ist strikt zu wahren. Durchsuchungen von Redaktionen
45 und anderen Räumlichkeiten von Journalisten sowie Überwachungen und Lauschaktionen mit
46 dem Zweck, Informationsquellen ausfindig zu machen oder das Redaktionsgeheimnis zu
47 brechen, sind unzulässig.

48
49 Abs.5
50 Alle Staaten haben sicherzustellen, dass Medien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben den vollen
51 Schutz eines unabhängigen Gerichtssystems, der Gesetze und der Behörden genießen. Das
52 gilt insbesondere für die Abwehr von Belästigungen und Angriffen auf Leib und Leben von
53 Journalisten und deren Mitarbeitern. Bedrohungen oder Verletzungen dieser Rechte sind
54 sorgfältig zu untersuchen und durch die Justiz zu ahnden.

55
56 Abs. 6
57 Die wirtschaftliche Existenz von Medien darf durch staatliche oder staatlich beeinflusste
58 Institutionen oder andere Organisationen nicht gefährdet werden. Auch die Androhung von
59 wirtschaftlichem Schaden ist unzulässig. Private Unternehmen müssen die journalistische
60 Freiheit der Medien achten. Sie dürfen weder Druck auf journalistische Inhalte ausüben, noch
61 versuchen, werbliche Inhalte mit journalistischen Inhalten zu vermischen.

62
63 Abs. 7
64 Staatliche und staatlich beeinflusste Institutionen dürfen den freien Zugang von Medien und
65 Journalisten zu Informationen nicht behindern. Sie sind verpflichtet, deren
66 Informationsauftrag zu unterstützen.

67
68 Abs. 8
69 Medien und Journalisten haben Anspruch auf ungehinderten Zugang zu allen Nachrichten und
70 Informationsquellen, auch aus dem Ausland. Ausländischen Journalisten sind zur
71 Berichterstattung Visa, Akkreditierungen und andere erforderliche Dokumente ohne
72 Verzögerung auszustellen.

73
74 Abs. 9
75 Der Öffentlichkeit jedes Staates ist freier Zugang zu allen nationalen wie ausländischen
76 Medien und Informationsquellen zu gewähren.

77
78 Abs. 10
79 Der Staat darf den Zugang zum Beruf des Journalisten nicht beschränken.

80
81 Abs. 11
82 Abs. 1-10 werden nicht angewandt, wenn eine Verletzung der Paragraphen 1 oder 2 begangen
83 wird.

84
85
86 Begründung:
87 Die weltweit agierende Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ hat in ihrer
88 neunten Pressefreiheitsliste, die am 20.10.2010 veröffentlicht wurde, angegeben, dass die EU-
89 Staaten im Bereich der Pressefreiheit weit auseinander liegen. Das zeigt, dass der Art. 10 der
90 Europäischen Menschenrechtskonvention nicht in allen EU-Ländern die absolute
91 Gewährleistung von Pressefreiheit sicherstellt, was unter anderem darin begründet liegen
92 dürfte, dass sie nur interpretativ darunter gefasst wird.

93 Selbst Gründerstaaten der EU, wie Frankreich oder Italien sind mit ihren Plätzen 44, bzw. 49,
94 von einer schlechten Platzierung nicht ausgenommen. Im Gegensatz dazu teilen sich
95 Finnland, die Niederlande und Schweden die ersten drei Plätze.

96
97 Die Europäische Charta für Pressefreiheit wurde am 25. Mai 2009 von 48 Chefredakteuren
98 und leitenden Journalisten aus 19 Staaten entwickelt und stellt grundlegende Probleme
99 unabhängiger Berichterstattung dar. Da die ersten beiden Paragraphen von Art. 10 der
100 Europäischen Menschenrechtskonvention sich mit der Meinungsfreiheit im Allgemeinen
101 auseinandersetzen, sind sie nicht ausreichend und nicht präzise genug, um die Wahrung der
102 Rechte von Journalisten zu verbessern. Die Aufnahme der Charta für Pressefreiheit könnte
103 diese Situation verbessern.

104
105 Wichtige Punkte, mit welchen sich Art. 10 bisher nicht beschäftigt sind u.a.:

- 106 • Dass der Staat den Journalisten Schutz bieten muss.
- 107 • Dass staatliche oder staatlich beeinflusste Institutionen oder andere Organisationen die
108 Existenz von Medien nicht gefährden dürfen.
- 109 • Dass der Staat Journalisten bei der Suche von Informationen nicht behindern oder
110 diese ganz unterbinden darf.
- 111 • Dass Journalisten, die aus dem Ausland kommen, keine Schwierigkeiten bei der
112 Ausstellung von Visa, Akkreditierungen und anderen Dokumenten haben dürfen.

113
114 Die Europäische Charta für Pressefreiheit als dritter Paragraph in Art. 10 der Europäischen
115 Menschenrechtskonvention wäre ein erster Schritt, um den Rechten unabhängiger
116 Journalisten mehr Bedeutung zu geben und so ihre Bedeutung für die Demokratie deutlicher
117 herauszustellen. Denn Demokratien können es sich nicht leisten auf guten unabhängigen
118 Journalismus zu verzichten. Information ist die Grundlage demokratischer Entscheidungen
119 und ist diese eindimensional und eingeschränkt nähert sich ein politisches System nur allzu
120 schnell dem Totalitarismus.

121
122 Die Europäische Charta für Pressefreiheit wurde von Journalisten erstellt und berücksichtigt
123 daher in besonderer Weise deren Wünsche. Jedoch sind auch die Interessen der restlichen
124 Bevölkerung mit einzubeziehen. Aus diesem Grund müssen einige wenige Änderungen
125 vorgenommen werden.

126
127 Die Forderung „Presse und Online-Medien dürfen nicht staatlicher Lizenzierung unterworfen
128 werden“, welche in der ursprünglichen Version der Charta für Pressefreiheit in Abs. 2
129 enthalten war, kann nicht aufrechterhalten werden, da den Staaten so das wirksamste
130 Instrument genommen wird, um die in Art. 10 §2 aufgeführten Ausnahmefälle effektiv
131 durchzusetzen und so die eigene Bevölkerung vor Auswüchsen des Journalismus zu schützen.
132 So kann die Lizenzierung zum Beispiel die Verbreitung rechtswidrigen Gedankenguts
133 einschränken und so rechtsradikalen, extremreligiösen und anderen Fanatikern mögliche
134 Plattformen für die Weitergabe ihrer Ideen nehmen.

135
136 Desweiteren wurde ein 11. Absatz in den §3 eingefügt, welcher die Gültigkeit der
137 Paragraphen 1 und 2 über den neuen Paragraphen sicherstellt. So bleiben die Rechte, welche
138 Staaten aufgrund dieser Paragraphen zum Schutz der eigenen Bevölkerung genießen, erhalten,
139 in den in Paragraph 2 aufgeführten Fällen:

140 Nationale Sicherheit, territoriale Unversehrtheit oder öffentliche Sicherheit,
141 Aufrechterhaltung der Ordnung oder Verhütung von Straftaten, Schutz der Gesundheit oder
142 der Moral, Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, Verhinderung der Verbreitung

143 vertraulicher Informationen oder Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der
144 Rechtsprechung.

145

146 So kann zum Beispiel die Forderung nach striktem Schutz journalistischer Quellen nicht
147 gelten, wenn dies die Verhütung einer Straftat verhindert. Ein Journalist, der Informationen
148 über einen geplanten Amoklauf erhält, muss zum Beispiel noch immer verpflichtet sein, diese
149 preiszugeben, um Menschenleben zu schützen. Ein weiteres Beispiel wäre die
150 uneingeschränkte Sammlung von Informationen. Diese kann nur solange gelten, wie die
151 Rechte anderer Personen nicht eingeschränkt werden, zum Beispiel das Recht auf
152 informationelle Selbstbestimmung oder der Schutz der Privatsphäre. In Art. 2 Abs.1 des
153 Grundgesetzes steht: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit,
154 soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung
155 oder das Sittengesetz verstößt.“ Dieser Grundsatz bleibt durch Einfügung von Abs. 11
156 erhalten.

157

158 Die vorgenommenen Änderungen stellen daher sicher, dass die europäischen Staaten auch
159 weiterhin ihre Schutzfunktion gegenüber den eigenen Bürgern wahrnehmen können.
160 Gleichzeitig definiert Paragraph 2 jedoch die Fälle, in welchen sie Einschränkungen der
161 journalistischen Rechte vornehmen dürfen, wodurch ihr Eingreifen beschränkt wird.

162

163 Die Aufnahme der Charta für Pressefreiheit in die europäische Menschenrechtskonvention
164 kann nur ein erster Schritt auf dem Weg zu besserem Schutz der Rechte von Journalisten sein,
165 da sie mehr eine Absichtserklärung und aufgrund fehlender Kontrollorgane kaum
166 durchsetzbar ist. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der arabischen Welt ist das
167 Thema jedoch wieder sehr aktuell und eine erste formale Festschreibung journalistischer
168 Rechte wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

F1

AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD Landesvorstand RLP, SPD Landesparteitag RLP

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Homophobie verhindern: Für mehr Akzeptanz an Schulen**

2
3 Die Jusos Rheinland-Pfalz werden im kommenden Landesvorstandsjahr 2011/12 eine
4 Kampagne gegen Homophobie an Schulen führen.

5 Dabei sollen insbesondere folgende Punkte Beachtung finden:

6
7 • Es soll Informationsmaterial entwickelt werden, dass sich inhaltlich mit dem Thema
8 LGBT und Homophobie, insbesondere an Schulen beschäftigt (z. B. eine
9 Informationsbroschüre oder Flyer), aber auch solches, dass plakativ auf das Thema
10 aufmerksam macht (z. B. Sticker, Postkarten o. ä.)

11
12 • Die Jusos Rheinland-Pfalz werden sich dafür einsetzen, dass die SPD Rheinland-Pfalz
13 sich für die Behandlung homosexueller Lebensweisen (eingetragene Lebenspartnerschaften,
14 Regenbogenfamilien) fächerübergreifend in der Schule (Sozialkunde, Biologie, Religion
15 usw.) ausspricht.

16
17 • Die Jusos RLP werden bei dieser Kampagne die Vernetzung mit SchLAu RLP
18 (Schwul Lesbische Aufklärung in RLP), QueerNet RLP und dem LSVD RLP
19 (Lesben und Schwulenverband in RLP) suchen, die bereits viel zu diesem Thema
20 veranstaltet und herausgegeben haben.

21
22 • Es sollen eine oder Informationsveranstaltungen geben. Diese sind nach Ermessen
23 entweder zentral oder direkt an den Schulen zu veranstalten.

24 **Begründung:**

25
26
27 An den Schulen herrschen oft viele Vorurteile gegenüber Homo-, Bisexuellen
28 oder Transgender. „Du Schwuchtel“ oder „Wie schwul ist das denn“ sind längst gängige
29 Phrasen von Schülern. Diese Ausdrücke sind oft unüberlegt und es ist nicht davon
30 auszugehen, dass in den meisten Fällen tatsächlich Homophobie oder Hass auf
31 Homosexuelle vorliegt. Dennoch ist es beunruhigend, dass alles Schlechte mit einer
32 Minderheit assoziiert wird und dies sogar gar nicht mehr bemerkt wird.

33 Homosexuelle und Bisexuelle Schüler finden sich somit in einem Umfeld wieder, in dem
34 sie Homosexualität als etwas schlechtes, ungewolltes, unnatürliches oder unnormales
35 wahrnehmen müssen.

36 Auch bestimmen viele Vorurteile das Bild von Homosexuellen, Bisexuellen oder
37 Transgender. Klischees und Voreingenommenheit dominiert die Vorstellung homosexueller
38 Lebensweisen. Dass diese Vorurteile der Realität meist nicht entsprechen ist auf die
39 Unwissenheit und die mangelnde Aufklärung zurückzuführen. Daher ist es wichtig, dass wir
40 auf das Thema aufmerksam machen, es offen ansprechen und so normal damit umgehen, wie
41 die Betroffenen nunmal auch sind.

F 2

AntragstellerInnen: UB Mainz

angenommen abgelehnt verwiesen an

Adressat_innen: Landesregierung, SPD-Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Die Verfassung gilt auch für Bürgerinnen**

2

3 Der rheinland-pfälzische Gesetzgeber wird aufgefordert, in den Texten aller von ihm
4 erlassenen gültigen Gesetze einen geschlechtergerechten Wortlaut amtlich zu machen. Dies
5 muss insbesondere für die Landesverfassung gelten. Zukünftige Gesetze müssen zwingend in
6 geschlechtergerechter Sprache abgefasst sein. Im Bundesrat wirken die rheinland-pfälzischen
7 Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass dieses Ziel auch für bundesgesetzliche
8 Vorschriften erreicht wird.

9

10 **Begründung:**

11 Die Sprache ist ein zentrales Medium zur Verbreitung politischer Botschaften. Daher
12 bekennen sich die Jusos seit jeher zur geschlechtergerechten Sprache als Ausdruck der
13 Gleichstellung der Geschlechter. Es handelt sich dabei keinesfalls lediglich um Symbolpolitik
14 ohne Sinn und Verstand, sondern um ein wohlüberlegtes Konzept, um Gleichstellung
15 durchgängig und auf allen Ebenen zu erreichen. Dazu muss eben auch die Sprache gehören.
16 Die bloße Verwendung des generischen Maskulin diskriminiert weibliche Mitglieder unserer
17 Gesellschaft und grenzt sie demnach subtil aus.

18

19 Gerade der Gesetzgeber hat den Auftrag, Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern. Dies
20 ist selbstredend nicht allein durch das „Gendern“ der Gesetzestexte erledigt. Jedoch stellt die
21 Verwendung auch der femininen Formen oder zumindest neutraler Formen ein klares
22 Bekenntnis dar, dass der Staat gegen jede Form der (in diesem Falle geschlechtsbezogenen)
23 Diskriminierung auch subtilen Charakters eintritt. Die Gesetze gelten für Bürgerinnen und
24 Bürger gleichermaßen und binden gerade alle Menschen. Sie dürfen durch ihren amtlichen
25 Wortlaut niemanden ausgrenzen.

F3

AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Keine halben Sachen – Echte Gleichstellung der eingetragenen**
2 **Lebenspartnerschaften mit der Ehe**

3
4 Solange die Institution der Ehe besteht, fordern wir eine echte Gleichstellung der
5 eingetragenen Lebenspartnerschaften, mit dieser.

6
7 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion daher auf, sich dafür einzusetzen, dass die
8 eingetragene Lebenspartnerschaft in ausnahmslos allen Bereichen, in dem es eine rechtliche
9 Regelung für Ehepaare gibt, diese um die eingetragene Lebenspartnerschaft zu ergänzen.

10
11 Wir fordern die Ergänzung des Artikels 6, GG um den Punkt der eingetragenen
12 Lebenspartnerschaft, damit diese unter den selben besonderen Schutz der Verfassung fällt,
13 wie die Ehe.

14
15 Begründung:
16 Wir wollen beispielsweise die uneingeschränkte Gleichstellung im Einkommenssteuergesetz.
17 Paare die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, sollen die gleichen Rechte und
18 Pflichten bekommen, wie Ehepaare. Darüber hinaus die Gleichstellung beim Beamtenrecht,
19 Erbrecht und Versicherungsrecht so sollen Paare, die in einer eingetragenen
20 Lebenspartnerschaft leben, bspw. auch ein Anrecht auf den Familienzuschlag bekommen. Im
21 vergangenen Jahr hat das Bundesverfassungsgericht die steuerliche Ungleichbehandlung bei
22 eingetragenen Lebenspartnerschaften gegenüber Eheleuten für verfassungswidrig erklärt.

23
24 Wir dürfen nicht zulassen, dass Gleichbehandlung in Deutschland von Gerichten angeordnet
25 werden muss. Wir fordern die Politik auf dies zu tun. Das Gesetz zur eingetragenen
26 Lebenspartnerschaft war ein richtiger Schritt der rot-grünen Bundesregierung zur
27 Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften und ein richtiger Schritt weg von der
28 Diskriminierung Homosexueller. Wir dürfen es allerdings nicht zulassen, dass der Staat
29 gesetzliche Unterschiede zwischen der eingetragenen Lebenspartnerschaft und der Ehe setzt.
30 Die Tatsache, dass gemischtgeschlechtliche Ehepartner noch immer mehr Rechte haben, als
31 gleichgeschlechtliche, ist falsch und diskriminierend.

32

F4

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Fraktionsarbeitsgruppe Rechtspolitik der SPD Bundestagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Antrag auf Reform des Transsexuellengesetzes (TSG)

Die Jusos Rheinland-Pfalz setzen sich für eine Reform des Transsexuellengesetzes (TSG) ein. Sie fordern die Fraktionsarbeitsgruppe Rechtspolitik der SPD Bundestagsfraktion auf, diese Reform mit Vertretern von Betroffenen sowie juristischen, medizinischen und psychologischen Experten zu erarbeiten und eine entsprechende Gesetzesvorlage in den Bundestag einzubringen.

Folgende Forderungen sind hierbei insbesondere gesetzlich umzusetzen:

1. Die Eintragungen im Geburtenbuch, bezogen auf Vorname und Geschlecht, sind Fremdzuweisungen in einem gesetzlich geregelten Verwaltungsakt. Jedem Menschen muss das Recht zugestanden werden diese Eintragungen durch eigene Willensentscheidung zu ändern. Die Änderung von Namen und/oder Geschlecht muss ebenfalls in einem Verwaltungsakt ermöglicht werden.
2. Wird bei einem Neugeborenen ein uneindeutiges oder mehrdeutiges Geschlecht festgestellt, so muss den Erziehungsberechtigten das Recht der freien Namenswahl, auch geschlechtsneutraler Namen, zugestanden werden. Sie müssen ebenfalls das Recht haben auf einen Geschlechtseintrag zu verzichten.
3. Wird bei einem Neugeborenen ein uneindeutiges oder mehrdeutiges Geschlecht festgestellt, bleibt es alleinige Entscheidung der Erziehungsberechtigten anhand von Beratung durch medizinische und psychologische Experten, ob somatische Maßnahmen durchgeführt werden, welche ausschließlich der geschlechtlichen Vereindeutigung dienen oder nicht.
4. Aufgrund der gesellschaftlich geprägten kulturellen Verengung von Geschlecht auf der biologische Geschlecht, der sozialen Einschränkung der Entwicklung der Persönlichkeit und der noch immer weitverbreiteten Überzeugung der geschlechtlichen Eindeutigkeit bzw. Erziehbarkeit zur geschlechtlichen Eindeutigkeit, werden Menschen mit uneindeutigen oder mehrdeutigen Geschlechtsmerkmalen und Menschen mit einer vom Hebammengeschlecht abweichenden Geschlechtsidentität durch die Gesellschaft in ihrer Persönlichkeitsentwicklung behindert. Ihnen steht deshalb ein Anspruch auf soziale, psychologische, somatische und chirurgische Rehabilitation nach den jeweiligen Erfordernissen zu. Dies muss als Rechtsanspruch gesetzlich gesichert werden.

Begründung

38 Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 1 und 4 % (letztere Schätzung ist inklusive
39 Klinefelter- und Turner-Syndrom) alle Neugeborenen genetisch, anatomisch und hormonell
40 nicht eindeutig dem weiblichen oder männlichen Geschlecht zugeordnet werden können, auf
41 Deutschland gerechnet wären dies mindestens rund 800 000 Menschen. Ursachen können
42 chromosomale Veränderungen wie das Turner-Syndrom, gonadale Veränderungen wie z.B.
43 Agonadismus, hormonelle oder anatomische Variationen sein. Eine klare Ursache ist dabei im
44 Einzelfall nicht immer feststellbar. Medizinisch werden derartige Entwicklungsstörungen als
45 Sexualdifferenzierungsstörungen (DSD) bezeichnet, im allgemeinen Sprachgebrauch wird
46 jedoch eher der Begriff der Intersexualität verwendet.

47
48 Das Transsexuellengesetz (TSG) wurde in den 1980er Jahren erlassen und regelt, unter
49 welchen Voraussetzungen Geschlechtsangleichungen und Namensänderungen vorgenommen
50 werden können und deren juristische Folgen, z.B. im Bezug auf das Erbrecht. Seit seinem
51 Erlass gab es verschiedene Verfahren gegen das TSG von denen sieben vor dem
52 Bundesverfassungsgericht erfolgreich waren. Die aktuellste Entscheidung fiel 2011 und
53 befasste sich mit einer Aufhebung des Zwangs zur genitalangleichenden Operation und zur
54 Kastration nach § 8 TSG.

55
56 Doch noch immer ist bei der Geburt eines Kindes mit uneindeutiger Geschlechtszuordnung
57 eine Festlegung des Geschlechtes gesetzlich vorgeschrieben. So muss dem
58 Personenstandsgesetz (PStG) folgend nicht nur das Geschlecht des Kindes ins Geburtenbuch
59 eingetragen werden, sondern auch ein geschlechtsdefinierender Vorname gewählt werden.
60 Wird als erster Vorname ein geschlechtsneutraler Name, wie z.B. Kim, gewählt, muss ein
61 Zweitname vorhanden sein, welcher die Geschlechtszugehörigkeit klarstellt. Diese
62 Regelungen haben zur Folge, dass Eltern nach der Geburt eines intersexuellen Babys
63 gezwungen sind eine Geschlechtsfeststellung einzuleiten und die entsprechenden somatischen
64 Maßnahmen vornehmen zu lassen. Mit anderen Worten: Die Eltern sind gezwungen sich für
65 ein Geschlecht zu entscheiden und das Baby entsprechender geschlechtsangleichender
66 Operationen und Behandlungen unterziehen zu lassen. Geht man von einer völligen
67 Unklarheit des Geschlechts aus, besteht hier somit eine Chance von 50 %, dass das falsche
68 Geschlecht gewählt wird und dies später zu tiefgreifenden psychischen Störungen führen
69 kann.

70
71 Die zur Geschlechtsvereindeutlichung notwendigen somatischen Maßnahmen sind zudem
72 meist tiefgreifend und können psychische wie physische Schäden zur Folge haben. Sie
73 umfassen meist eine operative Normalisierung der äußeren Geschlechtsmerkmale, welche
74 nicht nur zu kurzzeitigen Schmerzen, sondern auch lebenslanger Verringerung der
75 Nervensensitivität oder Schmerzen in diesem Bereich führen kann. Weitere Maßnahme ist oft
76 eine Hormontherapie, welche zu einer Ausbildung multipler Stoffwechselstörungen führen
77 kann. Medizinische Spätfolgen für intersexuelle Menschen sind bisher weitgehend
78 unerforscht und auch der Umgang damit im gerontologischen Bereich, z.B. in der Pflege, ist
79 weitestgehend unklar.

80
81 Betroffenenorganisationen betonen zudem immer wieder, dass diese Operationen und die
82 damit verbundene Fremdzuweisung des Geschlechts gegen verschiedene im Grundgesetz
83 verankerte Rechte des Kindes verstößt. Hierzu gehören u.a.:

84
85 Art. 2 Abs. 1: „Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit er
86 nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung
87 oder das Sittengesetz verstößt.“

88 Art. 2 Abs. 2: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die
89 Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes
90 eingegriffen werden.“

91 Art. 3 Abs. 3: Niemand darf wegen seines Geschlechts,(...) benachteiligt oder
92 bevorzugt werden. (...)“

93
94 Ein gesetzlicher Zwang zur Geschlechtsvereindeutlichung ist daher abzulehnen. Während
95 einige Betroffenenorganisationen jedoch ein gesetzliches Verbot somatischer Maßnahmen zur
96 Geschlechtsfestlegung fordern, ist dieser gegenteilige Zwang ebenfalls abzulehnen, solange
97 die psychischen und physischen Schäden für intersexuelle Menschen ohne somatische
98 Geschlechtsfeststellung weder medizinisch noch psychologisch absehbar sind.

99
100 Da die Dichotomisierung des Geschlechts in unserer Gesellschaft noch immer tief verankert
101 und das Geschlecht eines Menschen eines der hervorstechendsten Merkmale für soziale
102 Kategorisierung ist, muss in weiten Teilen der Gesellschaft damit gerechnet werden, dass
103 Kinder mit unklarem Geschlecht in einem aversiven Umfeld aufwachsen würden.
104 Diskriminierung, Ausgrenzung und andere negative Erfahrungen während der kindlichen
105 Entwicklung könnten so in vielen Fällen schwerere psychische und somatische Folgen nach
106 sich ziehen als eine operative Geschlechtsvereindeutlichung nach der Geburt. Die
107 Einschätzung, ob ihr soziales Umfeld in der Lage ist mit der Unklarheit des Geschlechts ihre
108 Kindes adäquat umzugehen und solche negativen Folgen zu verhindern, muss daher, nach
109 ausführlicher psychologischer und medizinischer Beratung, allein bei den Eltern liegen.

110
111 Dieses Recht von Eltern auf Pflege ihres Kindes, ist im Grundgesetz festgehalten:

112
113 Art. 6 Abs. 2: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der
114 Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die
115 staatliche Gemeinschaft.“

116
117 Es ist nicht nachvollziehbar, warum somatische Maßnahmen zur Geschlechtsfestlegung hier
118 eine juristische Ausnahme bilden sollten.

119
120 Unabhängig davon, ob Eltern sich schließlich für oder gegen geschlechtsdefinierende
121 Maßnahmen entscheiden, kann von einer erhöhten medizinischen und psychologischen
122 Belastung für intersexuelle Menschen ausgegangen werden. Insbesondere die psychologische
123 Belastung ist hierbei in nicht unerheblichem Maße gesellschaftlich begründet. Annahmen
124 über die Dichotomie der Geschlechter und deren Erziehbarkeit können zu Diskriminierung,
125 Ausgrenzung oder im schlimmsten Fall sogar zu physischer Bedrohung oder Verletzung
126 führen. Um die Folgen einer stattgefundenen oder unterbliebenen
127 Geschlechtsvereindeutlichung für intersexuelle Menschen so gering wie möglich zu halten,
128 sollten sie daher einen gesetzlich geregelten Rechtsanspruch auf soziale, psychologische,
129 somatische und chirurgische Rehabilitation nach den jeweiligen Erfordernissen haben.

130
131 Intersexualität ist nicht nur in ihren biologischen Ursachen, sondern auch in ihren physischen,
132 psychologischen und sozialen Auswirkungen, ein sehr komplexes Thema. Eine Reform des
133 Transsexuellengesetzes (TSG) ist daher nicht nur aufgrund der Entscheidungen des
134 Bundesverfassungsgerichts dringend notwendig. Aufgrund der Komplexität sollte sie zudem
135 in enger Zusammenarbeit mit Betroffenenvertretern, sowie medizinischen, psychologischen
136 und juristischen Experten erarbeitet werden.

G1	AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Es gibt ein „Leben“ nach dem Tod: Organspenden fördern und ethische**
2 **Fragen behandeln**

3
4 Viele Probleme in der Bundesrepublik Deutschland, die mit dem Tod, der Zeit davor und
5 danach verbunden sind, sind immer noch nicht gelöst.
6 Egal ob Patientenverfügung, Sterbehilfe oder Organspende: Bei vielen Themen herrscht noch
7 großer Handlungsbedarf.

8
9 **Wir fordern**
10 Wir fordern, dass sich die SPD dafür einsetzt, dass bei jeder Beantragung eines
11 Personalausweises oder Führerscheins ein Organspendeausweis ausgeteilt wird und vor Ort
12 ausreichendes Informationsmaterial zur Verfügung steht.

13
14 Solche Maßnahmen sollten von einem ständigen Bundestagsausschuss beraten werden, der
15 sich mit ethischen Fragen rund um das Leben und damit verbunden auch den Tod beschäftigt
16 und Lösungen findet, die schon zu lange gefehlt haben. Wir dürfen nicht zulassen, dass
17 Grauzonen der Gesetzesgrundlagen ausgenutzt werden, um damit Geld zu verdienen, sondern
18 müssen uns dafür einsetzen, dass diese Grauzonen verschwinden und in unserem Land klare
19 Verhältnisse bestehen zu einem schwer verhandelbaren, aber dennoch wichtigen Thema,
20 nämlich der Ethik.

21
22 Debatten wie die über die Präimplantationsdiagnostik dürfen nicht von Richtern angestoßen
23 werden, sondern müssen in einem Ethikausschuss des Bundestages debattiert werden.

24
25 Begründung:

26
27 **„Die Würde des Menschen ist unantastbar“**
28 Artikel 1 unseres Grundgesetzes besagt, nichts darf die Würde eines anderen Menschen
29 angreifen oder verletzen. Doch viele Patienten von unheilbaren und furchtbaren Krankheiten
30 wie Krebs oder Demenz fühlen sich genau so: Angegriffen in ihrer Würde in einem Leben,
31 das sich meist nur noch um ein Pflegebett dreht.

32 Viele Patienten sehen das Geschenk Leben in diesen Zeiten, die nur durch den Tod beendet
33 werden, als qualvoll und nicht mehr lebenswert an. Für sie müssen Perspektiven geschaffen
34 werden, die ihnen Hoffnung geben, wieder selbst über ihr Leben bestimmen zu können, und
35 daran nicht an Gesetzen behindert zu werden. Diese Perspektiven können hingehen bis zur
36 aktiven Sterbehilfe, wie sie schon in einigen europäischen Nationen praktiziert wird, und die
37 auch von Bundesbürgern genutzt werden.

38
39

40 **Organspende-Hoffnung für Tausende**

41

42 Jedes Jahr benötigen 12500 Menschen in Europa eine Organspende. Doch nur 3500 Organe
43 werden jedes Jahr von Toten gespendet, da diese zu Lebzeiten einen Organspendeausweis
44 ausgefüllt haben. Laut einer Umfrage der TKK würden sich knapp 50% aller Deutschen unter
45 Umständen einen Organspendeausweis zulegen, fühlen sich jedoch unzureichend informiert.
46 Wir glauben, dass sich mit zunehmender Aufklärung auch mehr Spender finden lassen.

47

48 Diese Aufklärung kann dadurch erreicht werden, dass bei Beantragung eines Personalausweis
49 oder Führerschein eine Infobroschüre der BZgA beigelegt wird, um den jeweiligen
50 Antragsteller besser zu informieren.

G2	AntragstellerInnen: UB Trier-Saarburg
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an

AdressatInnen: Juso BVS, SPD BTF, Bundesministerium für Gesundheit und Malu Dreyer

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Zurück zum gebührenfreiem Arztbesuch – Abschaffung der Praxisgebühr**

2

3 Wir lehnen die Praxisgebühr in Höhe von 10 Euro pro Person ab. Der ursprüngliche Gedanke
4 der Praxisgebühr, Arztbesuche zu regulieren, ist fehlgeschlagen. Außerdem erweist sie sich
5 als unsolidarisch, da nur gesetzlich Versicherte die Praxisgebühr bezahlen müssen. Wir
6 fordern daher eine Bürgerversicherung, die gänzlich auf eine Praxisgebühr verzichtet.

7

8 Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

G 3

AntragstellerInnen: UB Mainz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundesparteitag

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Vegetarismus erleichtern**

2
3 Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern:

- 4 1. Die Einführung eines europaweit einheitlichen Siegels zur Kennzeichnung
- 5 vegetarischer und veganer Lebensmittel.
- 6 2. Eine klare gesetzliche Definition der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“.
- 7 3. Ausweisungspflicht für alle Inhaltsstoffe und Zwischenprodukte tierischen Ursprungs.
- 8 4. Pflicht zur Kennzeichnung vegetarische und veganer Lebensmittel in öffentlichen
- 9 Speiselokalen und Kantinen sowie Pflicht zur Auskunft über sämtliche Inhaltsstoffe
- 10 tierischen Ursprungs.
- 11 5. Die Informationskampagne des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft
- 12 und Verbraucherschutz soll ausgeweitet werden.
- 13 6. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen die kennzeichnungsrechtlichen Vorschriften
- 14 fordern die Jusos Rheinland-Pfalz hohe Geldbußen. Dies soll von unabhängigen
- 15 Behörden, die dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und
- 16 Verbraucherschutz unterstellt sind, regelmäßig kontrolliert werden.

17 18 Vegetarier innenfreundliche Lebensmittelkennzeichnung

19 Die Jusos fordern, dass ein europaweit einheitliches Siegel zur Kennzeichnung vegetarischer
20 oder veganer Lebensmittel eingeführt wird. Dabei kann das Europäische Vegetarismusetikett
21 als Vorlage dienen, welches zur Kennzeichnung vegetarischer oder veganer Produkte etwa
22 auch von Seiten des deutschen Vegetarierbundes beworben wird. Die Verwendung dieses
23 Siegels muss gesetzlich verbindlich vorgeschrieben werden, wenn das Produkt die
24 entsprechende ausgewiesene Eigenschaft aufweist. Umgekehrt darf es aber nur dann
25 verwendet werden, wenn das entsprechende Produkt tatsächlich „vegetarisch“ oder „vegan“
26 ist.

27 Dazu ist es erforderlich, dass die Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ klar gesetzlich definiert
28 und gesetzlich geschützt werden. Dies soll in Zukunft einen Missbrauch dieser Begriffe
29 verhindert. Denn ein Produkt, welches Gelatine oder tierisches Lab enthält, ist eben nicht
30 vegetarisch, da beide Produkte von Tieren stammen, die für die Erzeugung des Stoffes getötet
31 werden mussten. Dann darf ein solches Produkt auch nicht als „vegetarisch“ ausgewiesen
32 werden. Eine mögliche Definition liefert die Europäische Vegetarierversammlung (EVU):

33
34 *“The term ‘vegetarian’ should not be applied to foods that are, or are made from or with the*
35 *aid of products derived from animals that have died, have been slaughtered, or animals that*
36 *die as a result of being eaten. The term ‘vegan’ should not be applied to foods that are, or are*

37 *made from or with the aid of animals or animal products (including products from living*
38 *animals).“*

(„Die Bezeichnung ‚vegetarisch‘ sollte nicht für Lebensmittel verwendet werden, die aus Produkten hergestellt werden, die von Tieren stammen, welche gestorben sind, geschlachtet wurden oder von Tieren, die infolge des Konsums sterben, oder für Lebensmittel, die mit Hilfe solcher Produkte hergestellt wurden. Der Ausdruck ‚vegan‘ sollte nicht für Lebensmittel verwendet werden, die aus Tieren oder tierischen Produkten bestehen (Produkte von lebenden Tieren eingeschlossen) oder mit Hilfe solcher Produkte hergestellt wurden.“)

39 **Vollständige Inhaltsstoffangaben**

40

41 Zudem fordern wir, dass die Hersteller_innen gesetzlich verpflichtet werden, sämtliche
42 Inhaltsstoffe tierischen Ursprungs anzugeben. Dies muss sowohl in den Fällen gelten, in
43 welchen ein solcher Stoff in das Endprodukt eingegangen ist, jedoch auch dann, wenn ein
44 derartiger Stoff lediglich im Verarbeitungsprozess zur Herstellung des Endproduktes oder
45 irgendeines Zwischenproduktes verwendet worden ist, ohne schließlich ins Endprodukt
46 eingegangen zu sein. So wird etwa Gelatine regelmäßig zur Klärung von Fruchtsäften
47 verwendet, ohne dass sie als Inhaltsstoff ausgewiesen werden muss. Auch Lab, welches Käse
48 seine feste Konsistenz gibt und in den meisten Fällen tierischen Ursprungs ist, muss nach der
49 europäischen Käseverordnung nicht verpflichtend ausgewiesen werden. Solche Ausnahme-
50 regelungen sind verbraucher_innenfeindlich und müssen abgeschafft werden. Es muss
51 erkennbar sein, ob tierisches oder die vegetarische Alternative, nämlich mikrobielles Lab,
52 verwendet worden ist.

53

54 **Transparenz in öffentlichen Speiselokalen und Kantinen**

55 Der Besuch von Speiselokalen oder Kantinen stellt für konsequente Vegetarier_innen eine
56 erhebliche Schwierigkeit dar. Mitunter ist es unmöglich, zu erfahren, welche Stoffe in den
57 zubereiteten Speisen enthalten sind. Ein erheblicher Mehraufwand ist damit in jedem Fall
58 verbunden.

59

60 Daher sollen Betreiber_innen von Kantinen und öffentlicher Speiselokale verpflichtet werden,
61 in ihrer Speisekarte – der einheitlichen europäischen Definition entsprechend – darauf
62 hinzuweisen, ob die angegebene Speise tatsächlich „vegetarisch“ oder „vegan“ ist. Ebenso
63 muss den Gästen zumindest auf Nachfrage verbindlich mitgeteilt werden, welche Stoffe in der
64 jeweiligen Speise enthalten sind. In Verbindung mit der Verpflichtung zur Ausweisung
65 sämtlicher Stoffe durch die Hersteller_innen dürfte dieser Pflicht von
66 Gaststättenbetreiber_innen leicht nachzukommen sein.

67

68 **Diskriminierung verhindern**

69 Auch sonst muss es Vegetarier_innen möglich sein, an allen Veranstaltungen des öffentlichen
70 Lebens ohne Einschränkungen teilzunehmen. Daher soll die öffentliche Akzeptanz für den
71 Vegetarismus gestärkt werden. Ebenso soll darauf hingewirkt werden, dass in Kantinen und
72 Mensen öffentlicher Einrichtungen (z.B. Universitäten, Behörden usw.) verpflichtend
73 mindestens ein Drittel der angebotenen Gerichte „vegetarisch“ und mindestens eines davon
74 zugleich „vegan“ ist. Auch hier muss auf Nachfrage ein Nachweis über die Inhaltsstoffe
75 erfolgen. Bei der Vergabe von Standplätzen für Volksfeste (z.B. Kirmes oä.) werden die

76 kommunalen Behörden angehalten, auch vegetarische Ernährungsmöglichkeiten
77 sicherzustellen oder zumindest zu berücksichtigen.
78 Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird
79 aufgefordert, die bereits bestehenden Informationskampagnen bezüglich der Vor- und
80 Nachteile vegetarischer und veganer Ernährungsweisen auszuweiten, wobei insbesondere die
81 gesundheitlichen und ökologischen Aspekte des Vegetarismus im Vordergrund stehen sollen.
82 So soll jedem Menschen die Möglichkeit gegeben werden, eine selbstbestimmte Entscheidung
83 auf der Grundlage hinreichender Informationen zu treffen.

84

85 Begründung:

86 Die Entscheidung zum vollkommenen Fleischverzicht wird in den letzten Jahren von immer
87 mehr Menschen getroffen. Nach aktuellen Angaben ernähren sich in Deutschland momentan
88 etwa 6 Millionen Verbraucher_innen ausschließlich vegetarisch. Die Gründe dafür können
89 ethisch- moralischen, kulturell- religiösen, ökologischen oder sonstigen Ursprungs sein. Eine
90 solche bewusste Entscheidung aus Überzeugung muss jedoch in jedem Falle akzeptiert und
91 respektiert werden. Die Jusos Rheinland-Pfalz setzen sich demnach dafür ein, dass das
92 Selbstbestimmungsrecht der Verbraucher_innen nicht durch vegetarier_innenfeindliche
93 Kennzeichnungen, die einen sicheren Fleischverzicht erheblich erschweren, beeinträchtigt
94 wird. Die Verbraucher_innen sind von den Angaben der Lebensmittelkonzerne abhängig und
95 darauf angewiesen, dass diese transparent und vollständig über sämtliche Inhaltsstoffe,
96 insbesondere solche tierischen Ursprungs, aufklären. In dieser Abhängigkeit muss der
97 Gesetzgeber dem/der Verbraucher_in schützend zur Seite stehen, um ihm die Möglichkeit
98 fleischloser Ernährung zu garantieren.

01	AntragstellerInnen: UB Südpfalz
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an

AdressatInnen: Landesvorstand der SPD Rheinland-Pfalz

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Eckpunkte zur Parteireform

Die SPD befindet sich insbesondere seit der Bundestagswahl 2009 in einem Erneuerungsprozess, der sich u.a. in der aktuell diskutierten Parteireform niederschlägt. Zu diesem Prozess möchten wir unseren Beitrag leisten und einige Eckpunkte als für uns wichtige Bausteine in die Diskussion mit einfließen lassen:

1. Mitgliederbeteiligung ausbauen

Wenn Parteimitglieder nicht mehr das Gefühl haben an wichtigen Entscheidungen mitwirken zu können, so ist es kaum verwunderlich, wenn sie langfristig die Motivation für politische Arbeit verlieren. Dies gilt insbesondere für Mitglieder die keine öffentlichen Ämter bekleiden.

Deswegen ist es notwendig, breite Möglichkeiten der Beteiligung anzubieten. Hierbei sollten die Möglichkeiten elektronische Kommunikation intensiv genutzt werden. Beispiele sind die Erstellung von Onlineanträgen oder auch turnusmäßige Mitgliederbefragungen. Von besonderer Bedeutung sind Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der KandidatInnenaufstellung für öffentliche Ämter, für die zukünftig die Direktwahl / unmittelbare Nominierung durch die Mitglieder das gängige Verfahren werden soll.

2. Faire Zusammensetzung von Delegiertenkonferenzen

Zu einer Stärkung der Parteimitgliedschaft gehört ebenso die aktive Beteiligung bei Parteikonferenzen. Hierfür ist auf unteren Parteiebenen bis zur Unterbezirksebene zu überlegen, ob das Delegiertenprinzip noch zeitgemäß ist. Ab Landesebene ist durch eine Quotierung für alle Delegiertenversammlungen und deren Organe darauf zu achten, dass der Anteil der hauptamtlichen MandatsträgerInnen bei den Delegierten 50% nicht übersteigt. Zudem sind die Delegiertenzahlen jeweils mindestens zu verdoppeln.

3. SprecherInnen-Teams als zusätzliches Vorstandsmodell

Neben einem Vorstand, der aus einem Vorsitzendem/ einer Vorsitzenden und seinen/ihren StellvertreterInnen besteht, soll in Zukunft auch die Möglichkeit bestehen gleichberechtigte SprecherInnen-Teams als Vorstandsmodell einzurichten.

4. Antragskommission als ‚Werkzeug‘ und nicht als ‚Vorentscheider‘

Bei der Einsetzung von Antragskommissionen ist festzuschreiben, dass die/der AntragsstellerIn vor der Votumsfindung durch die Kommission gehört werden muss. Nachdem ein Votum durch die Kommission gefunden wurde, muss dieses der/dem AntragsstellerIn noch vor der betroffenen Delegiertenversammlung mitgeteilt werden.

40 Tritt die Antragskommission direkt vor oder während der Delegiertenversammlung
41 zusammen, so sind alle AntragsstellerInnen direkt in die Beratung mit einzubeziehen.
42 Beschlussgrundlage auf der Delegiertenkonferenz ist jedoch IMMER die
43 Ursprungsfassung des Antrages.
44

45 **5. Breite, niedrighschwellige Bildungsangebote**

46 Bildungsangebote müssen für Parteimitglieder allgemein zugänglich, dezentral und
47 thematisch breit angelegt sein. Die Seminarangebote der Gewerkschaften sind hier ein
48 gutes Beispiel. Hierauf ist auch die Arbeit der Parteischule hin auszurichten. Zudem
49 muss ein Bildungsfonds eingerichtet werden, der Mitgliedern mit geringem
50 Einkommen die Teilnahme erleichtert.
51

52 **6. Stärkung der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise**

53 Die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in der Partei leisten einen maßgeblichen
54 Anteil zur inhaltlichen Arbeit und Willensbildung. Statt parallel weitere
55 Organisationsformen anzubieten, sollten diese Gremien gestärkt werden,
56 beispielsweise durch einen Ausbau des Stimmrechtes bzw. der Delegationsrechte. Die
57 Einrichtung neuer Arbeitskreise darf nicht nur von dem Beschluss eines Vorstandes
58 abhängen, sondern benötigt das Votum der Delegiertenkonferenz auf der
59 entsprechenden Parteiebene.
60

61 **7. Nachwuchsgewinnung, Mitgliederbetreuung, Einbindung von Externen**

62 Die SPD muss attraktiver werden – und dann auch bleiben. Neben der Wahl der
63 richtigen Themen sowie die Erarbeitung eines neuen Images ist hierfür die Ansprache
64 vor Ort wichtig. Dies geht weniger über sog. ‚Organizer‘, sondern über
65 Neumitgliederkampagnen, die ihren Namen auch verdienen. Wichtig ist ebenfalls die
66 Netzwerkarbeit mit anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, insbesondere
67 den Gewerkschaften, aber auch die durchgängige Betreuung der Mitglieder. Hierfür
68 müssen die GenossInnen vor Ort Ressourcen (u.a. Bildungsangebote,
69 Organisationserleichterungen) erhalten, um eine solche Arbeit langfristig zu
70 ermöglichen.

71 Für uns ist es wichtig, dass auch Nicht-Mitglieder aktiv an der inhaltlichen Arbeit der
72 Partei mitwirken können. Es ist z.B. denkbar sie in Arbeitsgemeinschaften zu
73 integrieren und ihnen darüber hinaus ein Antragsrecht auf Delegiertenversammlungen
74 einzuräumen. Generell muss gelten: Wer in der Partei mitarbeiten möchte, muss dies
75 auch ohne Mitgliedsstatus können. Dies hat jedoch Grenzen bei der Wahl von
76 Vorständen oder auch der Aufstellung von KandidatInnen für öffentliche Ämter sowie
77 dem Stimmrecht im Allgemeinen, was lediglich Parteimitgliedern vorbehalten sein
78 darf.
79

80 **8. Die Partei ist kein Unternehmen**

81 Kriterien, inwieweit eine Arbeitsgemeinschaft oder ein Ortsverein „effizient“ arbeitet,
82 darf es nicht geben. Auch einer Einführung von „Prämien“ für engagierte
83 Parteigremien stehen wir ablehnend gegenüber. Das Wettbewerbsprinzip darf keinen
84 Einzug in die Organisation unserer Partei nehmen!

85 Dagegen gilt es das Solidaritätsprinzip zu stärken: Die Starken helfen den Schwachen
86 ohne diesen die Selbstbestimmung zu rauben. Daneben sollte über die Einrichtung

87 eines Projektfördertopfes für die Ortsvereine, zu dem alle gleichberechtigten Zugang
88 haben, nachgedacht werden.

89

90 **9. Abschaffung des Parteipräsidiums**

91 Durch die begrüßenswerte Verkleinerung des Bundesvorstandes wird die Einrichtung
92 des Parteipräsidiums obsolet.

93

94 **10. Hilfe für die Ortsvereine**

95 Auch durch die Reform wird die Arbeit an der Basis nicht weniger werden. Im Zuge
96 der Ehrenamtlichkeit und knapper werdenden Zeit- aber auch Finanzressourcen
97 müssen sinnvolle Hilfsangebote an die Ortsvereine bereitgestellt werden, die neben
98 der Bündelung bereits angesprochener Punkte wie der Bildung auch die Durchführung
99 des laufenden Geschäftsbetriebes (Führung von Mitgliederlisten, Druckvorlagen,
100 Onlinespeicherplatz) stark erleichtern.

101

102 Begründung erfolgt mündlich.

02

AntragstellerInnen: Landesvorstand 2010/2011

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress (Teile die SPD-Bundesebene betreffend), SPD-Landesvorstand (Teile die Landes-SPD betreffend), Arbeitsgemeinschaften der SPD RLP, OV-Vorsitzende der SPD RLP

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Selbstbestimmte SPD!

„Nur, das Feuer der Begeisterung erlischt und die Quelle der Kraft versiegt, wenn die Grundlagen politischen Wirkens nicht mehr im Ringen der Meinungen erarbeitet, sondern nur noch irgendwo eingekauft und irgendwie zugeliefert werden.“

Willy Brandt, 1987

Kritik an der SPD

In den letzten Europa- und Bundestagswahlen hat die SPD einen Absturz erlebt. Seit 1998 hat die SPD mehrere zehntausend Mitglieder verloren, wir haben die Bindung zu den Gewerkschaften teil- und zeitweise verloren, Landtagswahlen sind verloren gegangen. Seit Ende der Großen Koalition kommt die SPD aus dem Umfragetief nicht heraus. Teilweise kommt die SPD nicht über 25%, umso unverständlicher wenn Freude darüber aufkommt, wenn die SPD gerade mal so drittstärkste Kraft bei Wahlen wird.

Zwar gingen viele Aufbruchsignale 2009 vom Dresdner Parteitag nach den Wahlen aus. Seitdem sind Debatten zur Rente mit 67, zur Arbeitsmarktpolitik, zu Steuern, zu Afghanistan und SPD erneuern angestoßen worden. Mit dem Fortschrittpapier sollte eine Debatte über eine „neuen“ Fortschrittsbegriff in Gang gesetzt werden. Ortsvereine wurde befragt und Themenkonferenzen abgehalten. Doch: Wo steht die SPD aktuell?

Wir Jusos RLP sehen den Willen der Führungsspitze in Berlin zur Veränderung. Doch stellen wir in Frage, ob der Wille und die Geduld ausreichend sind, Fehler der Vergangenheit, sowohl inhaltlicher Natur als auch kommunikativer, demokratischer Natur, zu beheben und ob die Richtung der angestrebten Veränderung die richtige ist. So ist es bisher noch nicht gelungen die inhaltlichen Debatten in die Breite der Partei zu tragen:

- Der Arbeitsparteitag in Berlin hatte seinen Namen nicht verdient. Er war nur eintägig und von einer Paneldiskussion und langen Rede unnötig verkürzt. Wer wirklich die Partei entscheiden lassen will, muss hier mehr Zeit geben.
- Die Terminierung und Einladungen zu wichtigen Terminen wie beispielsweise der Afghanistankonferenz oder der Unterbezirkvorsitzendenkonferenz kamen zu kurzfristig und reichen nicht aus, vor Ort die Basis in den Diskussionsprozess miteinzubinden.
- Der inhaltliche Kurs der Partei wirkt zu beliebig. Der Atomausstieg ist wichtig und medial dominant, aber an welchen Stellen hat sich die SPD in Fragen sozialer Gerechtigkeit neu aufgestellt?

- 37 • Nach wie vor werden Papiere oder zentrale Positionen der Spitze direkt an die Medien
38 gegeben, ohne zuvor der Partei übermittelt, oder, wo kämen wir da hin – sogar
39 diskutiert worden zu sein. Dies verstärkt lediglich das Gefühl der Ohnmacht an der
40 Parteibasis. Die Einbeziehung der Medien ist in der Mediendemokratie ohne Zweifel
41 notwendig, allerdings anders als bisher geschehen.
42

43 **Kritik an SPD in RLP**

44 Die SPD stürzt nicht ins Bodenlose ab. Sie regiert nach wie vor in Koalitionen auf
45 Länderebene. In Rheinland-Pfalz, wo sie glaubwürdig für Positionen einsteht, ist sie nach wie
46 vor Volkspartei. Innerparteiliche Demokratie liegt jedoch in weiten Teilen der deutschen
47 Sozialdemokratie am Boden, mit wenigen Lichtblicken.

48 In RLP sind mit einer neuen Koalition neue Chancen gekommen, sowohl RLP sozial
49 gerechter zu machen als auch in Sachen innerparteilicher Demokratie Dinge zu verändern. Im
50 Rahmen der Alleinregierung der SPD von 2006-2011 und einer langen Regierungszeit seit
51 1991 haben sich Dinge verselbstständigt und sind teilweise auch bewusst nicht mehr verfolgt
52 worden. So sind all zu oft inhaltliche Initiativen aus der Regierung lediglich nachvollzogen
53 worden, nicht mehr im Ringen der Meinungen erarbeitet worden. Debatten auf Parteitag
54 fanden kaum statt, sie folgten immer wieder dem gleichen Muster, boten wenig Raum für
55 Beteiligung und tatsächliche Entscheidungen.

56 Doch es gibt Lichtblicke: Aus Sicht der Jusos war der Prozess der Programmearbeitung ein
57 erster Anfang in Sachen Einbeziehung der Partei. Auch sind viele inhaltlichen Impulse der
58 Jusos im Rahmen des Wahlprogramms und Koalitionsvertrags aufgegriffen worden.

59 Jedoch lässt die Diskussionskultur im SPD-Landesvorstand stark zu wünschen übrig.
60 Entscheidungen im Präsidium machen Diskussionen im SPD-Landesvorstand oft zur Farce.
61

62 **Unsere Vision: Eine selbstbestimmte SPD!**

63 Eine selbstbestimmte SPD besteht aus selbstbestimmten Mitgliedern, die sich
64 zusammenschließen, um für eine gemeinsame Sache, eine Gesellschaft der Freien und
65 Gleichen, den demokratischen Sozialismus, zu kämpfen, und Partei für die zu ergreifen, die
66 ausgegrenzt sind aus der Gesellschaft- „Niemandens Herr, niemandens Knecht!“ Dieser
67 Grundsatz muss dann jedoch auch für die innerparteiliche Demokratie gelten. Das ist die
68 Richtung, die wir von einer Parteispitze erwarten, wenn es darum geht, die SPD zu erneuern.
69 D.h. für uns, dass die SPD zunächst ihre eigene Position findet, ungeachtet des Drucks der
70 Medien und bestimmter wirtschaftlicher Interessen. Dazu braucht es ausreichend Zeit und
71 Wege von unten nach oben und von oben nach unten. Sowohl Führungsspitze als auch Basis
72 stehen in der Verantwortung. So wartet ein selbstbestimmtes Mitglied nicht auf einen
73 Vorschlag der Parteispitze oder fordert vorschnell die Abwahl selbiger. Niemandes Knecht!
74

75 Ein selbstbestimmtes SPD-Mitglied vertritt seine Meinung lautstark, sucht UnterstützerInnen
76 in der Partei und BündnispartnerInnen in der Gesellschaft für seine Position. Die Spitze einer
77 selbstbestimmten SPD fördert Strukturen, die diese innerparteiliche Demokratie von unten
78 nach oben fördern. Niemandens Herr! Umgekehrt werden Vorschläge der Spitze breit
79 diskutiert, entsprechen kritisiert, mit BündnispartnerInnen diskutiert und dann erneut mit dem
80 Parteivorstand diskutiert. In einer selbstbestimmten SPD wird im Vorfeld von
81 Entscheidungen diskutiert und dann nicht in Hinterzimmern, sondern offen und
82 nachvollziehbar in den zuständigen Vorständen entschieden. Möglichst viele Entscheidungen
83 werden offen auf Parteitag gefällt.

84 **Falsche Richtung der Bundes-SPD bei der Erneuerung der SPD**

85 Die Bundes-SPD hat ein Papier zu Parteireform vorgelegt. Richtig ist eines der Ziele der
86 Bundes-SPD: mehr Demokratie zu wagen und keine demokratiefreien Räume zu akzeptieren.
87 Dem wird man jedoch nicht gerecht, wenn man zunächst innerparteiliche Demokratie mit
88 einem basta umgeht und zerstört und dann versucht über die Einbindung von
89 Nichtmitgliedern die Mitgliedschaft weiter abzuwerten. Spätestens dann macht eine Partei
90 und eine Parteiendemokratie keinen Sinn mehr.

91

92 Wir Jusos RLP begrüßen folgende Vorschläge der Bundes-SPD:

- 93 ➤ Mindestens 40% bei der nächsten BTW Frauen als Direktkandidatinnen. Die
94 Beteiligung von Frauen an Politik ist nach wie vor sehr niedrig. Dies liegt nicht daran,
95 dass Frauen nicht wollen, sondern daran, dass Männer Politik dominieren und Politik
96 dementsprechend so funktioniert, wie sie funktioniert. Die Quote ist notwendig.
97 Darüber hinaus erwarten wir allerdings auch Vorschläge, wie die Bundespartei
98 weiterhin aktiv Frauen fördern und ihnen inhaltliche Plattformen bieten will.
- 99 ➤ Sachentscheide durch die Mitglieder. Diese finden wir bei Einzelfragen und im
100 begrenzten Umfang für richtig. Allerdings bleiben die Parteitage zentrale Orte der
101 Entscheidung. Hier erwarten wir, dass die Partei umfassend solche Sachentscheide
102 begleitet und Hilfestellungen gibt, sodass am Ende auch wirklich eine inhaltlich, gut
103 vorbereitete Entscheidung fällt.
- 104 ➤ Bürgerparteitage. Ungeachtet der Begriffswahl ist unserer Ansicht nach wichtig, dass
105 diese Parteitage offen sind. Die ist ein Praxis- und kein Satzungsproblem. Die
106 Abstimmung jedoch bleibt das Privileg der Mitglieder. Aber es sollte mehr
107 Anstrengungen unternommen werden, BündnispartnerInnen und BürgerInnen zu den
108 Parteitage zu holen.
- 109 ➤ Entlastung von Verwaltungsaufgaben für kleinere OVn
- 110 ➤ Mitgliederbeauftragte in OVn. Wir lehnen einen Mitgliederbeauftragten optional nicht
111 ab. Sind allerdings der Meinung, dass es insbesondere auf das Gesamtgeschehen in
112 eine OV/Kreisverband ankommt, ob ein Neumitglied oder Mitglied sich aufgehoben
113 fühlt. Wird inhaltlichen Diskussionen Zeit und Raum gegeben und ist der OV auch Ort
114 der Entscheidung. Darf das Mitglied mitreden und mitentscheiden?
- 115 ➤ Themenforen als zusätzliche flexible Arbeitsstruktur. Wir begrüßen den Vorschlag der
116 Parteispitze, neben den bisherigen Parteistrukturen Themenforen als neue Möglichkeit
117 der inhaltlichen Mitarbeit einzurichten. Viele Mitglieder und Nicht-Mitglieder finden
118 die Arbeit in Ortsvereinen unattraktiv und wollen sich nur mit spezifischen Themen
119 auseinandersetzen. Wir brauchen deshalb inhaltliche Angebote der Mitarbeit. Dazu ist
120 es aber erforderlich, dass alle Ebenen selbst entscheiden können, welche Themenforen
121 eingerichtet werden. Die Themensetzung muss an die Gegebenheiten vor Ort
122 angepasst werden und an die Interessen der Mitglieder.

123

124 **Wir Jusos RLP kritisieren und lehnen folgende Vorschläge ab:**

- 125 1. Gewährung von Mitgliedsrechten für Nichtmitglieder. Die Entscheidung über wichtige
126 politische Fragen bleibt zentrales Recht des Mitglieds. Ohne diese Grenze macht
127 Partei keinen Sinn mehr und verliert die Partei ihre wichtige Funktion Raum für das
128 Prägen und den Streit um Positionen zu sein.
- 129 2. Einführung von Vorwahlen unter Beteiligung auch von Nichtmitgliedern. Selbst wenn
130 Delegiertenkonferenzen am Ende über den oder die KandidatIn entscheiden, ist deren

131 Legitimität durch im Vorfeld stattfindenden Vorwahlen entscheidend in Frage gestellt
132 und eine Farce. Die Entscheidung wird dann lediglich in anderen Hinterzimmern
133 stattfinden. Personalisierung wird im positiven, aber auch im negativen noch weiter
134 vorangetrieben, Medien und wirtschaftliche Interessen gewinnen einen noch größeren
135 Einfluss auf die KandidatInnenfindung, das Gegenteil von mehr Demokratie ist der
136 Fall.

137

138 **Vorschläge für die Bundes-SPD**

139

140 Wir Jusos RLP schließen uns folgenden Forderungen der Bundes-Jusos zum SPD
141 Erneuerungsprozess an, weil sie für uns ein mehr an Demokratie bedeuten:

142

143 **1. Präsidium abschaffen und so den Parteivorstand aufwerten.** Inhaltliche Positionen der
144 Bundespartei werden normalerweise in der engeren Parteiführung und anschließend im
145 Präsidium festgelegt. Im Parteivorstand, der eigentlich zwischen den Parteitag zuständig ist,
146 werden die Beschlüsse des Präsidiums häufig nur noch abgenickt. Eine offene inhaltliche
147 Diskussion ist nach der Festlegung des Präsidiums nicht mehr möglich, insbesondere weil
148 durch die derzeitige Zusammensetzung die wichtigsten Landesvorsitzenden nach einem
149 Beschluss auf Loyalität festgelegt sind. Das führt dazu, dass jede andere Meinung im
150 Parteivorstand als Generalangriff auf die Parteispitze missverstanden werden kann und wird.
151 Das Präsidium führt in der Praxis also schon längst nicht mehr – wie im Organisationsstatut
152 festgelegt – die Beschlüsse des Parteivorstands durch. Entsprechend wenig Bedeutung messen
153 viele Parteivorstandsmitglieder den Sitzungen bei.

154 Wir schlagen vor, das Präsidium abzuschaffen. Die inhaltliche Diskussionen findet damit im
155 Parteivorstand statt, der so aufgewertet wird. Für die organisatorische und politische
156 Geschäftsführung ist die engere Parteiführung zuständig. Das Präsidium ist dafür unnötig. Die
157 derzeitige Praxis entwertet nur den vom Bundesparteitag direkt gewählten Parteivorstand.

158

159 **2. Parteirat zum kleinen Parteitag aufwerten.** Der Parteirat ist eines der wenigen Gremien
160 auf Bundesebene, in dem nicht nur Berufspolitiker vertreten sind. Seine mediale und
161 innerparteiliche Wahrnehmung ist eher gering.

162 Wir schlagen vor, den Parteirat zum kleinen Parteitag aufzuwerten und ihm Beschlussrecht
163 einzuräumen. Um hierzu allen Landesverbänden und Bezirken ein Grundmandat einräumen
164 zu können, müsste er auf mindestens 100 Delegierte vergrößert werden. Zukünftig sollte der
165 Parteirat zwei bis dreimal im Jahr tagen. Um die Mitarbeit von berufstätigen Mitgliedern zu
166 erleichtern und mehr Beratungszeit zu ermöglichen, sollte der Parteirat zukünftig ganztägig
167 am Wochenende tagen. Der kleine Parteitag ersetzt auch den Arbeitsparteitag. Dieser hat sich
168 nicht bewährt. Wichtige Beschlüsse können nicht über ein Jahr aufgeschoben werden,
169 eintägige große Parteitage, die nur der medialen Inszenierung dienen, sind unangemessen und
170 keine innerparteiliche Willensbildung. Mit dem kleinen Parteitag können wir grundlegende
171 Entscheidungen für die Partei schneller und flexibler treffen.

172

173 **3. Bundesparteitag breiter aufstellen.** Die Mitgliederpartei SPD leistet sich von allen im
174 Bundestag vertretenen Parteien die wenigsten Delegierten auf dem Bundesparteitag.
175 Entsprechend ist es für Mitglieder der SPD am Schwierigsten zum Bundesparteitag delegiert
176 zu werden. Die Folge: Auf Bundesparteitagen sind vor allem Berufspolitiker delegiert.
177 “Einfache“ Mitglieder, besonders junge Leute und Migrantinnen und Migranten sind kaum

178 vertreten. Die Erfahrungen der meisten SPD-Mitglieder finden entsprechend keinen Eingang
179 in die Beratungen des Bundesparteitags.

180

181 Um ausreichend Zeit für Debatten zu haben, sollten Parteitage grundsätzlich mehrtägig sein.
182 Wir schlagen die Verdopplung der Delegiertenzahl vor, um mehr Mitgliedern eine realistische
183 Chance zu geben, als Delegierte am Bundesparteitag teilzunehmen. Mit einem aufgewerteten
184 Parteirat reicht ein mehrtägiger ordentlicher Bundesparteitag alle zwei Jahre aus.

185

186 **Vorschläge für die SPD RLP**

187 Wir Jusos schlagen folgende Änderungen bei der SPD RLP vor:

- 188 1. Neudefinition der Funktion der Antragskommission. Wir fordern eine Arbeitsgruppe
189 einzusetzen unter Beteiligung der Basis (VertreterInnen der OVn, UBn und Agn), um
190 das Aufgabenfeld der Antragskommission schriftlich festzuhalten. Die
191 Antragskommission soll insbesondere das Präsidium bei der Koordination der
192 Antragsberatung unterstützen und die inhaltlichen Debatten mit organisieren. Wir
193 wollen eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitsgemeinschaften der SPD.. Die
194 Abstimmung auf Parteitagen erfolgt über die Anträge bzw. Änderungsanträge und
195 nicht über das Votum der Antragskommission.
- 196 2. Direkte Delegiertenentsendung der Arbeitsgemeinschaften auf den Landesparteitag.
- 197 3. Abschaffung des Präsidiums der SPD RLP und Stärkung des SPD-Landesvorstandes.
- 198 4. Durchführung thematischer SPD-Landesvorstandssitzungen mit Vorbereitung
- 199 5. Weitere Stärkung des Parteirats als Ort inhaltlicher Diskussion. Jedoch müssen auch
200 die Entscheidungen des Parteirats ernstgenommen werden. Auf dem jeweils folgenden
201 Parteirat ist über die beschlossenen Inhalte und folgenden Diskussionen in anderen
202 Gremien und Gesellschaft ein kurzer Bericht zu erstatten. Mitglieder wollen sehen,
203 dass Beschlüsse weitergegeben werden und etwas bewirken.
- 204 6. Schaffung umfassender inhaltlicher Plattformen/Foren bei der SPD vor Ort, in den
205 Regionalverbänden und Unterbezirken.
- 206 7. Schaffung von festen, alljährlichen Bildungsangeboten inhaltlicher und methodischer
207 Natur.
- 208 8. Langfristigere Vorbereitung von Parteitagen in der Breite der Partei. Einhaltung von
209 Fristen. Anregung von frühen Delegiertenbesprechungen unter Einbeziehung von
210 ExpertInnen zu den Themen.

211

212 **Unseren Verband und besondere Aufgabe im Blick haben**

213 Wir Jusos RLP sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer
214 Richtungsverband. Wir sind auch Jugendorganisation der SPD. Deshalb wollen wir unser
215 Eigenleben und unsere enge Verknüpfung mit linken gesellschaftlichen BündnispartnerInnen
216 bewahren. Deshalb wollen wir aber auch unseren Beitrag mit den Vorschlägen und konkreten
217 Taten zur Erneuerung der SPD leisten. Beides gehört zusammen. Nur durch Kritik und
218 Diskussion werden wir vorankommen. Die Diskussion um die Struktur der SPD ist das eine,
219 die Diskussion um die inhaltliche Erneuerung das andere. Auch hier werden wir uns in den
220 nächsten Monaten und Jahren weiterhin kritisch zu Wort melden. In Sachen Rente,
221 Arbeitsmarkt, Steuern und Friedenspolitik.

222 Lasst uns gemeinsam für eine selbstbestimmte SPD, die weiß, wo sie her kommt, und weiß
223 wo sie hin will, kämpfen! Dazu brauchen wir selbstbestimmte Mitglieder!

03

AntragstellerIn: UB Koblenz

angenommen abgelehnt verwiesen an

1 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**

2

3 **Finanzsituation der Unterbezirke**

4

5 Die Landeskonferenz spricht sich nachdrücklich gegen die Kürzung oder generelle Streichung
6 der RPJ- Gelder von den Kommunen aus. Die Kürzung dieser freiwilligen Leistungen, ist in
7 Zeiten der Politikverdrossenheit nur kurzfristig eine Ersparnis.

8

9 Zudem soll der Landesvorstand Konzepte entwerfen um die Unterbezirke im Kampf für
10 deren finanzielle Handlungsfähigkeit zu unterstützen. Diese wird auch von den sinkenden
11 Zuschüssen von unserer Mutterpartei bedroht.

12

13 Begründung erfolgt mündlich

04

AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen, Jusos Ingelheim

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen:

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Aufarbeitung Sozialdemokratischer Geschichte

1
2
3 Der Landesvorstand der SPD Rheinland-Pfalz wird aufgefordert, zum 150. Jubiläum der
4 sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Geschichte der SPD in Rheinland-Pfalz in
5 Form einer verteilbaren Publikation aufzuarbeiten.

6
7 Eine Sonderpublikation soll sich mit den sozialdemokratischen Widerstandskämpfern aus
8 Rheinland-Pfalz auseinandersetzen.

9
10 Der Landesvorstand der SPD Rheinland-Pfalz wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
11 die Geschichte des antinazistischen Widerstandes in Rheinland-Pfalz weiter aufgearbeitet
12 wird. Eine ausführliche Auseinandersetzung könnte in Zusammenarbeit mit der
13 Landeszentrale für politische Bildung und den Hochschulen des Landes erfolgen.

Begründung:

14
15 Im Jahr 2013 feiert die sozialdemokratische Partei Deutschland ihren 150. Geburtstag. Dies
16 ist genug Anlass für die älteste Partei Deutschlands, die Geschichte Revue passieren zu
17 lassen. Eine Aufarbeitung der sozialdemokratischen Geschichte könnte gemeinsam mit der
18 Friedrich-Ebert-Stiftung erfolgen und in Form eines Buches publiziert werden.

19
20
21 Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Zeit des Nationalsozialismus zu legen. Es gab auch
22 in Rheinland-Pfalz einen sozialdemokratischen Widerstand, der maßgeblich durch
23 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Gewerkschafter beeinflusst wurde. Zu
24 nennen sind hier beispielsweise Jakob Steffan, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Alfred
25 Freitag und Ludwig Schwamb. Ihre Biografien und ihre achtvollen Taten sollten geschichtlich
26 aufgearbeitet und publizistisch ausgearbeitet werden.

27
28 Darüber hinaus ist die Zeit des rheinland-pfälzischen Widerstandes bisher nur wenig
29 aufgearbeitet. In einer Kooperation mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung, der
30 Landeszentrale für politische Bildung sowie den Hochschulen des Landes soll der Widerstand
31 in Rheinland-Pfalz aufgearbeitet werden.

05

AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen, Jusos Ingelheim

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen:

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Organisationsreform der Jusos

1. Der Landesvorstand der Jusos Rheinland-Pfalz wird in den kommenden Monaten eine Arbeitsgruppe zur Organisations- und Strukturreform der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ins Leben rufen.
2. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, die Struktur und die Arbeitsabläufe der Jusos zu überprüfen. Dabei haben die Strukturen den tatsächlichen Umständen Rechnung zu tragen und sind beteiligungsfreundlich auszugestalten.
3. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern von Landesvorstand, den Regionalverbänden und dem Landesausschuss zu gleichen Teilen zusammen.
4. Die Arbeitsgruppe legt ihre Vorschläge bis zum Sommer 2012 dem Landesausschuss zur Beratung und anschließend der ordentlichen Landeskonferenz zur Beschlussfassung vor.
5. Die Arbeitsgruppe soll unter anderem folgende Bereiche überprüfen:
 - a. Innerparteiliche Integration der Jusos
 - b. Arbeitsabläufe und Meinungsbildung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft
 - c. öffentliche grundrechtliche Rahmenbedingungen der Jusos

Begründung:

Die Partei diskutiert momentan über eine Organisations- und Strukturreform. Die Jusos beteiligen sich intensiv an dieser Diskussion. Die Organisations- und Strukturreform, die einen Prozess zur stärkeren Einbindung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie zur Gewinnung und Aktivierung neuer Mitglieder, darstellt, kann vor den Arbeitsgemeinschaften nicht Halt machen. Vielmehr müssen die Arbeitsgemeinschaften innerhalb ihrer eigenen Grenzen die Arbeitsabläufe, die Struktur und die Willensbildung auf die tatsächlichen Gegebenheiten überprüfen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren. Die Mitgliederzahl ist gesunken, die Zahl der Aktiven sinkt ebenfalls. Die Gründe hierfür sind sicherlich facettenreich. Dennoch müssen die Jusos sich diesen veränderten Umständen annehmen und Konsequenzen daraus ziehen. Die Struktur und die Organisation ist diesen Umständen anzupassen.

06

AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen, Jusos Ingelheim

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen:

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Mehr Beteiligung

Der Landesvorstand wird beauftragt, geeignete Anreizmodelle zur stärkeren politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien zu entwickeln. Insbesondere folgende Maßnahmen sollen geprüft werden:

- Die Angebote des Bildungsprogramms der Jusos Rheinland-Pfalz (gemeinsam mit den Jusos Saarland) sollen derart gestaltet werden, dass auch finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche an dem Seminarangebot teilnehmen können.
- An Delegationsfahrten sollen vermehrt benachteiligte Kinder und Jugendliche teilnehmen. Zum Zwecke dieses Ziels sind geeignete Maßnahmen seitens des Landesvorstandes zu entwickeln. Insbesondere bei der Werbung und im Bewerbungsverfahren können für eine solche Fahrt Möglichkeiten geschaffen und Hürden abgebaut werden.
- Auch bei der Vergabe von Mitteln aus dem Innovationsfonds sollen solche Projekte, die eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Verhältnissen vorsehen und fördern, bevorzugt werden.

Sollte die Prüfung zu dem Ergebnis kommen, dass die konkreten Maßnahmen finanziell nicht darstellbar sind, soll gemeinsam mit der Staatskanzlei, dem Ring politischer Jugend, sowie der Landeszentrale für politische Bildung nach Lösungsansätzen gesucht werden.

Begründung:

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die konkret von Armut und sozialer Benachteiligung betroffen sind, ist nach wie vor steigend. Immer mehr Jugendliche und junge Heranwachsende sind von Armut betroffen und müssen jede einzelne finanzielle Dispositionen genau überlegen.

Sozialdemokratische Bildungspolitik geht jedoch von dem Grundsatz der Chancengleichheit aus. Es geht darum auch benachteiligten Kindern und Jugendlichen eine Chance zu geben, an der politischen Bildung teilzuhaben. Auch politische Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Dieser Grundsatz muss auch für unsere eigene Bildungspolitik gelten. Die Jusos Rheinland-Pfalz bieten seit vielen Jahren ein überaus erfolgreiches Bildungsprogramm an. Die attraktiven Seminare tragen zur politischen Bildung innerhalb des Verbandes bei. Dieses Angebot muss auch gegenüber benachteiligten Kindern und Jugendlichen geöffnet werden.

Über eine Kooperation mit den Falken und der Arbeiterwohlfahrt sollte nachgedacht werden.

07

AntragstellerInnen: UB Alzey-Worms

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen:

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **„Migrantenquote“ ist Unsinn!**

2
3 Wir fordern die SPD und die Jusos auf, die vom Parteivorstand auch für alle weiteren
4 Gremien vorgeschlagene „Migrantenquote“ abzulehnen und nicht vor Ort umzusetzen.

5
6 Vielmehr wünschen wir uns ernstzunehmende Vorschläge für eine Integrationspolitik, die
7 nicht wie Aktionismus nach einem fehlgeschlagenen Ausschlussverfahren aussieht.

8
9 Hierzu gehören zum Beispiel Reformen im Bereich
10 a) des Wahlrechts.
11 b) der Staatsbürgerschaft.
12 c) der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen.

13
14 Begründung:

15 Alleine der Zeitpunkt, zu dem die sogenannte „Migrantenquote“ in die Debatte eingebracht
16 wurde, ist abenteuerlich und trägt nicht zur Akzeptanz bei: Wer statt mit ausgereiften Ideen in
17 einer wichtigen Thematik lediglich mit sich selbst im Rahmen eines Parteiordnungsverfahrens
18 beschäftigt ist, verfehlt das Wesentliche.

19
20 Einer sozialdemokratischen Partei muss es um wirkliche Partizipation im Alltag von
21 Migrantinnen und Migranten gehen.

22
23 Dass der Parteivorstand sich hierbei an die Vorgaben des Statistischen Bundesamtes halten
24 möchte, erscheint zudem wenig zielführend. Jemand, der/die bereits in der dritten Generation
25 in Deutschland lebt, kann häufig nur noch wenig beitragen über das, was unsere Partei
26 beschäftigen sollte: Wie ist es in einem fremden Land, in dem man weder geboren ist noch
27 dessen Sprache man hinreichend spricht? Wie kann man möglichst zügig Anschluss finden
28 und kommunizieren? Wird mein Abschluss akzeptiert? Die dritte Generation geht hier zur
29 Schule und spricht in einigen Fällen nur noch die deutsche Sprache. Die Frage ist, ob wir
30 dadurch die Personen erreichen, die wir erreichen möchte.

31
32 Die Ziele sind löblich, jedoch bleibt eine Quote der letzte Weg in einer Struktur, die
33 diskriminierend und ausgrenzend wirkt. Das ist innerhalb der SPD nicht der Fall. Es sollte
34 eine Selbstverständlichkeit sein, Integration aktiv zu leben und dabei MigrantInnen den Weg
35 in Parteiämter nicht zu verwehren. Dafür brauchen wir dieses Instrument nicht.

36
37 Weitere Begründung erfolgt, sofern gewünscht, mündlich.
38

R 1

AntragstellerInnen: Landesvorstand 2010/2011

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: AUF, die Welt

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **We are all AUF!**

2

3 Am 23. Juli 2011 erschoss ein rechter Terrorist 68 SozialistInnen und SozialdemokratInnen
4 auf der Insel Utoya in Norwegen und tötete kurz zuvor durch einen Sprengsatz vor dem
5 Regierungsbäude in Oslo 8 weitere Menschen. Diese Tat hat uns tief getroffen. Wir trauern
6 mit den Angehörigen der Opfer und unseren GenossInnen von AUF!

7

8 Dort wurden Menschen getötet, die wie wir einige Tage später für soziale Gerechtigkeit,
9 Weltoffenheit und Demokratie auf dem IUSY-Festival, auf eine Sommercamp ohne Schutz,
10 ihre Ideale einer anderen Welt gemeinsam diskutierten und stark machen wollten. Der Tod
11 unserer GenossInnen hat uns umso stärker deshalb getroffen, weil dieser Attentäter gegen alles
12 ist wofür wir jeden Morgen aufstehen und kämpfen. We are all AUF!

13

14 Politisch wissen wir, dass wir uns den Anfängen rechten Denkens, auch in der Mitte unserer
15 Gesellschaft erwehren müssen um Taten wie diese nie wieder geschehen zu lassen. Dies ist
16 kein Verrückter, der umherirrte, hinter dieser Tat verbirgt sich ein gefährliches Weltbild. Ein
17 rechtes, menschenfeindliches Weltbild, welches überall in Europa und der Welt auf dem
18 Vormarsch ist!

19

20 Jens Stoltenberg, der norwegische Ministerpräsident, nannte Utoya sein Paradies der Jugend.

21

22 Die Antwort Stoltenbergs auf die Zerstörung seines Paradieses war diese:

23 **„Unsere Antwort: Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“**

24

25 Wir Jusos RLP verurteilen diese Tat und werde nicht aufhören für eine andere gerechte Welt
26 an der Seite AUFs und unserer vielen GenossInnen weltweit zu kämpfen!

30 Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung lässt sich aber auch ein Phänomen beobachten,
31 das genuin politischer Natur ist. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten benutzen
32 europaweit islam und muslimfeindliche Polemik, um zunehmend massiv gegen die
33 muslimischen Minderheiten in ihren jeweiligen Ländern zu mobilisieren. In der Schweiz
34 beschlossen die Eidgenossen am 29. November 2009 mit einer Mehrheit von 57, 5 % der
35 Stimmen das Verbot der Errichtung von Minaretten; am 9. Juni 2010 errang der als
36 „Islamhasser“ in den Medien bekannte Geert Wilders mit seiner Freiheitspartei und
37 unverhohlenen islamfeindlicher Agitation einen Wahlerfolg bei den Parlamentswahlen in den
38 Niederlanden³. Islamfeindliche Parolen verhalfen auch den „Schwedendemokraten“ zum
39 Einzug in den Reichstag bei den schwedischen Parlamentswahlen am 19. September 2010
40 und trugen ihnen zugleich ihr bestes Wahlergebnis ein⁴.

41
42 Und auch in Deutschland gründete das Ex- CDU- Mitglied René Stadtkewitz mit
43 Gleichgesinnten am 28. Oktober 2010 die sog. „Freiheitspartei“, die eine starke anti-
44 islamische Akzentsetzung aufweist. Mit dieser Partei beabsichtigt er zudem, an der für den
45 18. September dieses Jahres angesetzten Landtagswahl in Berlin teilzunehmen.

46
47 Der Unterbezirk Neuwied fordert daher die Aufnahme der Islamfeindlichkeit als spezifischer
48 Ausprägung des Rechtsextremismus bzw. des Rechtspopulismus in das Unterrichtsprogramm
49 für Sozialkunde an Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien.

50
51 Konkret sollen sich SozialkundeführerInnen in zwei bis maximal vier Unterrichtsstunden mit
52 dem politischen Phänomen der Islamfeindlichkeit auseinandersetzen. Zwar ist sich der
53 Unterbezirk durchaus der Tatsache bewusst, dass auch jetzt schon Rechtsextremismus bzw.
54 Rechtspopulismus⁵ an Schulen thematisiert wird.

55
56 Allerdings erscheint dem Unterbezirk die bisher an Schulen stattfindende Auseinandersetzung
57 mit dem Rechtsextremismus als überholt, gerade und wegen der Tatsache, dass aufgrund der
58 bisher nicht ausdrücklichen Beschäftigung mit dem politischen Phänomen Islamfeindlichkeit
59 auch nicht herausgestrichen werden konnte, dass es sich bei Islamfeindlichkeit um eine
60 Facette des rechtsextremistischen bzw. rechtspopulistischen Repertoires handelt; eine Facette,
61 die in bestimmten Teilen der Gesellschaft Anklang findet und daher eine erwiesene
62 mobilisierende Wirkung besitzt.

63

³ Wilders errang 15,5 % der Stimmen und 24 Sitze in der Tweede Kammer, der zweiten Parlamentskammer der Niederlande. Die von ihm am 22. Februar 2006 gegründete PVV (Partij voor de Vrijheid) wurde nach der VVD (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) die zweitstärkste parlamentarische Kraft der Niederlande. Außerdem ist Wilders seit dem 2. Oktober 2010 indirekt an der niederländischen Regierung beteiligt, weil die aus VVD und CDA (Christen Democratisch Appel) bestehende Koalitionsregierung auf seine Duldung angewiesen ist, um regieren zu können.

⁴ Die Schwedendemokraten kamen auf 5,7 % der Stimmen.

⁵ Auch wenn Rechtspopulisten Minderheiten immer wieder verbal ausgrenzen, auch wenn ihre Wortwahl in vielen Fällen verantwortungslos, inakzeptabel und unentschuldigbar ist, der Unterbezirk Neuwied möchte keineswegs eine Gleichsetzung der politischen Phänomene Rechtspopulismus und Rechtsextremismus betreiben. Rechtspopulisten bedienen sich zwar einer Minderheiten verunglimpfenden Wortwahl, akzeptieren aber mehrheitlich zumindest den demokratischen Rahmen, der ihnen diese Form der „Meinungsäußerung“ erst ermöglicht, während Rechtsextremisten die Beseitigung der demokratischen Ordnung und die Errichtung einer Diktatur anstreben. Der Unterbezirk Neuwied hat sich in vielen Fällen für die Formulierung Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus entschieden, um anzuzeigen, dass sich das die Muslime abwertende Vokabular von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten kaum oder nur geringfügig unterscheidet.

64 Um zukünftige oder auch schon aktuelle WählerInnen für islamfeindliche Parolen und gegen
65 diese neue Gestalt des Rechtsextremismus bzw. des Rechtspopulismus zu sensibilisieren,
66 bedarf es nach Einschätzung des Unterbezirkes Neuwied der gesonderten Behandlung des
67 Phänomens Islamfeindlichkeit in einem schulischen Rahmen. Diese Forderung soll
68 keineswegs zur Vernachlässigung anderer wichtiger Aspekte des Rechtsextremismus bzw. des
69 Rechtspopulismus führen, vielmehr das Verständnis bald oder auch jetzt schon politikfähiger
70 Jugendlicher für die Phänomene Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus vervollständigen.
71 Auch geht es dem Unterbezirk Neuwied keineswegs darum, Meinungsfreiheit zu zensieren,
72 indem man reflexartig Islamkritik unter prinzipiellen Extremismus- Verdacht stellt, sondern
73 die Fähigkeit werdender Erwachsener zu entwickeln, zw. im Einzelfall berechtigter und
74 legitimer Kritik an Muslimen und entwürdigender und ausgrenzender anti- muslimischer
75 Polemik zu differenzieren.
76
77 Die Umsetzung der Forderung nach einer expliziten Auseinandersetzung mit dem politischen
78 Phänomen Islamfeindlichkeit verursacht überdies keinen von der Landesregierung RLP
79 aufzubringenden finanziellen Mehraufwand. Denn angesichts der überschaubaren
80 Stundenzahl können sich die entsprechenden SozialkundeführerInnen mittels privater
81 politischer Weiterbildung, d. h. auch ohne Inanspruchnahme kostenpflichtiger
82 Weiterbildungsangebote, die für die Unterrichtserteilung notwendige erweiterte
83 Fachkompetenz erwerben

Rex2

AntragstellerInnen: UB Trier-Saarburg , UB Trier

angenommen

abgelehnt

verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Flagge zeigen – öffentliches Bekenntnis der SPD**
2 **gegen Naziaufmarsch in Dresden**
3

4 Wir fordern den SPD-Bundesvorstand dazu auf, die jährlichen Naziaufmärsche, vor allem die
5 Großdemo in Dresden, die sich zur Märtyrerveranstaltung der europäischen Rechten
6 entwickelt hat, öffentlich zu verurteilen. Jedes SPD-Mitglied ist in der Pflicht, für unsere
7 freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen. Auch die SPD-Bundestagsfraktion
8 muss sich entschieden gegen diese Demonstrationen positionieren und sich dafür einsetzen,
9 dass weiterhin ausreichend Mittel für den Kampf gegen Rechts bereitgestellt werden und es
10 endlich zum einem NPD-Verbot kommt. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten soll sie sich dafür
11 einsetzen, dass es Rechtsextremem so schwer wie möglich gemacht wird, solche
12 Demonstrationen zu organisieren.

13
14 AntifaschistInnen, die sich öffentlich und aktiv gegen Rechtsextremismus einsetzen und
15 Gegendemonstrationen organisieren, dürfen nicht weiter kriminalisiert werden.

16 Wir fordern die SPD auf, geschlossen zu ihrem Bekenntnis zum Grundgesetz zu stehen.
17

18 Begründung:

19 Das Einstehen Teilen der SPD für die Demokratie im Kampf gegen Rechtsextreme darf nicht
20 weiterhin so halbherzig sein. In einer Zeit, in der Populisten mit einem Klima der Furcht und
21 der sozialen Abstiegsangst spielen, um Wählerstimmen einzuheimsen, muss die SPD sich klar
22 zu ihren Werten und sich daher für die einsetzen, die für Demokratie eintreten. Damit bekennt
23 sich die SPD zu ihrer antifaschistischen Tradition und gedenkt so aller Opfer, die im Kampf
24 für Freiheit und Gerechtigkeit ihr Leben gelassen haben.

Rex3

AntragstellerInnen: UB Mainz-Bingen, Jusos Ingelheim

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen:

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Gedenkarbeit

1
2
3
4
5
6
7
8
9

Der Landesvorstand wird beauftragt, sich intensiv mit der Gedenkstättenarbeit und der Gedenkkultur in Rheinland-Pfalz auseinanderzusetzen. Im Rahmen einer Konferenz/Arbeitstagung soll die Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit anderen Vereinen, Jugendorganisationen und Institutionen, die Gedenkarbeit betreiben, analysiert werden. Es soll der Versuch unternommen werden, einen landesweiten Maßnahmenkatalog zu entwickeln.

10 Dabei sollen insbesondere Berücksichtigung finden:

- 11 ➤ Zentrale Gedenkstätte in der Landeshauptstadt Mainz
- 12 ➤ Spezielle Gedenkstätten für verfolgte Minderheiten (Juden, Sinti und Roma, politisch Verfolgte, Homosexuelle)
- 13 ➤ Stolpersteine in den rheinland-pfälzischen Städten

15

Begründung:

17 Der Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz fehlt momentan ein roter Faden. Viele Kommunen beschäftigen sich intensiv mit dem Thema, jedoch oftmals nur auf die eigenen Gebietsgrenzen gezogen. Es fehlt an einem landesweiten Maßnahmenkatalog, der alle Bereiche der Gedenkarbeit berücksichtigt. Damit sollen regionale Initiativen nicht ausgebremst werden. Vielmehr geht es darum, zentrale Orte des Gedenkens in den großen rheinland-pfälzischen Städten - beispielsweise Mainz, Koblenz, Trier, Ludwigshafen, Kaiserslautern - zu diskutieren und gegebenenfalls umzusetzen.

24

25 Ein landesweites Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus in der Landeshauptstadt Mainz wäre ebenso sinnvoll, wie kleinere Gedenkenorte in den Städten Koblenz, Trier, Ludwigshafen und Kaiserslautern.

28

29 Vielerorts werden die Stolpersteine diskutiert und eingesetzt. Leider ist auch hier bisher keine auch nur annähernd einheitliche Politik zu erkennen. Die Landespolitik kann lediglich als Vermittler agieren.

31

S1

AntragstellerInnen: Tamara Breitbach, Johannes Gorges, Anna Gros, Dominique Jaxx, Fabian Löffler, Dominik Merz, Daniel Richardt, Andreas Schleimer, Stefan Schmitz, Tobias Zejewski

angenommen abgelehnt verwiesen an

- 1 **Die Landeskonferenz möge beschließen:**
- 2
- 3 **Ordentliche Landeskonferenz alle 2 Jahre**
- 4
- 5
- 6 Änderung der Satzung §3 Abs. 3 Satz 1:
- 7
- 8 *„Die ordentliche Landeskonferenz findet alle 2 Jahre statt.“*
- 9
- 10 Begründung erfolgt mündlich.

S2

AntragstellerInnen: UB Trier

angenommen abgelehnt verwiesen an

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

AdressatInnen: Juso Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

**Umbenennung der Kommission AntiFa und Inneres
in AntiFa, Migration und Inneres**

Unsere Forderungen kompakt

1. Wir Jusos fordern den Landesvorstand der Jusos RLP auf, die Kommission AntiFa und Inneres umzubenennen in AntiFa, Migration und Inneres.

Im Einzelnen:

Das Themenfeld Antifaschismus und Inneres ist bekanntlich sehr breit. Die tatsächlichen Themen der Kommission gehen über den Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus hinaus. Laut Selbstauskunft schließt es Themen wie Migration und Asyl mit ein. Dies wird durch den Namen nach außen hin jedoch nicht transportiert. An der politischen Thematik Migration sind noch andere grundlegende Fragen geknüpft, die nur partiell etwas mit dem Kampf gegen Rechts zu tun haben. Es sind vielmehr Fragen nach einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft, sprich der Integration von Migranten. Diese Problematik gehört zu einer DER Herausforderungen in der deutschen Gesellschaft. Diese Einsicht sollte auch schon im Namen der Kommission kenntlich gemacht werden.

Begründung: erfolgt mündlich

WiSo1

AntragstellerInnen: UB Mainz

angenommen abgelehnt verwiesen an

Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Gesellschaftsdienst

Unbenommen der Beschlusslage bezüglich der Abschaffung von Bundeswehr und Wehrpflicht, halten wir die von der derzeitigen Regierung veranlasste bloße Aussetzung der Wehrpflicht insbesondere im Hinblick auf den dadurch ebenso wegfallenden Zivildienst in dieser Form für eine Fehlentscheidung.

Das momentan bestehende Chaos aus Bundesfreiwilligendienst, Freiwilligem Sozialen Jahr, Freiwilligem Ökologischem Jahr, weltwärts, kulturweit und AdiA ist zu einer gemeinsame Struktur eines verpflichtenden Gesellschaftsdienst zu reformieren.

Der soziale Dienst setzt ein Zeichen gegen die immer größere Egozentrik und Leistungsorientierung in unserer Gesellschaft. Junge Menschen erhalten dadurch die Gelegenheit für eine bestimmte Zeit aus dem bestehenden System auszubrechen, eine neue Perspektive auf das Leben einzunehmen, zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten heranzuwachsen und gleichzeitig einen wertvollen und sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, einen Platz im sozialen Gefüge einzunehmen und der Gesellschaft somit etwas zurückzugeben. Gleichzeitig können die sozialen Einrichtungen und damit letztlich die Gesamtgesellschaft stark von diesem Dienst profitieren.

Die Umstrukturierung der bisherigen Pflichtdienste hat unter Berücksichtigung folgender Parameter zu erfolgen:

- Mit Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. am Ende der schulischen oder betrieblichen Ausbildung (vgl. Regelung ehem. Zivil-/Wehrdienst) ist eine verpflichtende soziale Dienstzeit zum Wohle der Gesellschaft abzuleisten. In Einzelfällen, wie Schwerstbehinderung, langwierige Krankheit, Schwangerschaft oder ähnlich gelagerten Fälle kann man von diesem Dienst freigestellt werden.
- Die Vergütung ist an den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen. Grundlage ist die bisherige Vergütung im Zivildienst. Wird wegen der Stelle umgezogen oder der Dienst im Ausland ausgeführt ist der Betrag dementsprechend an die jeweiligen Lebensverhältnisse anzugleichen.
- Die Länge der Dienstzeit kann den Wünschen der Dienstleistenden entsprechend mindestens 9 bis 12 Monate betragen. Eine Verlängerung bis maximal 2 Jahre ist zu ermöglichen..
- Im Sinne der Gleichberechtigung ist der Dienst von Frauen und Männern abzuleisten.

- 40 ➤ In keinem Fall dürfen reguläre Arbeitsverhältnisse durch den Dienst abgebaut oder
41 reduziert werden
42
- 43 ➤ Bei der genaueren Ausgestaltung des Dienstes ist den Dienstleistenden die Wahl aus
44 einer großen Vielzahl von Optionen anzubieten, die von gesellschaftlicher Bedeutung
45 sind.
46

47 Beispiele für die Umsetzung der Dienstzeit wären:
48

- 49 1. Arbeit in sozialen Einrichtungen (Pflege, Gesundheit, Bildung, Betreuung etc)
- 50 2. Arbeit im Bereich Umwelt, Natur und Tierschutz
- 51 3. Verpflichtung für Feuerwehr oder THW
- 52 4. Dienst im Ausland im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit oder parallel
53 zu auch in Deutschland zugelassenen Einsatzstellen
- 54 5. andere bislang im Rahmen von Zivildienst/ FSJ/ FÖJ etc.
55 geleistete Arbeiten
56
57

58 Die Maßnahmen zur politischen Bildung und gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung, die
59 es bislang für Zivil- und Wehrdienstleistende in Form von verpflichtenden Schulungen gab,
60 sollen unbedingt beibehalten und ausgeweitet werden.
61

62 Begründung:

63 Unsere Gesellschaft entwickelt sich immer mehr zu einem System, in dem es für junge
64 Menschen ausschließlich darauf ankommt in kürzester Zeit immer mehr Leistung in einem
65 nach wirtschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen vordefinierten System zu erbringen.
66

67 Die höchst problematische Einführung des Bachelor/ Mastersystems, welches keine
68 Möglichkeiten mehr zur eigenen Entfaltung lässt und der nur für die nächsten ECTS-Punkte
69 gelernt wird sind hinlänglich bekannt. Auch die Verkürzung der Schulzeit bis zur
70 Allgemeinen Hochschulreife mit teilweise noch ausgeweiteten Lernplänen in vielen
71 Bundesländern oder die explosionsartigen Erfolge von besonderen Baby-
72 Bildungseinrichtungen zeugt von der Problematik. Ergebnis sind Kinder, die bereits im
73 frühesten Alter nach Terminkalender leben, GrundschülerInnen, deren Leben darin besteht die
74 Versetzung auf das Gymnasium oder das Abitur zu erreichen und ansteigende Zahlen von
75 Burn-out und Depressionen bei Jugendlichen.
76

77 Für uns ist Bildung mehr als Ergebnisse der letzten Prüfung. Bildung hat der persönlichen
78 Entwicklung, nicht der Wirtschaft zu dienen. Der menschlichen Verwertungslogik muss
79 gesellschaftliche als auch von staatlicher Seite Einhalt geboten werden! Ein allgemeiner
80 Gesellschaftsdienst stellt einen solchen Schritt dar.
81

82 Für die Jugendlichen besteht darin die Möglichkeit, nach ihrem Abschluss inne zu halten, ihr
83 weiteres Leben zu planen und sich zu überlegen, welchen Beruf sie ergreifen möchten. Viele
84 werden vielleicht erst durch ihre Tätigkeit im sozialen Bereich während der Dienstzeit für
85 diesen interessiert.

86 Zudem kann der Dienst die jungen Menschen dazu bringen, ihr Verhältnis zu Staat und
87 Gesellschaft zu reflektieren und sich ihrer solidarischen Pflichten gegenüber der Gesellschaft
88 bewusst zu werden.

89

90 Das große Potential, welches in einem solchen System stecken könnte wird aktuell zu einer
91 farce:

92

93 Durch die überstürzte Aussetzung des Zivildienstes ist in vielen sozialen Einrichtungen ein
94 massives Problem aufgetreten ihre Angebote weiter aufrecht zu erhalten, da die
95 Zivildienstleistenden nicht durch genügend Freiwillige ersetzt werden konnten und häufig das
96 Geld fehlt, um "normales" Personal in gleichem Umfang einzustellen. Auf der Strecke
97 bleiben die sozial Bedürftigen, welche sonst in großer Zahl von Zivildienstleistenden versorgt
98 wurden.

99

100 Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes hat dieses Problem nicht lösen können. Es
101 konnten zwar 17.300 Freiwillige gewonnen werden, jedoch sind 14.300 davon Freiwillige, die
102 ihren Zivildienst verlängert haben. Somit sind lediglich 3000 Freiwillige neu hinzugewonnen
103 worden. Weiterhin wurde eine Konkurrenz zum Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr
104 (FSJ/FÖJ) geschaffen; so entstehen unnötige Doppelstrukturen, da zwei im Grunde gleiche
105 Dienste künstlich getrennt wurden. Während an einer Stelle verzweifelt nach Freiwilligen
106 gesucht wird, wurde das Budget des FSJ im Ausland als auch weltweit massiv gekürzt.
107 Ergebnis ist, dass dieses Jahr von den ca 10.000 Freiwilligen nicht annähernd die Hälfte mit
108 einem der begehrten Plätze versorgt werden konnten.

109

110 Bei der Schaffung bzw. Wiedereinrichtung der Dienststellen ist natürlich darauf zu achten,
111 dass keine normalen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen verdrängt werden.

112

113 Die Dienstleistenden erbringen ihre Arbeitskraft gerade als ‚Dienst‘ an der Gesellschaft und
114 werden somit grundsätzlich nicht für ihre Arbeitsleistung entlohnt. Die gezahlte Vergütung
115 stellt insofern keinen Lohn, sondern eher ein von Staat und Arbeitsstelle zur Verfügung
116 gestelltes ‚Taschengeld‘ dar, das dem Dienstleistenden die normale gesellschaftliche Teilhabe
117 über das Existenzminimum hinaus gewährleisten soll.

118

119 **Weitere Begründung bei Bedarf mündlich**

WiSo2

AntragstellerInnen: UB Koblenz

angenommen

abgelehnt

verwiesen an
.....

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Jusos RLP sind für eine Zusammenlegung des FSJ und vergleichbare Angebote mit dem
- 2 neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienst. Dies schafft die unübersichtliche Anzahl der
- 3 Angebote ab, und unterbindet deren sinnlosen Konkurrenzkampf.
- 4
- 5 Zu dem soll der neue Freiwilligendienst genauso bezahlt werden, wie früher der Zivildienst.
- 6 Also eine Erstattung der Unterkunftskosten, Fahrtkosten und zusätzlich einen Lohn der mit
- 7 der Dauer der Tätigkeit ansteigt.
- 8
- 9 Begründung erfolgt mündlich
- 10

WiSo3

AntragstellerInnen: Landesvorstand 2010/2011

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesvorstand, Finanzminister Rheinland-Pfalz, SPD-Landtagsfraktion, BündnispartnerInnen der Jusos RLP

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Für einen starken Staat! Er ist notwendig!**

2

3 **Die aktuelle Debatte**

4 Die Debatte um die öffentlichen Haushalte ist geprägt von Fragen der Staatsverschuldung-
5 Steuersenkungswünsche der FDP auf der einen Seite und Konsolidierungsbestrebungen von
6 CDU und SPD auf der anderen stehen sich gegenüber. Von „Generationengerechtigkeit“ und
7 nachhaltigem Haushalten ist die Rede. Man müsse sparen und konsolidieren um den
8 zukünftigen Generationen nicht einen großen Zinsen- und Schuldenberg zu hinterlassen.

9

10 Doch seit ein paar Jahren, spätestens seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007,
11 findet in Teilen der Gesellschaft und auch in Teilen der SPD ein Umdenken statt. So wurde
12 auf Initiative der Jusos 2009 eine Vermögenssteuer auf dem Bundesparteitag beschlossen. Die
13 Krise hat soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaften in den letzten Jahren eher noch
14 verschärft. Sie hat zentral mit dazu beigetragen, dass sich Staaten massiv verschulden
15 mussten. Die zentrale Frage, um die sich die Debatte um ein gerechtes Steuersystem und
16 einen starken Staat drehen muss, ist jedoch die Frage danach, wie wir leben, arbeiten und
17 wirtschaften wollen und an welchen Stellen Investitionen notwendig sind, um diese
18 Veränderungen möglich zu machen. Denn Generationengerechtigkeit bedeutet für uns,
19 unseren Nachkommen keinen Trümmerhaufen der Infrastruktur, ein unzugängliches und
20 undurchlässiges Bildungssystem, Armut, soziale Spaltung und die Auswirkungen des
21 Klimawandels zu hinterlassen! Wer glaubt, dies ließe sich durch einen Sparzwang lösen, der
22 hat gesamtökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge nicht verstanden. In einem
23 zweiten Schritt schauen wir, welches Steuermehraufkommen dazu benötigt wird und wie wir
24 es möglichst gerecht im Sinne „Starke Schultern tragen mehr!“ ausgestalten.

25

26 **Starker Staat**

27 Für uns Jusos muss ein Staat ein starker Staat sein, der sich am Gemeinwohl der Leute
28 orientiert und für diese da ist. Denn nur „reiche Leute können sich einen schwachen Staat
29 leisten“. Er stellt öffentliche Güter zur Verfügung, von denen niemand ausgeschlossen sein
30 darf und die flächendeckend gegeben sein müssen.

31

32 Ein starker Staat muss soziale Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger bieten. Menschen
33 dürfen im Falle der Arbeitslosigkeit nicht in Armut rutschen. Auch beim Krankheitsfall und
34 Eintritt in die Rente hat der Staat die Aufgabe, Risiken kollektiv solidarisch abzusichern.
35 Medizinische Versorgung muss Aufgabe staatlicher Träger sein. Ein starker Staat finanziert
36 auch strukturelle wirtschaftliche Wandel wie die Energiewende. Er sorgt dafür, dass die

37 Lasten der Wende zu erneuerbaren Energien nicht auf die niedrigeren Einkommen und
38 ökonomisch Schwächeren abgewälzt werden.

39
40 Er hat für die Versorgung und Mobilität der Menschen zu sorgen. Wasser- und
41 Abwasserversorgungen dürfen nicht privatisiert werden, wie dies in z.B. in Frankreich oder
42 Berlin zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger geschehen ist. Wasser ist Allgemeingut, das
43 für alle da ist. Auch darf die Mobilität der BürgerInnen nicht den Profitinteressen großer
44 Konzerne unterworfen werden. Die Bahn ist und hat in Staatshand zu bleiben. Beim ÖPNV
45 müssen auch unrentable Strecken aufrechterhalten und die Fahrpreise niedrig gehalten
46 werden, um die ländlichen Gebiete nicht von den Ballungszentren abzuschneiden.
47 Fahrpreissteigerungen und Streckenausdünnungen führen nur zu einem weiteren Rückgang
48 der ÖPNV-Nutzung.

49
50 Ein starker Staat hat auch für die kulturelle und soziale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger
51 zu sorgen. Die Schulschließung von Schwimmbädern, Theatern und Sozialräumen oder
52 dramatische Preiserhöhungen schließen vor allem untere Einkommenschichten von deren
53 Nutzung aus.

54

55

56 **Was wir dringend brauchen**

57

58 ➤ **Investitionen in Bildung**

59 Nach den letzten OECD-Studien ist unser Bildungssystem chronisch unterfinanziert
60 und zählt auch nicht zu den durchlässigsten. Dies merken wir auch, wenn wir uns die
61 aktuelle Situation an Universitäten und Schulen und die Proteste der
62 Bildungstreikenden betrachten. Nach Berechnungen der Gewerkschaften beläuft sich
63 der Mehrbedarf auf ca. 30 Milliarden Euro.

64

65 Investitionsbedarf im Einzelnen:

66 -flächendeckender Ausbau der Kita-Plätze für 3 und unter 3jährige

67 -flächendeckend Ganztagschulen

68 -mehr Studienplätze, freier Masterzugang, verbesserte Lehrbedingungen, Ausweitung
69 der staatlichen Studienfinanzierung

70 -Ausbau der Sprachförderung für MigrantInnen oder Menschen mit
71 Migrationshintergrund.

72

73 ➤ **Investitionen in soziale Sicherung**

74 Wir wollen, dass jeder Mensch in Würde leben kann. Dies ist jedoch in sozialer
75 Sicherung Deutschlands nicht immer möglich. Der Mehrbedarf, um das zu ändern,
76 beläuft sich nach Berechnungen auch hier auf ca. 30 Milliarden Euro.

77

78 Investitionen im Einzelnen:

79 -Die ALG II-Sätze reichen nicht aus, um dieses Leben in Würde zu gewährleisten.
80 Wir fordern eine deutliche Anhebung der Sätze.

81 -Über progressiv ansteigende Beiträge können ArbeitnehmerInnen im
82 Niedriglohnbereich über Sozialabgaben entlastet werden. Der Mindestlohn muss

83 zudem kommen. Es ist nicht hinnehmbar, dass immer mehr Menschen zu ihrer Arbeit
84 noch zusätzlich Sozialleistungen beantragen müssen.

85 -Kinderarmut steigt in unserer Gesellschaft. Um Kindern in unserer Gesellschaft von
86 Anfang an ein würdiges Leben zu ermöglichen, sprechen wir uns für die Einführung
87 einer Kindergrundsicherung aus. Dies ist im Zusammenhang mit der Abschaffung des
88 Ehegattensplittings zu sehen.

89

90 ➤ **Investitionen in Infrastruktur , Energiewende und Klimawandel**

91 Den Aufgaben eines starken Staates kommt der deutsche Staat in den letzten Jahren
92 nicht ausreichend nach. So leiden kommunale Infrastruktur, Schwimmbäder,
93 Sportplätze, Theater, Strassen und Bahngleise massiv und werden teilweise
94 geschlossen. Die Kosten des Wechsels zu erneuerbaren Energien und der Bewältigung
95 des Klimawandels dürfen nicht an den ökonomisch Schwachen hängen bleiben. Um
96 dies aufzufangen muss der Staat vorangehen. Insgesamt fallen ca. 30 Milliarden Euro
97 auch hier an um sich zumindest an den Durchschnitt der Europäischen Union
98 anzunähern. Öffentliche Investitionen sind in den letzten Jahren stark rückläufig.

99

100 **1. Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit**

101 Wir haben eine Mitverantwortung daran, wie es den Menschen im Rest der Welt, gerade
102 in der dritten Welt, geht. Wir teilen oft eine gemeinsame Geschichte, gekennzeichnet
103 durch Unterdrückung und einseitige ökonomische Abhängigkeiten. Wir verursachen den
104 Klimawandel, der gerade die Dritte Welt massiv trifft, entscheidend mit. Deshalb müssen
105 wir international durch den Einsatz von finanziellen Mittel unterstützen- nicht nur aus
106 karikativen Zwecken. An vielen Stellen sind die hehren Milleniumsziele nicht erreicht.
107 Insbesondere bei den Ausgaben befindet sich Deutschland noch lange nicht beim Ziel 0,7
108 des BIB für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Diese wären aber notwendig, um
109 zumindest die schlimmsten Auswüchse von Armut und Nahrungsmittelkrisen zu
110 bekämpfen. Hier gibt es einen Mehrbedarf von ca. 7 Milliarden Euro. Dass politisch der
111 Mantel des Schweigens über die Milleniumsziele gelegt werden soll, zeigt auch die
112 Einstellung der Finanzierung der nationalen Milleniumskampagne durch den aktuellen
113 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Niebel.
114 Entwicklungszusammenarbeit erschöpft sich nicht in der bloßen Bereitstellung von
115 finanziellen Mitteln, da diese oft nicht bei den Menschen landen, für die sie ursprünglich
116 bestimmt waren.

117

118 **Ablehnung der Schuldenbremse**

119 Wir Jusos Rheinland-Pfalz lehnen die beschlossene Schuldenbremse in Bund und Land ab.
120 Für uns setzt die Schuldenbremse an der falschen Stellen an und führt in der Folge zum
121 Sparen auf Kosten der ökonomisch Schwachen. Die Schuldenbremse verhindert teilweise
122 dringend benötigte Investitionen in z.B. Infrastruktur und Bildung. In Rheinland-Pfalz führt
123 sie dazu, dass 2000 LehrerInnenstellen nicht wieder neu besetzt werden sollen, die aufgrund
124 des demographischen Wandels zwar wegfallen könnten ohne das LehrerInnen-
125 Schülerverhältnis zu stören, sie hätten aber zu einer signifikanten Verbesserung führen
126 können. Oder man hätte das freigewordene Geld anderweitig im Bildungssystem eingesetzt,
127 welches nicht gerade unter chronischer Überfinanzierung leidet.

128 Die Schuldenbremse ist unsozial und verhindert die Möglichkeit, in Ausnahmefällen
129 notwendige Investitionen zu tätigen. Die Finanzierung der Konjunkturprogramme in
130 Krisenzeiten beispielsweise wäre mit ihr nicht möglich gewesen.

131

132 **Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer auf 53%**

133 In den letzten Jahren ist es zu einer massiven Absenkung bei der Einkommenssteuer
134 gekommen. Betrag der Eingangssteuersatz 2000 noch 22,9% (bei einem Grundfreibetrag von
135 6902€), so liegt er heute bei 14% (bei einem Grundfreibetrag von 8004€). Der
136 Spitzensteuersatz wurde im gleichen Zeitraum von 51% auf 42% (+3% Reichensteuer ab
137 einem Einkommen von 250.000€) abgesenkt.

138 Dies hat zu einem starken Rückgang der Einkommenssteuerquote geführt, mit der Folge, dass
139 vor allem höhere Einkommensgruppe massiv profitiert haben. Betrag die
140 Durchschnittsbelastung 2000 bei einem Einkommen von 120.000€ noch 42,2%, so betrug sie
141 2010 nur noch 35,2%.¹

142 Nach unserer Grundüberzeugung soll die Belastung auf alle Schultern verteilt werden, wobei
143 starke Schultern mehr zu tragen haben als schwache Schultern. Vom wirtschaftlichen
144 Aufschwung der letzten Jahren haben vor allem höhere Einkommen profitiert, weshalb sie
145 auch stärker für die Allgemeinheit die Verantwortung mit übernehmen können und müssen.

146

147 Wir fordern daher, den Spitzensteuersatz von heute 42% auf 53% zu erhöhen. Dieser Satz
148 muss ab einem Jahreseinkommen von 75.000€ (Ledige) gelten. Dazu fordern wir die sog.
149 Reichensteuer, die ab einem Jahreseinkommen von 125.000€ mit 3% greifen soll. Außerdem
150 fordern wir den Grundfreibetrag von 8.000 auf 9.000€ zu erhöhen. Damit kommen wir auf
151 Mehreinnahmen von jährlich rund 7 Milliarden Euro.

152

153 **Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen- Keinen Freibrief**

154 Am Beispiel des neuen Steuerabkommens mit der Schweiz wird deutlich, dass Schwarz-Gelb
155 Steuerhinterziehern Freibriefe ausstellt- dieses Abkommen lehnen wir ab! Mehr als 100
156 Milliarden Euro Schwarzgeld liegen nach Schätzungen in der Schweiz. Ein starker Staat
157 heißt auch, dass dieser notfalls auch sog. „Steuer-CDs“ kauft, mit denen er an Daten von
158 Steuerhinterziehern kommt. Es handelt sich bei Steuerhinterziehung nicht um ein
159 Kavaliersdelikt, sondern um ein Unterhöhlen von Staatlichkeit. Jedes Jahr entgehen dem
160 deutschen Haushalt dadurch Milliarden Euro. Das Steuerabkommen sichert den
161 HinterzieherInnen weiterhin ihre Anonymität in Zukunft und sichert gleichzeitig aktuell
162 Straffreiheit. Nicht mit uns!

163

164 **Kapitaleinkünfte gerecht besteuern**

165 Mit der Einführung der Abgeltungssteuer im Jahre 2009 hat sich der Gesetzgeber von der
166 synthetischen Einkommenssteuer (alle Einkommensarten werden mit dem gleichen Steuersatz
167 besteuert) verabschiedet und sich für eine duale Einkommenssteuer entschieden (Erwerbs-
168 und Kapitaleinkünfte unterliegen unterschiedlichen Steuersätzen).

169 Kapitaleinkünfte unterliegen seit der Einführung der Abgeltungssteuer einer pauschalen
170 Besteuerung von 25%. Profitiert haben davon vor allem Personen mit hohem
171 Kapitaleinkommen, da dieses nun nicht mehr ihrem Durchschnittssteuersatz unterliegt, der
172 meist über den 25% liegt.

¹ Durchschnittsbelastung nach Tarifen 1958 bis 2011, Bundesministerium der Finanzen

173 Die Steuermindereinnahmen infolge der Einführung der Abgeltungssteuer wurden im
174 Jahresdurchschnitt auf 1,295 Mrd. € geschätzt.²

175

176 Wir fordern daher, die Abgeltungssteuer wieder abzuschaffen und Kapitalerträge wieder
177 zusammen mit den anderen Einkommensarten zu besteuern, denn wertschaffende Arbeit darf
178 gegenüber Spekulationen und Verzinsung nicht benachteiligt werden.

179

180

181 **Vermögen besteuern**

182 Die Vermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt. 10 Prozent der Bevölkerung
183 besitzen 60% des Vermögens. Vermögen an sich ist nicht zu kritisieren, nur sollte es auch zur
184 Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen.

185 Wir unterstützen daher den Beschluss des SPD-Bundesparteitages 2009 auf
186 Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

187

188 **Erbschaft und Schenkung**

189 Erbschaften und Schenkungen haben mit der persönlichen Leistungsfähigkeiten des Erben
190 bzw. des Beschenkten nichts zu tun. Sie daher von der Finanzierung öffentlicher Aufgaben
191 auszunehmen wäre von daher unverhältnismäßig. Bei einer ausreichend hohen Freigrenze,
192 Freistellungen von selbstgenutztem Wohnungseigentum und eine Lösung für
193 Unternehmensfortführungen kann und muss eine gerechte Besteuerung von Erbschaften und
194 Schenkungen erfolgen.

195

196 **Finanztransaktionssteuer**

197 Die Krise auf den Finanzmärkten ist noch nicht vorüber. Tagtäglich hört man von neuen
198 Kursstürzen und nötigen Rettungsmaßnahmen für hochverschuldete Länder. Dies zeigt uns,
199 dass eine verstärkte Regulierung des Finanzmarktes dringend notwendig ist. Wir fordern
200 daher die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von mindestens 0.05%, zur Not auch
201 national. Bei den enormen Geldmengen, die jeden Tag gehandelt werden, würde bereits ein
202 sehr kleiner Prozentsatz zu Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich führen. Die FTS
203 erfasst besser als die Finanzaktivitätssteuer Transaktionen und Finanztitel. Sie entfaltet
204 Lenkungswirkung und kann Geldumlaufgeschwindigkeit verlangsamen.

²

BT-Drs. 16/4841, S. 44

WiSo4

AntragstellerInnen: Landesvorstand 2010/2011

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion, Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Ehegattensplitting Ade! - Individualbesteuerung und Kindergrundsicherung Ahoi!

Wir, die Jusos Rheinland-Pfalz fordern:

- die Abschaffung des Ehegattensplittings und den Übergang zu einer Individualbesteuerung,

- die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Kindergrundsicherung von 502 Euro monatlich als Ersatz für die bisherigen Familienleistungen wie finanzielle Zuweisungen (Kindergeld), steuerliche Vorteile (Kinderfreibetrag) oder Transferleistungen (Bildungsgutscheine etc.)

- und den Ausbau von Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sowie gebührenfreie Bildung für alle!

Ende der 50er Jahre eingeführt ist das Ehegattensplitting kein geschlechtergerechtes Steuermodell, zementiert konservative und veraltete Geschlechterbilder und bevorzugt Ehepaare mit gutem Verdienst anstatt diejenigen zu unterstützen, die finanzielle Entlastung benötigen. Verheiratete Paare können in Deutschland ihre Besteuerung nach diesem Splittingverfahren (durch die Steuerklassenkombination III/V) wählen, somit also steuerliche Vergünstigungen allein durch Heirat erlangen.

Steuerliche Vergünstigung für Ehepaare...

Privilegiert wird die EinverdienerInnen-Ehe – bestenfalls hat eine / einer der PartnerInnen einen Minijob – und nicht berücksichtigt werden die vielfältigen anderen Formen der Lebenspartnerschaften. Der maximale Splittingvorteil (nach dem Einkommenssteuertarif 2007) kann bis zu 7.914 Euro pro Jahr betragen und wird erreicht bei einem zu versteuernden Einkommen von 104.302 Euro, falls dieses zu 100 Prozent von einem Ehepartner erwirtschaftet wird. Der finanzielle Vorteil fällt umso höher aus, je ungleicher die Einkommen verteilt sind und je höher das Bruttohaushaltseinkommen ist.¹ Für diese Förderung von einkommensstarken Ehepaaren mit einem Hauptverdiener gibt der Staat jedes Jahr circa 27 Milliarden Euro aus und unterstützt damit ein Lebensmodell, welches auf Kosten desjenigen Ehepartners geht, der weniger Geld verdient.

... und dafür Diskriminierungen von allen anderen

In der Realität ist der Ehemann der Hauptverdiener – damit werden den Ehefrauen negative Anreize gesetzt, da der größtmögliche Vorteil nur dann erlangt wird, wenn sie nicht

¹ Vgl. Katharina Wrohlich, DIW Berlin, »Einige Fakten zum deutschen Ehegattensplitting«, http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_2/26.LL_Ehegattensplitting_Wrohlich_deutsch.pdf.

38 erwerbstätig sind und zu Hause bleiben. Es hindert Frauen daran einer
39 sozialversicherungspflichtigen und somit existenzsichernden Erwerbsarbeit nachzugehen.
40 In Rheinland-Pfalz betrifft diese Ausgangslage über 90 Prozent der Frauen, die somit auf
41 Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verzichten müssen, dadurch dauerhaft ökonomisch
42 abhängig von ihren Ehemännern werden. Das Ehegattensplitting ist mitunter auch ein Grund
43 dafür, dass in Partnerschaften und Familien noch häufig Erwerbs- und Familienarbeit
44 ungleich verteilt sind, es ist sozusagen die Subventionierung der Hausfrauen-Ehe. Die
45 Erwerbsarbeit von Frauen wird somit in Ihrer Wertigkeit eindeutig hinter Haus-, Erziehungs-
46 und Pflegearbeit gestellt. Dieser Wertung treten wir entschieden entgegen. Das Splitting führt
47 zu einem zunehmenden Qualifikationsverlust bei diesen Frauen und begünstigt damit ihre
48 Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt. Dies ist augenscheinlich diskriminierend und verstößt gegen
49 Art.3 Abs. 2 des Grundgesetzes, welcher die Benachteiligung von Frauen verbietet.

50
51 Zudem unterstützt das Ehegattensplitting ein veraltetes Familien- und Geschlechterbild, es
52 verfolgt keineswegs eine Familienförderung, sondern nur eine Ehezentrierung. Laut Studien
53 des DIW sind momentan 43 Prozent der Ehepaare kinderlos. Alleinerziehende und nicht
54 verheiratete Eltern werden genauso wie gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften von den
55 finanziellen Entlastungen des Splittings ausgeschlossen. Das Ehegattensplitting verhindert
56 somit weiterhin die Gleichstellung von Schwulen und Lesben, indem es eingetragene
57 Lebenspartnerschaften diskriminiert. Die Benachteiligung eingetragener
58 Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe in irgendeiner Form muss beseitigt werden!

59
60 Außerdem schafft das Splitting Ungerechtigkeiten zwischen dem Osten und dem Westen
61 Deutschlands, da die Entlastungen ungleich verteilt werden. Über 90 Prozent des
62 Splittingvolumens kommen den alten Bundesländern zu Gute.²

63
64 Nicht nur der Deutsche Juristinnenbund, die Sachverständigenkommission für den ersten
65 Gleichstellungsbericht der Bundesregierung sowie der Deutsche Frauenrat fordern die
66 Abschaffung des Ehegattensplittings, das in Europa sonst nur in Luxemburg und Deutschland
67 existiert, auch die Europäische Union sowie die OECD kritisieren dieses Steuermodell scharf.

68 69 ***Die Alternative: Eine Individualbesteuerung***

70
71 Das Ehegattensplitting soll in eine reine Individualbesteuerung umgewandelt werden, was
72 schon lange von Gewerkschaften, seit einiger Zeit auch von der SPD, und verschiedenen
73 anderen Verbänden gefordert wird. In Schweden beispielsweise werden Frauen und Männer
74 individual besteuert und es wird nicht unterschieden zwischen Personen, die in einem
75 Einpersonenhaushalt oder in einer [Lebenspartnerschaft](#) leben oder verheiratet sind. Dort hat
76 sich gezeigt, dass die Individualbesteuerung Anreize für Frauen bietet, erwerbstätig zu werden
77 und keine Verdrängung vom Arbeitsmarkt hinnehmen zu müssen, die im Alter die
78 Existenzsicherung gefährden könnte.

79
80 Bei der reinen Individualbesteuerung wird das Einkommen jeder natürlichen Person steuerlich
81 veranlagt, unabhängig davon ob diese in einer Veranlagungsgemeinschaft (Ehe) lebt oder eine
82 andere Form des Zusammenlebens bevorzugt. Die Einführung der Individualbesteuerung soll
83 aus Gründen des Vertrauensschutzes nur für künftig eingegangene Ehen gelten. Für die
84 momentan so zu versteuernde Ehen gibt es in Rheinland-Pfalz ab 2010 die Möglichkeit, mit

² Vgl. Färber, Christine/Spangenberg, Ulrik/Stiegler, Barbara, »Umsteuern. Gute Gründe für ein Ende des Ehegattensplittings« (WISO Direkt. Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, August 2008, Friedrich-Ebert-Stiftung).

85 dem neuen Faktorverfahren »Mehr Netto für Frauen«³ Verbesserungen beim
86 Lohnsteuerabzug für verheiratete Frauen zu erlangen. Gegenseitige Unterhaltsverpflichtungen
87 sollen steuerlich anrechenbar sein.
88

89 Nicht nur der Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit dient die Umwandlung zur
90 Individualbesteuerung. Auch der Fachkräftemangel könnte geschmälert werden, stünden dem
91 Arbeitsmarkt doch 125.000 zusätzliche Erwerbstätige zur Verfügung, die sich jetzt in Mini-
92 oder Midi-Jobs befinden – so das Ergebnis einer am 18. August 2011 vorgestellten Studie des
93 Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA).⁴ Auch würden durch die Abschaffung des
94 Ehegattensplittings und der Mini-/Midi-Jobs 22,6 Milliarden Euro mehr, durch Steuern, in die
95 Staatskassen fließen.
96

97 ***Zusätzlich: Kindergrundsicherung- und Förderung***

98

99 Diese finanziellen Mittel sind der Kinderförderung vorzubehalten. Ein Ausbauder Bildungs-
100 und Betreuungsstruktur, wie etwa die Investition in kostenlose, qualitativ hochwertige
101 Betreuungs- und Bildungsstätten, ist unabdingbar. Ganztagschulen und flexible
102 Kindertagesstätten soll es überall geben und nicht nur in größeren Städten.
103

104 Dies ist aber nur ein Baustein zur Kinderförderung. Vielmehr benötigen wir eine
105 Kindergrundsicherung für Kinder bis zum Alter von 18 Jahren und erweitert auf 27 Jahre für
106 Kinder, die sich noch in der Ausbildung befinden, wie bereits vom Juso-Bundesverband im
107 Steuerpapier »30 mal 30 plus x« gefordert. Dies soll aus den durch die Abschaffung des
108 Ehegattensplittings frei werdenden Mitteln finanziert werden. Sozusagen eine Umlage: statt
109 einer Förderung der Ehe, die Förderung von Kindern. Langfristig ist eine Grundsicherung von
110 502 Euro monatlich anzustreben, nach Rechnungsgrundlage des Bündnisses »Kinderarmut hat
111 Folgen«, zu dem die GEW, die Paritätische und weitere Verbände gehören. Berechnet wird
112 dies aus dem Freibetrag für das sächliche Einkommen (322 Euro) und dem Freibetrag für die
113 Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung (180 Euro).⁵ Dieses Existenzminimum muss für
114 alle Kinder gelten, egal, wie viele Steuern oder ob überhaupt welche ihre
115 Erziehungsberechtigten bezahlen. Der veranschlagte Betrag von 502 Euro ist an die
116 momentane sozioökonomische Situation geknüpft und soll stetig an die Inflationsrate
117 angepasst werden. Die Grundsicherung ist nicht an das Einkommen der Eltern geknüpft und
118 soll mit dem Grenzsteuersatz des bisherigen elterlichen Einkommens ohne
119 Kindergrundsicherung versteuert werden. Dies bedeutet, die Kindergrundsicherung wird bei
120 höherem Einkommen geringer, stützt aber vor allem einkommensschwache Familien.
121

122 Um die Kindergrundsicherung einführen zu können, werden die Mittel aus der Abschaffung
123 des Ehegattensplittings benötigt, da diese weit mehr kostet als das bisher ausgezahlte
124 Kindergeld. Zusätzlich müssen aber noch mehr Einnahmen von Steuerseite hinzugezogen
125 werden, um die Sicherung gegenfinanzieren zu können, wie etwa die Wiedereinführung der
126 Vermögenssteuer. Die Einführung der Kindergrundsicherung ersetzt auch bisherige
127 Leistungen wie Kindergeld etc. Wichtig ist die Einführung dessen vor allem deswegen, weil
128 Kinderarmut in Deutschland und auch weltweit zunimmt. In Deutschland sind es aktuell etwa
129 2,4 Millionen Kinder, die in Armut leben müssen.⁶
130

³ Weitere Infos unter: <http://www.masgff.rlp.de/frauen/faktorverfahren-2010/>.

⁴Vgl. https://www.spd.de/aktuelles/News/16672/20110818_das_fachkraeftepotenzial_von_frauen_und_muuettern.html.

⁵ Vgl. <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/konzept.php>.

⁶ <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/konzept.php>.

131 Dies entspricht nicht unserem Gerechtigkeitssinn. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen
132 Startchancen hat! Ohne finanzielle Hürden! Die Weichen dafür kann die
133 Kindergrundsicherung stellen, aber nicht ohne einen Mindestlohn und weitere soziale
134 Standards.

135

136 Lasst uns für eine gerechte Kinderförderung sowie für ein geschlechtergerechtes Steuermodell
137 kämpfen und die steuerlichen Anreize der Eheschließung abschaffen!

138

139 Begründung erfolgt mündlich.

WiSo5

AntragstellerInnen: Daniel Richardt und Johannes Gorges

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD LTF, Landesregierung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst nicht auf Kosten der BürgerInnen**

2
3 Wir fordern die SPD Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, bei den Sparmaßnahmen
4 nicht an den falschen Stellen zu sparen. Nach aktuellem Stand wären somit zentrale Punkte
5 der Gesellschaft gefährdet:

- 6 - die Sicherheit der Bürger,
- 7 - die Gewährleistung optimaler Bildungschancen,
- 8 - Einnahmensicherheit und die Steuergerechtigkeit im Land

9
10 Zudem lehnen wir die Anpassung der Besoldung um jeweils 1% in den Jahren 2012-2016 ab
11 und fordern die Landesregierung auf, den Tarifbeschluss, der für 2011 angenommen wurde,
12 auch für das Jahr 2012 zu übernehmen. In den darauf folgenden Jahren sind Tarifbeschlüsse
13 zu beschließen, die mindestens einen Inflationsausgleich bilden.

14 15 16 Begründung:

17
18 **Polizeipräsenz nicht einschränken!**

19 Nach aktuellem Stand (August 2011) sieht die Landesregierung vor, die Zahl der Polizisten
20 auf knapp 9000 Beamte zu begrenzen. Dies würde jedoch die Polizeipräsenz stark
21 einschränken, insbesondere in der Fläche. Der jetzige Personalbestand kann nur eine
22 Mindestpräsenz der Polizei gewährleisten, welche in Zukunft nicht mehr gewährleistet sein
23 könnte.

24
25 **Demographischen Wandel optimal nutzen!**

26 Die demographische Entwicklung würde eine optimale Chance bieten, die Kinder- und
27 Schülerbetreuung optimal zu verbessern und den Unterricht individuell auf den einzelnen
28 abzurichten. Doch leider sieht die Landesregierung in dieser demographischen Entwicklung
29 die Begründung zur Kürzung von Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern. Dies ist
30 unserer Ansicht nach der falsche Weg zu einer individuellen Schülerbetreuung.

31
32 **Steuergerechtigkeit im Land sichern!**

33 Die Landesregierung sieht vor, im Sektor der Finanzbeamten rund 300 Stellen zu streichen.
34 Jedoch ist es belegt, dass jeder Betriebsprüfer im Durchschnitt mehr als 1 Millionen Euro an
35 Steuerannahmen generiert. Streichungen in diesem Sektor würden also mehrere Millionen
36 von Nichteinnahmen bedeuten.

37
38 **Die Besoldung der Beamten mindestens an die Inflationsrate angleichen!**

39 Die geplante Erhöhung der Besoldung in den Jahren 2012 bis 2016 um jeweils 1% bedeutet
40 für die Beamten eine Verringerung ihres Reallohnes. Um dies zu verhindern, fordern wir
41 mindestens eine Anpassung an die Inflationsrate.
42
43 Weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

WiSo6

AntragstellerInnen: UB Trier-Saarburg

angenommen

abgelehnt

verwiesen an
.....

AdressatInnen: SPD Bundesvorstand, SPD Landesvorstand, Juso Bundesvorstand, SPD Bundestagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

2 **Minijobs bekämpfen, echte Arbeitsplätze schaffen**

3

4 Wir fordern die Einführung eines Gesetzes, dass die grundsätzliche Unternehmensstruktur
5 vieler Unternehmen, vor allem von Einzelhandelsketten effektiv bekämpft. So sollen nur noch
6 maximal 10% der Belegschaft über sogenannte 400€Jobs oder über Leiharbeit beschäftigt
7 werden dürfen. Der Rest der Stellen muss in Form von Ganztags- oder Halbtagsstellen mit
8 Vertragslaufzeit von mindestens einem Jahr umgewandelt werden. Ausnahmen soll es nur im
9 Bereich der Saisonarbeit (z.B. Gastronomie) geben, dort sollen bis zu 40% der Arbeitnehmer
10 über 400€Jobs beschäftigt werden dürfen.

11

12 Begründung:

13 Vor allem im Einzelhandel ist es mittlerweile zur Geschäftspraxis geworden, die Hälfte der
14 Belegschaft wenn nicht sogar noch mehr Mitarbeiter über 400€ Jobs zu beschäftigen.
15 Dadurch werden reguläre Beschäftigungsverhältnisse abgebaut, was zu hohen Verlusten in
16 den Sozialkassen führt. Zudem bieten 400€Jobber den Luxus der monatlichen Kündigung.
17 Diese Flexibilisierung der Arbeit dient nicht mehr dem Abfangen von konjunkturbedingten
18 Auftragsspitzen, sondern stellt reine Ausbeutung der Mitarbeiter dar.

19

20 Die Mitarbeiter leisten reguläre Arbeit, von daher verdienen sie auch reguläre
21 Arbeitsverhältnisse.

WiSo7

AntragstellerInnen: UB Trier-Saarburg

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Unternehmen verpflichten – Falsche Wirtschaftsdogmen bekämpfen**

2
3 Wir fordern die Einführung eines neuen Gesetzes, dass Unternehmen verpflichtet die
4 ArbeitnehmerInnen an Gewinnen zu beteiligen.

5
6 Unternehmen sollen verpflichtet werden 25% des Reingewinns des vorhergehenden
7 Geschäftsjahres in Lohnkosten zu investieren. Dies kann entweder durch die Schaffung neuer
8 Stellen, Gehaltserhöhungen oder Fortbildungen geschehen. Dabei dürfen maximal 5% in
9 Gehaltserhöhungen oder Boni der Vorstandsmitglieder fließen. Sollten Unternehmen
10 Firmensitze auslagern lassen, obwohl diese Gewinne erzielen, müssen die Unternehmen
11 zusätzlich alle von der öffentlichen Hand geleisteten Subventionen zurückzahlen.

12 13 14 Begründung:

15
16 Unser Wirtschaftssystem hat ein Problem: Unternehmen versuchen nicht mehr Gewinne
17 durch eine Steigerung der Einnahmen zu erwirtschaften, sondern rationalisieren stattdessen.
18 Durch eine Kürzung der Gehaltskosten entsteht zwar ein Gewinn für die Unternehmen, aber
19 kein volkswirtschaftlicher Gewinn.

20
21 Somit fehlt Geld in den Sozialkassen, zudem gehen dem Staat Steuern verloren. Durch die
22 Gehaltserhöhungen ist zudem ein weiterer Aufschwung zu erwarten, da in der Regel
23 Gehaltserhöhungen der Arbeitnehmer wieder über Konsum in den Wirtschaftskreislauf
24 fließen. Es gibt eine starke Steigerung der Binnenkonjunktur. So entsteht eine Art
25 „Aufschwungspirale“. Somit profitieren auch die Unternehmen von einem solchen Gesetz.

26
27 Zudem muss eine gesetzliche Regelung getroffen werden, die es Unternehmen die schwarze
28 Zahlen schreiben verbietet, weiter Arbeitsplätze abzubauen. Nur wenn auch die
29 ArbeitnehmerInnen mehr Geld auf ihrem Gehaltsschecks haben, ist ein wirtschaftlicher
30 Aufschwung gerecht und dauerhaft.

31

WiSo8

AntragstellerInnen: UB Südpfalz

angenommen

abgelehnt

verwiesen an
.....

AdressatInnen: Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie; Kathrin Anklam-Trapp (Sozialpolitische Sprecherin der SPD Fraktion RLP), Juso Bundeskongress 2011

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Einrichtung einer festen KlientInnenvertretung im Jobcenter**

2
3 Wir fordern die Einrichtung einer festen KlientInnenvertretung in allen SGB II –
4 Arbeitsverwaltungen in Deutschland. Die Vertretung soll aus zwei ehrenamtlichen
5 VertreterInnen bestehen, die innerhalb der Räumlichkeiten der Verwaltung zum einen als
6 AnsprechpartnerInnen für die KundInnen und zum anderen als deren Interessenvertretung
7 (ähnlich einer SchülerInnen- oder PatientInnenvertretung) zur Verfügung stehen.

8
9 Wahl- und vorschlagsberechtigt sind alle der jeweiligen Arbeitsverwaltung zugeteilten SGB II
10 – LeistungsempfängerInnen zu einem jeweiligen Stichtag. Den kommunalen Parlamenten
11 wird das Wahlergebnis zur Kenntnis mitgeteilt. Die Wahl ist zentral an einem durch die
12 Arbeitsverwaltung festzulegenden Termin durchzuführen, wozu alle
13 LeistungsempfängerInnen eingeladen werden. Bei dieser Gelegenheit können sich die
14 KandidatInnen den Wahlberechtigten vorstellen.

15
16 Um einen reibungsloseren Ablauf der Vermittlung sowie einen höheren Akzeptanzgrad der
17 Maßnahmen zu gewährleisten, wird die Betroffenenvertretung mindestens einen
18 stimmberechtigten Sitz im Beirat des Jobcenters erhalten.

21 **Begründung:**

22 Im Zuge der Reform der Jobcenter sind gem. § 18 d SGB II örtliche Beiräte verpflichtend
23 einzurichten, die beratende Funktion innerhalb des Jobcenters erhalten. Die
24 Zusammensetzung des Beirates ist pro Kommune anzupassen und in einer Satzung
25 festzuhalten, so dass es in Deutschland ganz unterschiedliche Beiratsvarianten gibt. Besonders
26 zu betrachten ist dabei die Beteiligung der KlientInnen: So hat das Jobcenter Saarbrücken
27 einen Sitz für die Betroffeneninitiative „Koordination Saarländischer Arbeitsloseninitiativen
28 e.V.“ vorgesehen, um eine bessere Abstimmung auf die Bedürfnisse der Erwerbslosen
29 gewährleisten zu können, was wiederum zu einer höheren Zufriedenheit und gegenseitigen
30 Akzeptanz führen wird. Auch andere Jobcenter, wie z.B. in Hannover, folgen diesem
31 Beispiel.

32
33 Doch taucht in einem zweiten Schritt die Frage auf, welche Legitimation die
34 Betroffeneninitiativen vor Ort zur Vertretung der Klientel besitzen. Oder was passiert, wenn
35 sich eine weitere Initiative gründet? Um diese Fragen zu klären, ist es erforderlich, die
36 Vertretung auf basisdemokratische Beine zu stellen. Und dies wäre am sinnvollsten im
37 jeweiligen Jobcenter umsetzbar: Nach dem Vorbild einer SchülerInnen- oder

38 PatientInnenvertretung kann auch im Jobcenter eine KlientInnenvertretung entstehen, die
39 zentral von den Betroffenen selbst gewählt wird. Durch sie könnten zudem zusätzlich zu einer
40 beratenden Funktion im Beirat koordinierende und gegenseitiges Verständnis erzeugende
41 Aufgaben zukommen (Beratung mit kurzen Wegen, Verbesserung der internen Abläufe).
42
43 **eine weitere Begründung erfolgt mündlich**

WiSo9

AntragstellerInnen: UB Trier-Saarburg

angenommen abgelehnt verwiesen an
.....

AdressatInnen: SPD-LTF, SPD-BTF, Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur des Landes RLP, Bundesverkehrsministerium, Vorstand der Deutschen Bahn

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Moselregion darf nicht vom Bahnfernverkehr abgehängt werden**

2

3 Wir fordern die Deutschen Bahn auf, das bisherige Fernverkehrsangebot von und nach Trier
4 aufrechtzuerhalten und auszubauen, u.a. die ICE-Direktverbindung nach Berlin, die IC-
5 Verbindung nach Norddeich Mole, um die Region nicht vom Fernverkehr abzukoppeln.“

6

7 Begründung:

8 Aus Kreisen des SPNV Nord ist zu hören, dass die DB plant, die Fernverkehrsverbindungen
9 von und nach Trier massiv auszudünnen. So z.B. die Streichung der ICE-Direktverbindung
10 nach Berlin und eine Halbierung der IC-Verbindungen.

11

12 Eine gute Fernverkehrsverbindung ist für die Menschen und den Tourismus in der Region
13 notwendig. Wirtschaftliche Interessen dürfen bei einem Unternehmen in Staatshand wie der
14 Deutschen Bahn kein Grund sein, Trier zu vernachlässigen.

WiSo10

AntragstellerInnen: UB Trier

angenommen

abgelehnt

verwiesen an

AdressatInnen: Ministerium des Innern, für Sport, und Infrastruktur RLP, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, SPD-Landesvorstand

1 **Ausbau statt Kürzung des Programms „Soziale Stadt“**

2
3 Das Programm „Soziale Stadt“ leistet als Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung
4 seit 1999 einen sehr wichtigen Beitrag bei der sozialen Entwicklung ausgewählter Stadtteile
5 in Deutschland. Als Kern der Stadtentwicklungspolitik des Bundes sind städtebaulich,
6 wirtschaftlich und sozial benachteiligte Quartiere Arbeitsgebiet des Programms. Das
7 Zusammenwirken von baulichen und sozialen Maßnahmen z.B. in den Bereichen
8 Infrastruktur und Integration, Umwelt und nachbarschaftliches Zusammenleben und die
9 gezielte Investitionsförderung machen den Erfolg des Programms aus.

10
11 Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat im Bundeshaushalt 2010 die Mittel für das
12 Programm „Soziale Stadt“ gekürzt. Standen ursprünglich 95 Mio. € Bundesmittel für das
13 Programm zur Verfügung, sind es im Bundeshaushalt 2011 nur noch 28,5 Mio. €
14 Gleichzeitig wurde das Programm weitgehend auf investive (bauliche) Maßnahmen
15 beschränkt, was in vielen Quartieren in der Zukunft die Einstellung des erfolgreichen
16 Programms nach sich ziehen wird. Das bedeutet in der Praxis das Einstellen von Maßnahmen
17 der Jugendarbeit, der Förderung von Gleichheit, sozialer Eingliederung und Beteiligung der
18 Bevölkerung bei Entscheidungsverfahren in städtischen Quartieren. Anstelle dessen treten
19 lediglich kleine „bauliche Vorhaben“, die in den Augen des von dem CSU-Politiker Peter
20 Ramsauer geführten Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung besser in sein
21 Ressort passen. Das Querschnittsthema der Sozialpolitik verschwindet damit gänzlich aus
22 dem Ressort der Baupolitik.

23
24 Die betroffenen Kommunen und das Land können aufgrund der angespannten finanziellen
25 Haushaltsslage diese Kürzungen nicht kompensieren..

26 Soziale Spaltung überwinden

27
28 In fast allen europäischen Städten haben sich über die Jahrzehnte Wohnviertel gebildet, deren
29 Bevölkerung aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation bestimmten künstlichen Schichten
30 angehören. Die Wohnviertel wurden je nachdem gesellschaftlich auf- oder abgewertet. So
31 bildeten sich benachteiligte Stadtteile heraus. Die Probleme in sozial benachteiligten
32 Stadtvierteln sind nicht durch ihre BewohnerInnen entstanden, sondern sie sind vielmehr
33 Ausdruck jahrzehntelanger gesellschaftlicher und städteplanerischen Fehlentwicklungen. Seit
34 langem werden einkommenschwache Bürger und Bürgerinnen unverschuldet durch steigende
35 Mieten aus den Stadtzentren gedrängt. Wir Jusos sprechen uns entschieden gegen eine
36 städtebauliche Segregation nach Alter, Herkunft und Einkommenschicht aus.

37

38 Durch das Programm „Soziale Stadt“ besteht die Möglichkeit der Stabilisierung und
39 Aufwertung von Quartieren, in denen soziale Probleme mit wirtschaftlichen und
40 städtebaulichen Missständen zusammentreffen. Mit dem beharrlichen und kontinuierlichen
41 Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen Projekte, die durch das Programm
42 „Soziale Stadt“ gefördert werden, können die Fehlentwicklungen der Vergangenheit in Teilen
43 korrigiert werden. Durch die Einstellung des Programms „Soziale Stadt“ durch die
44 Bundesregierung trägt diese zur weiteren sozialen Spaltung in den betroffenen Stadtteilen bei.

45
46 Es darf nicht die Finanzierung gestrichen werden, sondern es muss weiter der soziale
47 Zusammenhalt in den Quartieren. gefördert werden!

48 49 Teilhabe aller an der Gesellschaft

50 Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass alle Menschen unserer Gesellschaft ein wirklicher Teil
51 unserer Gesellschaft sind. Das Quartiersmanagement und integrierte Konzepte im Rahmen
52 des Programmes spielen für die Ermöglichung und Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
53 sozial benachteiligter Menschen eine bedeutende Rolle. Die Institutionalisierung des
54 Quartiersmanagement und die durch das Programm möglich gewordenen Projekte sind durch
55 die Kürzungen massiv bedroht. Gerade die QuartiermanagerInnen aber wirken durch ihre
56 Projektentwicklungen und der bewussten Beteiligung der BewohnerInnen dem Ausschluss
57 Schwacher und Benachteiligter entgegen. Zentrale Fragen der Gesellschaft wie die Integration
58 und Bildung werden in diesen Quartieren zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern bearbeitet.
59 Integrationsprojekte wie Bildungszusammenschlüsse von Schulen, Kindertagesstätten und
60 Wohnervereinen, Ausbildungsprojekte für Jugendliche sind im Rahmen der „Sozialen
61 Stadt“ entstanden. Sie stehen nun vor dem Aus. In den von den Kürzungen betroffenen
62 Städten war durch die durch das Programm möglich gewordenen Projekte ein positiver
63 Aufwärtstrend in der Erholung abgehängter Stadtteile zu verzeichnen. Die Aufrechterhaltung
64 des Programms und dessen Ausbau sind für das bürgerschaftliche Engagement und
65 Integration von großer Bedeutung, darüber hinaus sind der Aufbau und Erhalt von tragfähigen
66 Strukturen zu sichern, um die Selbsthilfe und eine teilhabeorientierte BürgerInnengesellschaft
67 zu stützen. Wir brauchen kein reines Bauprogramm, sondern die Teilhabe aller an der
68 Gesellschaft.

69
70 Daher fordern wir:

71 72 **1. Kürzungen stoppen – Ausweitung der Mittel**

73 Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kürzungen im Bereich „Soziale Stadt“ zu stoppen.
74 Stattdessen fordern wir aus oben genannten Gründen eine Ausweitung der Mittel auf nicht-
75 investive Maßnahmen.

76 77 **2. Eine Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz, wie im Koalitionsvertrag versprochen**

78 Wir fordern von der rheinland-pfälzischen Landesregierung eine zeitnahe Initiative im
79 Bundesrat zur Rettung des Programms „Soziale Stadt“. Dieses wurde im Koalitionsvertrag
80 festgelegt.

81
82 Begründung erfolgt mündlich

WiSo11

AntragstellerInnen: UB Mainz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Landesregierung, Wissenschaftsministerium, Landesbauministerium, SPD-Landesvortand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende

2
3 Die Verfügbarkeit über Wohnraum gehört zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen
4 und stellt damit einen Bestandteil des sozioökonomischen Existenzminimums dar. Gerade für
5 Studierende ist es in den großen Hochschulstandorten von Rheinland-Pfalz mit erheblichem
6 Aufwand verbunden, einen ihren Bedürfnissen entsprechenden Wohnplatz zu finden. Eine
7 bedeutende Rolle bei der Auswahl einer geeigneten Wohnung spielen während des Studiums
8 vor allem die Mietpreise.

9
10 Um die spezifischen Probleme der Studierenden bei der Wohnungssuche abzumildern, bieten
11 Studierendenwerke (die in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert
12 sind) vergünstigte Wohnheimplätze an. Diese reichen jedoch nach gegenwärtigem Sachstand
13 lediglich für einen kleinen auserwählten Kreis an Studierenden. In der größten rheinland-
14 pfälzischen Universitätsstadt Mainz mit insgesamt etwa 40.000 Studierenden können bisher
15 nur etwa 12 Prozent der Studierenden in den Genuss eines vergünstigten Wohnheimplatzes
16 kommen. Zudem stiegen die Preise in den letzten Jahren in Dimensionen, in denen man
17 getrost auch auf dem freien Wohnungsmarkt nach einer Bleibe suchen konnte.

18
19 Der Bafög-Anteil für das Wohnen sieht einen Betrag von 224 Euro für den Anteil zur
20 Zahlung der Miete vor. Wie dies in anderen Ländern (z.B. Bayern, Baden-Württemberg) auch
21 geschieht, soll zukünftig das Land Rheinland-Pfalz Landeszuschüsse für den Bau von
22 Studierendenwohnheimen zahlen, die ausreichen, um die öffentlich geförderten Wohn-
23 heimplätze zu einem Mietzins anbieten zu können, der sich in diesem Rahmen bewegt.
24 Demnach fordern wir Mietpreise für Studierende nicht über 250 Euro pro Monat. Im
25 Haushaltsplan muss für die Zuschüsse ein eigener Haushaltstitel vorgesehen werden und nicht
26 eine bloße Subsumtion unter dem Titel „Sozialer Wohnungsbau“ erfolgen.

27
28 Auch sollen die Mittel so weit aufgestockt werden, dass doppelt so viele Studierende wie
29 bisher einen staatlich geförderten Wohnheimplatz erhalten.

30
31 Ferner fordern wir den Gesetzgeber auf, die Vorschriften der Landesbauordnung, welche
32 verpflichtende Stellplatzflächen vorsehen, (nach geltendem Recht ein Stellplätze pro drei
33 Wohneinheiten) aufzulockern. Eine solche Regelung führt letztlich dazu, dass für eine
34 bestimmte Anzahl an Wohnheimplätzen mehr Gesamtfläche benötigt wird, was den Baupreis
35 insgesamt erhöht. Dies schlägt sich schließlich auf die Mietpreise nieder. Eine solche
36 Regelung ist nach gegenwärtiger Statistik keinesfalls realitätsnah, da nicht jede_r dritte
37 Student_in ein Auto besitzt, die gebauten Stellplätze demnach oftmals nicht genutzt werden.

38 Wir Jusos bekennen uns zu sozial verträglichen Mietpreisen, um allen Studierenden das so-
39 zioökonomische Existenzminimum zu gewährleisten. Wir kämpfen mit Nachdruck für die

- 40 Gewährleistung einer Grundversorgung der Studierenden in Rheinland-Pfalz mit sozial ange-
41 messenem Wohnraum.
42
- 43 Begründung: Weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

WiSo
12

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen:

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Den Personalabbau in der Finanzverwaltung stoppen - vakante Stellen neu**
2 **besetzen**

3

4 Begründung:

5 Die Verwaltung muss auch weiterhin in der Lage sein, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.
6 Insbesondere in der Finanzverwaltung ist dies jedoch in zunehmenden Maße nicht mehr
7 möglich.

8

9 Gemäß § 85 AO sind die Steuern gleichmäßig und nach Maßgabe der Gesetze festzusetzen
10 und zu erheben. Aufgrund des immer größeren Personalmangels kann dies nicht mehr
11 geleistet werden, was auch durch den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung nicht
12 mehr zu rechtfertigen ist.

13

14 Während nämlich abhängig Beschäftigte in voller Höhe belastet werden, können die Bezieher
15 von Einkünften, die keinem Steuerabzug an der Quelle unterliegen, immer größere Teile ihrer
16 Einkünfte rechtswidrig der Besteuerung entziehen ohne mit Verfolgung rechnen zu müssen.
17 Darüber hinaus generieren Finanzbeamte statistisch steuerliche Mehreinnahmen, die die
18 Personalkosten um ein Vielfaches übersteigen. Dort zu sparen heißt falsch sparen.

WiSo
13

AntragstellerInnen: UB Vorderpfalz

angenommen abgelehnt verwiesen an

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Die Jusos Rheinland-Pfalz werden sich dafür einsetzen, dass Hochvolt-Kabel in
2 Kraftfahrzeugen nicht mehr rein Orange sondern mit in Kraftfahrzeugen (in Hinblick auf
3 künftige Generation von Hybrid- oder Elektro kraftfahrzeugen) noch nicht verwendeten
4 Farbkombinationen gekennzeichnet werden.

5
6 Begründung:

7
8 Die derzeitige Kennzeichnung von Hochvolt-Kabeln in Kraftfahrzeugen mit der Farbe Orange
9 sollte geändert werden, da auch CAN-Bus Leitungen Orange als Grundfarbe aufweisen.
10 Hierdurch kann es zu Verwechslungen mit schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen
11 kommen.

12 In Kraftfahrzeugen sind derzeit alle Kabelisolierungen einfarbig oder zweifarbig-
13 längsgestreift. Um die Gefährdung der Arbeitssicherheit durch die gleichfarbige Isolierung
14 von Hochvolt-Kabeln und der Grundfarbe von CAN-Bus Leitungen zu verringern, sollten
15 Hochvolt-Kabel daher zur eindeutigen Bestimmung im Werkstattalltag idealerweise
16 zweifarbig-quergestreift werden. Diese für Kfzler ungewohnte Farbgebung würde ein
17 erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit sicherstellen. Zu empfehlen wäre eine Farbgebung
18 entsprechend des zugehörigen Warnhinweises, welcher in schwarz-gelb gehalten.